

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Januar
bis zum 13. Juli 2017**

NWO-Sonderheft Nr. 114



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Januar bis zum 13. Juli 2017**

NWO-Sonderheft Nr. 114

Terror der Antichristen vom 01.01.2017-13.07.2017

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis zum 13. Juli 2017	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar bis zum 13. Juli 2017

Der ist kein Narr, der gibt, was er nicht behalten kann, um zu gewinnen, was er nicht verlieren kann. <i>Francois VI. Duc de La Rochefoucauld (1613-1680, französischer Dichter)</i>
--

2017

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 1. Januar 2017 (x892/...): >>>Einschränkungen der Rechte von Christen im Alltag in Europa

Was haben der Ministerpräsident Ungarns, Victor Orbàn, und die schwedische Rechtsanwältin Ruth Nordström gemeinsam? Beide werden von den Medien unsanft attackiert. Was haben die beiden verbrochen? Sie setzen sich für die christlichen Werte ein und scheuen sich nicht, dafür Nachteile in Kauf zu nehmen und einen Kampf gegen scheinbar übermächtige Gegner aus Politik, Medien und Justiz zu führen.

Christliche Werte sind nicht hoch im Kurs. Dies mußten beide erfahren.

Von Ralph Studer (Schweiz)

Victor Orbàn, amtierender Ministerpräsident Ungarns sah sich seit Beginn seiner Regierungszeit im Jahre 2010 im Kreuzfeuer der Kritik. Orbàn wurde u.a. vorgeworfen, er würde die Demokratie, den Rechtsstaat und die Grundrechte abschaffen und die "europäischen Werte" gefährden. Im Rahmen der Flüchtlings- und Migrationsströme im Jahre 2015 und 2016 blies Orbàn erneut heftiger Gegenwind aus Politik und Medien ins Gesicht:

Der Bau von Schutzzäunen sorgte für Unmut, vor allem bei der Europäischen Union in Brüssel. Dabei - wenn man genauer hinschaut - kann dieses Vorgehen Orbàns nachvollzogen werden bzw. hielt er sich damit an seine rechtlichen Verpflichtungen: Er schützte die Schengen Außengrenzen und scheute sich nicht, auf die Gefahren dieser unkontrollierbaren Migrationsströme aus islamischen Ländern hinzuweisen. Doch er fand in der europäischen Elite kaum Unterstützung. Im Gegenteil.

Ein Blick zurück erklärt die Abneigung von Politik und Medien gegen Orbàn und seine Regierung:

Orbàn hatte vor der Wende 1989 an vorderster Front gegen den Kommunismus gekämpft und sah dessen katastrophale Auswirkungen auf Ungarn, insbesondere im Bereich Familie und Abtreibung. Er setzte deshalb als überzeugter Christ mit der Mehrheit des ungarischen

Parlaments 2011 eine neue Verfassung in Kraft. Diese Verfassung rückt das Christentum und Gott ins Zentrum und schützt das ungeborene Leben seit der Empfängnis.

In der Verfassung steht das klare Bekenntnis, daß der wichtigste Rahmen unseres Zusammenlebens die natürliche Familie und die Nation darstellt und der Staat auf Werten wie Treue, Glaube und Liebe aufbaut. Werte, die den linksliberalen Kräften in Politik und Medien zuwiderlaufen. Die deutsche SPD-Politikerin Birgit Sippel brachte die Kritik aus linken und liberalen Kreisen an Orbán auf den Punkt. Sie sagte: "Die Rückbesinnung auf den christlichen Gott, die Betonung auf ein die Nationen erhaltendes Christentum und die Betonung der Besonderheit der Ungarn ist nun wirklich nicht vereinbar mit den europäischen Werten." Eine klare Aussage.

Gehen wir nun zur eingangs erwähnten Ruth Nordström. Ruth Nordström ist Mitglied der "Vereinigung der Skandinavischen Anwälte für Menschenrechte". Sie erlangte europäische Bekanntheit durch ihren engagierten Einsatz für Ellinor Grimmark und das international garantierte Recht auf Gewissensfreiheit.

Der Fall Ellinor Grimmark. Zunächst eine kurze Sachverhaltsschilderung: Ellinor Grimmark war Hebamme in einem schwedischen Krankenhaus und erhielt die Kündigung, weil sie sich aus Gewissensgründen weigerte, an einer Abtreibung mitzuwirken. Ihre Anwältin Ruth Nordström reichte daraufhin Klage ein und verlor. Das zuständige schwedische Kreisgericht gab 2015 dem Krankenhaus Recht:

Hebammen müssen bereit sein, bei Abtreibungen mitzuwirken, weil die Region verpflichtet sei, dafür zu sorgen, daß Frauen effektiven Zugang dazu hätten. Ellinor Grimmark entgegnete, daß sie als Hebamme Leben schützen wolle und nicht töten. Da sie aber unter diesen Umständen in Schweden keinen Job mehr fand, mußte sie emigrieren und arbeitet heute als Hebamme in Norwegen. Wohlverstanden dieses Gerichtsurteil wurde im liberal-demokratischen Schweden und nicht in einem kommunistisch-diktatorischen Staat gefällt.

Die Reaktionen der schwedischen Öffentlichkeit sind sehr feindselig. So verglich z.B. die frühere Koordinatorin in Schweden gegen religiösen Extremismus und Gewalt, Mona Sahlin, Hebammen, die keine Abtreibung durchführen wollten, mit Dschihadisten, die für den IS kämpfen.

Die Hebamme und die besagte Anwältin Ruth Nordström wollen aber nicht aufgeben, weil es hier um mehr geht als nur um eine Hebamme, die sich weigert, bei der Tötung ungeborener Kinder mitzumachen. Es geht hier letztlich um den Umgang der Schweden mit der ethischen Verantwortung und der Menschenwürde im Gesundheitswesen.

Ähnlich wie Ellinor Grimmark erging es bereits zweier Hebammen in Großbritannien mit katholischer Werteüberzeugung, die sich ebenfalls weigerten, an Abtreibungen mitzuwirken. Hier ging es konkret um, daß sich die Krankenschwestern aus Gewissensgründen weigerten, sowohl an direkten Abtreibungshandlungen als auch an deren Vor- und Nachbereitung mitzuwirken. Dazu seien sie aber verpflichtet, entschied 2014 das höchste englische Gericht, der Supreme Court, und verurteilte sie.

Der Jurist John Olusegun Adenitire von der Universität Cambridge kritisierte dieses Urteil. Vor allem übte er auch Kritik an den geltenden Richtlinien der British Medical Association und des Nursing and Midwifery Council, welche beide das Recht auf Gewissensfreiheit nicht adäquat regeln. Die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK stehe derzeit nicht hoch im Kurs. Auch wenn er nicht katholisch sei, so der Jurist Adenitire, müssen die rechtsstaatlichen Prinzipien gelten und auch gegenüber katholischen Krankenschwestern das Recht auf Gewissensfreiheit gewährleistet sein.

Auch im Bereich der Sterbehilfe zeigen sich jüngst Tendenzen, den Gewissensvorbehalt einzuschränken. So entschied zum Beispiel das Zivilgericht in Leuven, daß katholische Krankenhäuser und Pflegeheime in Belgien ihren Patienten den Zugang zur aktiven Sterbehilfe

nicht verweigern dürfen. Eine 74-jährige Patientin hatte Lungenkrebs und wollte durch Euthanasie ihrem Leben ein Ende setzen. Das Heim erlaubte dem Arzt jedoch nicht den Zugang zur Patientin. Daraufhin brachten die Angehörigen die Frau nach Hause, wo der Arzt ihr die todbringenden Medikamente gab.

Die Richter argumentierten, daß sich das Pflegeheim nicht in die Beziehung zwischen der Patientin und dem Arzt hätte einmischen dürfen. Das Heim wurde zur Zahlung von 6.000 EUR Schadenersatz verurteilt. Während das belgische Gesetz vorsieht, daß sich Ärzte weigern können, aktive Sterbehilfe auszuführen, ist dies für Pflege- und Gesundheitseinrichtungen nicht klar im Gesetz festgelegt. Gesetzesvorschläge zur Ausweitung aktiver Sterbehilfe liegen vor, darunter die Forderung nach der Abschaffung der institutionellen Freiheit z.B. eines Altenheims oder eines Krankenhauses.

Damit könnten etwa christliche Institutionen nicht mehr selbst bestimmen, ob aktive Sterbehilfe in ihren eigenen Räumlichkeiten durchgeführt wird. Die Frage, ob Institutionen sich ebenfalls wie natürliche Personen auf das Grundrecht der Gewissensfreiheit berufen dürfen, wird die Gerichte zukünftig noch beschäftigen.

Diese wenigen Beispielen aus dem Gesundheitsbereich verdeutlichen, daß der säkulare Staat das Selbstbestimmungsrecht des Menschen praktisch verabsolutiert und sich von einer christlichen Ethik bzw. von einem christlichen Wertefundament, auf dem unsere Kultur einst stand, verabschiedet.

So ungeheuerlich und nachdenklich diese Beispiele machen, so absurd mutet es an, daß christliche Staaten wie der Vatikan und Polen sich heftiger Kritik Seitens des "UNO-Komitees für die Rechte des Kindes" ausgesetzt sahen. Was war der Grund? Die Anschuldigungen des besagten UNO-Komitees richteten sich im Jahre 2014 gegen die Haltung der Kirche in Fragen der Abtreibung, der Geschlechter und der Homosexualität.

Dieses Komitee zeigte sich in seinen "Empfehlungen" besorgt wegen der früheren Erklärungen des Vatikans zur Homosexualität, die u.a. nach Ansicht des Komitees zur sozialen Stigmatisierung und Gewalt gegen lesbische, schwule, bisexuelle und transsexuelle Jugendliche beigetragen hätten. Das Komitee äußerte auch Bedenken gegen die katholische Lehre, daß sich die Geschlechter ergänzen, denn dies - so das Komitee- "widerspreche der faktischen und rechtlichen Gleichheit".

Zudem kritisierte es, daß der Vatikan keine Informationen lieferte, welche konkreten Maßnahmen er ergriffen habe, "um die Geschlechterstereotype aus den Schulbüchern katholischer Schulen zu entfernen". Angriffspunkt waren auch die in verschiedenen Ländern oftmals von katholischer Seite organisierten sog. "Baby-Klappen" oder "Baby-Fenster". Zu guter Letzt zeigte sich das Komitee ernsthaft besorgt über die negativen Auswirkungen der Position des Vatikans, die Jugendlichen den Zugang zu Verhütungsmitteln bzw. Informationen über die sexuelle und reproduktive Medizin zu verweigern.

Ähnlichen Vorwürfen Seitens des "UNO-Komitees für die Rechte der Kinder" sah sich auch Polen 2015 ausgesetzt. In den Empfehlungen des UNO-Komitees ist zu lesen, daß in Polen noch Geschlechterklischees vorherrschen, Gesetze gegen Homophobie nötig seien und der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln zu verbessern sei. Ist man sich dieser Kritik Seitens der UNO bewußt, werden die teilweise rüden Attacken der linksliberalen Medien und bestimmter politischer Kreise gegen das Land Polen bzw. seine Regierung im Jahr 2016 verständlich.

Daß es gefährlich sein kann, sich auf christliche Werte und die Bibel zu berufen, hat auch unlängst Christine Boutin erfahren müssen. Boutin war unter der Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy Ministerin für Wohnungs- und Städtebau verantwortlich. In einem Interview im Jahre 2014 wurde sie zur Homosexualität befragt und sagte unter anderem:

"Ich habe nie einen Homosexuellen verurteilt. Die Homosexualität ist ein Greuel, nicht der

homosexuelle Mensch. Die Sünde ist nicht akzeptabel, doch der Sünder ist immer anzunehmen."

Christine Boutin wurde in Frankreich sowohl vor erster Instanz im Dezember 2015 als auch vor der Berufungsinstanz im Herbst 2016 für diese Aussagen wegen Anstiftung zu Haß aufgrund der sexuellen Orientierung verurteilt und u.a. zur Zahlung von 5.000 EUR als Geldstrafe verpflichtet. Boutin kündigte an, alle Rechtsmittel auszuschöpfen und diese Urteile an die nächst höheren Gerichtsinstanzen weiterzuziehen.

Bleiben wir noch in Frankreich. Die sozialistische Regierung unter Holland hat einen Gesetzesentwurf in die Nationalversammlung eingebracht, welcher Lebensschützern unter Androhung strafrechtlicher Folgen verbieten will, für Alternativen zur Abtreibung im Internet zu werben. Der derzeitige Gesetzesentwurf sieht vor, daß Internetseiten gesperrt und deren Betreiber strafrechtlich belangt werden können, wenn durch das Informationsangebot auf Frauen "psychischer Druck" ausgeübt wird, nicht abzutreiben. Lebensschützer würden dadurch kriminalisiert und müßten fortan mit einer Strafe von bis zu zwei Jahren Gefängnis und 30.000 EUR Busse rechnen. Und dies dafür, daß sie Leben retten wollen.

Es ist davon auszugehen, daß Aussagen auf der Webseite über den Tod des ungeborenen Kindes durch die Abtreibung oder Informationen zum "Post-Abortion-Syndrom" bereits strafrechtlich für eine Verurteilung ausreichen würde. Die Nationalversammlung stimmte diesem Entwurf zu. Jetzt ist der französische Senat damit befaßt, bevor dann endgültig die Nationalversammlung darüber abstimmt. Die Lebensschützer in Frankreich gehen harten Zeiten entgegen.

Einen anderen Kampf kämpfen christliche Eltern in Deutschland. Sie setzen sich ein für das christliche Menschenbild, ihre Elternrechte und den Schutz von Ehe, Familie und ihrer Kinder. Sie wehren sich gegen den neuen Lehrplan zur Sexualerziehung im Bundesland Hessen und gegen die darin enthaltene Genderideologie.

Darin werden Ehe und Familie relativiert, indem sie auf eine Variante partnerschaftlichen Zusammenlebens reduziert werden neben nichtehelichen Partnerschaften, Patchworkfamilien und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Im Zentrum dieses Lehrplans steht dabei die fächerübergreifende Thematisierung der "Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten". U.a. sollen folgende Themen im Lehrplan verbindlich bearbeitet werden:

- 6 bis 10 Jahre: "kindliches Sexualverhalten" und "gleichgeschlechtliche Partnerschaften"
- 10 bis 12 Jahre: "unterschiedliche sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten (Hetero-, Bi-, Homo- und Transsexualität)"
- 13 bis 16 Jahre: "erste sexuelle Erfahrungen", "Schwangerschaftsabbruch", "Aufklärung über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität"
- 16 bis 19 Jahre: "Adoption", "Leihmutterchaft", "künstliche Befruchtung", "geschlechtsspezifisches Rollenverhalten"

Dieser Lehrplan ist mittlerweile vom hessischen Kultusminister, Ralph Alexander Lorz (CDU) durch Ministerbeschluß in Kraft gesetzt worden, obwohl der Landeselternbeirat und die katholischen Bischöfe sich dagegen geäußert hatten. Zugestimmt hatten dagegen die evangelischen Landeskirchen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß diese Sexualerziehung "für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich und nicht an die Zustimmung der Eltern gebunden" ist.

An dieser Stelle sei an die in den Jahren 2012/2013 in den Medien bekannt gewordenen Fällen von Eltern erinnert, die in Deutschland sich weigerten, ihre Kinder in diese Sexualerziehung zu schicken, dafür gebüßt wurden und letztlich im Gefängnis landeten, weil sie die Buße nicht bezahlten.

Doch zurück zum Lehrplan des Bundeslands Hessen. Bei der am 30. Oktober 2016 durch-

geführten Demonstration in Wiesbaden wehrten sich die betroffenen Eltern, weil der Lehrplan den Eindruck erwecke, es sei wissenschaftlich geklärt, was eine sexuelle Orientierung oder eine sexuelle Identität ausmache und alle Varianten sexueller Orientierung und Identität gleichwertig seien.

Gleichzeitig verteidigten die betroffenen Eltern eine Sexualerziehung, in der die Sexualität nicht einfach zur Verhandlungssache oder auf ein Instrument der Lust reduziert wird. Sie standen für eine Sexualerziehung ein, welche Liebe und Verantwortung betont, die Fruchtbarkeit einbezieht und die Sexualität eingebettet ist in Werte und Normen, in Ehe und Familie. Sexualität sei nicht nur Natur oder Trieb, sondern immer auch Kultur.

Ebenfalls einen schweren Stand haben die nach Deutschland gekommenen christlichen Flüchtlinge, die in Flüchtlingsheimen untergebracht sind. Aus den Erhebungen des überkonfessionellen Hilfswerks "Open Doors" im Jahr 2016 wird deutlich, daß die Zahl religiös motivierter Anfeindungen und Übergriffe von seiten muslimischer Mitflüchtlinge sowie des muslimischen Wachpersonals gegenüber Christen im Wachsen begriffen sind. Gewalt, Beleidigungen, Todesdrohungen und sexuelle Übergriffe wurden von den Betroffenen genannt.

Diese Verfehlungen richten sich auch besonders gegen Konvertiten, die vom Islam zum christlichen Glauben übergetreten sind und häufig nicht nur als Verräter ihres Glaubens, sondern auch als Verräter ihres Volkes, ja sogar der Gesamtheit der Moslems angesehen werden. Alarmierend ist gemäß "Open Doors" die Tatsache, daß christliche Flüchtlinge in zunehmendem Masse dieselbe Verfolgung und Diskriminierung wie in ihren islamischen Herkunftsländern erleiden und nicht einmal in Deutschland den erhofften Schutz erhalten.

Die staatlich garantierte Religionsfreiheit wird so zur leeren Hülle. Aufgrund dieser Mißstände fordert "Open Doors" u.a. die getrennte Unterbringung von Christen sowie anderen religiösen Minderheiten, die bereits Opfer von Verfolgung und Diskriminierung geworden sind und die Erhöhung des nicht-muslimischen Anteils innerhalb des Wachpersonals.

Abschließend werfe ich einen Blick auf zwei Themenbereiche aus der Schweiz, die verdeutlichen, daß der staatliche Schutz christlicher Werte nicht mehr hoch im Kurs ist. Im ersten Fall wehrte sich die Heilsarmee gegen ein Gesetz im Kanton Neuenburg, welches vorsah, daß öffentlich anerkannte gemeinnützige Institutionen den Wunsch des Patienten nach einem begleiteten Suizid in ihren Räumlichkeiten respektieren müsse.

Die Heilsarmee sah darin einen Verstoß gegen die Religionsfreiheit. Das Bundesgericht kam jedoch zum Schluß, daß die Heilsarmee in ihrem Heim in Neuenburg den begleiteten Suizid zulassen muß. Dabei begründete das Bundesgericht sein Urteil im Wesentlichen damit, daß jeder Mensch aufgrund seines Selbstbestimmungsrechts selbst entscheiden könne, wann und wie er sterben wolle.

Dies müsse der Staat respektieren. Die Heilsarmee genießt zwar laut dem Urteil den Schutz der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Sie hatte in diesem Fall ihr Heim jedoch öffentlich anerkennen lassen und erhielt staatliche Subventionen. Damit gilt gemäß Bundesgericht das Heim als öffentliche Institution und fällt unter diese neue Gesetzgebung des Kantons Neuenburg.

Der zweite Fall betrifft Organisationen, die im Schnittbereich zwischen Landeskirchen und Freikirchen stehen. Diese sollen zukünftig keine staatlichen Fördergelder mehr für ihre Jugendarbeit erhalten, so entschied das Bundesamt für Sozialversicherungen in mehreren Fällen. Diese Entscheide des Bundesamts für Sozialversicherungen wurden in den letzten Monaten durch Urteile des Bundesverwaltungsgerichts geschützt. Christliche Vereine im Jugendbereich bekommen somit nach dem neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetz nur noch staatliche Hilfe, wenn sie darlegen können, daß sie vielfältige Aktivitäten anbieten, die der Entwicklung junger Menschen förderlich sind und nicht ihre eigene Glaubensüberzeugung ins Zentrum stellen.

Auf einen Aspekt sei hier besonders hingewiesen: Während christliche Jugendorganisationen ihre Weltanschauung in der Jugendarbeit nicht zentral zur Schau tragen dürfen, erhalten hingegen die Jungparteien von SP, SVP, CVP, FDP oder Grüne weiterhin staatliche Beiträge, obwohl diese klarerweise ihre politischen Positionen und somit ihre Weltanschauung verbreiten. Hierzu stellt das Bundesverwaltungsgericht nüchtern fest:

Aus der Botschaft zum neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetz ist klar zu entnehmen, daß gemäß den eindeutigen Bestrebungen des Schweizerischen Bundesrats die politische Teilnahme von Kindern und Jugendlichen gefördert werden sollte, währenddessen der Bundesrat keine Förderung der Religiosität von Kinder und Jugendlichen als Ziel gesetzt hat. Offenbar sei eine unterschiedliche Behandlung von Organisationen mit religiösem Hintergrund auf der einen Seite sowie von politischen Jugendverbänden auf der anderen Seite gewollt. Somit liege auch kein Verstoß gegen die Rechtsgleichheit vor, so das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen.

Somit komme ich zum Fazit meiner Ausführungen:

Christliche Werte und Positionen werden in unseren europäischen Staaten zunehmend zurückgedrängt. Christliche Persönlichkeiten wie Victor Orbán oder Ruth Nordström sehen sich zunehmend einer gewaltigen Lawine von Anfeindungen in Medien und Politik ausgesetzt. Der Preis ist hoch und es ist die Frage, ob wir selber bereit sind, diesen Preis zu bezahlen. Die genannten Beispiele zeigen, daß der säkulare Staat mehr und mehr sein atheistisches bzw. linksliberales Antlitz enthüllt, das Selbstbestimmungsrecht des Menschen praktisch verabsolutiert und sein christliches Erbe verleugnet.

Die christlichen Wahrheiten und Werte wie der Schutz der natürlichen Familie und des ungeborenen Lebens geraten in Gefahr, gänzlich aus Staat und Gesellschaft verbannt zu werden. Das Natürliche ist plötzlich unnatürlich. Das Logische plötzlich unlogisch. So ähnlich erging es auch der Hauptfigur Winston Smith in George Orwells fast schon "prophetischem" Buch "1984", als dieser durch Folter dazu gebracht wird, zu glauben, daß zwei und zwei fünf ist. Für die Wahrheit einzustehen kann plötzlich zum revolutionären Akt werden.

Es ist klar und dezidiert der immer wieder geäußerten Position zu widersprechen, daß der Staat sich eben in seinem Handeln religiös- und wertneutral verhalten müsse, weshalb er sich nicht für die christlichen Werte einsetzen und diese vertreten dürfe. Dies ist schlicht und einfach falsch. Es gibt kein neutrales Verhalten des Staates. Jegliche Entscheidung und jegliches Handeln tragen einen Wert in sich.

Werden Hebammen sozusagen "gezwungen", Abtreibungen durchzuführen bzw. sich daran zu beteiligen und gewährt der Staat ihnen kein Recht, ihrem Gewissen zu folgen, dann verwirft der Staat implizit die christliche Überzeugung und das christliche Wertefundament, das menschliche Leben von der Empfängnis an zu schützen und die Einzigartigkeit jedes Menschen anzuerkennen. Der Staat steht somit faktisch auf dem Boden einer feministischen, linksliberalen und atheistisch-materialistischen Weltanschauung und begünstigt letztlich eine Kultur des Todes.

Wir stehen in einem mit harten Bandagen geführten Kulturkampf, einer Kulturrevolution wie sie spätestens seit der 68er Bewegung gegen die christliche Werteordnung in Gang ist. Gerade in unserer heutigen Zeit ist es eine unserer wichtigsten Aufgabe als Christen, uns für die Wahrheit und die Gerechtigkeit einzusetzen.

Unser Einsatz für eine christliche Gesellschaft und für einen christlichen Staat ist unentbehrlich. Als Christen sind wir zum Kampf geboren.

Treffend hat es Vladimir Palko, ehemaliger Innenminister der Slowakei in seinem sehr lesenswerten Buch "Die Löwen kommen" ausgedrückt: "Wir stehen in einer großen kulturellen Wende, die über die Kontinente hinweg stattfindet. Man darf sich nicht mit ihr abfinden und muß sich aber auch nicht vor ihr fürchten. Man muß sie aushalten. Wir müssen uns

gegenseitig unterstützen. Verlieren wir nicht den Mut und den Humor! Glauben wir nicht an unsere Überlegenheit. Vergessen wir nicht, daß wir keine Heiligen sind. Wir sind gewöhnliche Menschen, die Fehler machen, die aber wissen, daß ihr Kampf nicht nur ein menschlicher Kampf ist."

Ich erinnere hier auch an die Worte von Johanna von Orléans oder besser bekannt unter dem Namen Jeanne d'Arc, welche unerschrocken im Auftrag Gottes das französische Heer im Krieg gegen die Engländer im Hundertjährigen Krieg anführte: "Die Soldaten werden kämpfen und Gott wird den Sieg verleihen". ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 2. Januar 2017 folgender Bericht über die Folgen der Massenmigration (x1.014/...): >>**Soros und Merkel zum Neuen Jahr**

Die Antworten von Unten stehen noch aus

Von *Ulrich Gellermann*

Kühl und gelassen sagt uns der Multimilliardär George Soros zum Jahresende auf einer ganzen Seite der WELT die Wahrheit ins Gesicht: "Die Globalisierung hatte weitreichende wirtschaftliche und politische Folgen. Sie erhöhte die Ungleichheit sowohl innerhalb der armen als auch innerhalb der reichen Länder." Von der Höhe eines 25-Milliarden-Dollar-Vermögens aus läßt sich das leicht und locker sagen.

Von der Klarheit des Herrn der Finanzoligarchie weit entfernt speist uns Angela Merkel per Neujahrs-TV-Auftritt mit diesem Satz ab: "Zu dem, was mir Mut für unser Deutschland macht, gehört auch unsere soziale Marktwirtschaft. Sie läßt uns Krisen und Veränderungsprozesse besser meistern als jedes andere Wirtschaftssystem auf der Welt."

Soros stattet seine Perspektiven immerhin mit einem Teil der Wahrheit aus. Die Kriege im Ergebnis der Globalisierung läßt er aber lieber weg. Frau Merkel verzichtet gleich auf alles, was in die Nähe der Wahrheit führen könnte: Keine Kinderarmut, keine Altersarmut, sogar die noch bei Gauck obligaten Grüße an die tapferen Bundeswehrsoldaten überall auf der Welt fallen bei ihr weg: Man könnte ja auf Ideen kommen.

Während die Kanzlerin nahezu ein Drittel ihrer Rede dem Terrorismus widmet, über dessen Ursachen sie vornehm und gründlich schweigt, kommt Soros mit seinen Sorgen ziemlich unverblümt zur Sache: "Die USA werden nicht mehr die Demokratie in aller Welt schützen."

Aus dem Oligarchischen übersetzt, fürchtet der mächtige Mann, mit Trump könne die gute Zeit der Regime-Changes und der Interventionskriege zu einem vorläufigen Ende kommen. Und schiebt deshalb nach: "Selbst die USA - das weltweit führende demokratische Land - haben einen Hochstapler und Möchtegern-Diktator zum Präsidenten gewählt."

Einen winzigen Zipfel dieser Befürchtung läßt auch die Dame Merkel durchblicken, wenn sie sagt: "Viele verbinden mit diesem Jahr 2016 auch das Gefühl, die Welt insgesamt sei aus den Fugen geraten oder das, was lange Zeit als Errungenschaft galt, sei jetzt in Frage gestellt." Die Errungenschaften der US-Welt, der Frau Merkel lange und freundschaftlich verbunden war, sind in den Trümmern des Iraks, Libyens und Syriens zu besichtigen. Und von den Normalos, durchweg Merkel-Fans, könnte noch mehr in Frage gestellt werden. Sogar die Kanzlerin selbst.

Wenn Soros, der Chef der Finanz-Oligarchen, dem neuen US-Präsidenten Trump den Kampf ansagt, stellt sich die Frage, welche Fraktion des großen Geldes denn der neue Mann im Weißen Haus vertritt. Bei der Durchsicht seiner Wahlkampf-Spender findet man wesentlich die Immobilien-Branche, Casino- und Hotelbesitzer und Medienunternehmer. Herausragend unter den großen Unterstützern Trumps ist der Milliardär Sheldon Adelson: Glatte 25 Millionen US-Dollar machte er locker.

Als alter Gegner von George Soros ist Adelson bisher in Ost-Europa nicht unangenehm aufgefallen: Kein Engagement in der Ukraine, Georgien oder Moldawien, wo die Soros-Foundation

ihre Version von marktförmiger Demokratie verbreiten will. Adelson investiert sein Geld lieber in Medienprojekte, um die Rechtsentwicklung Israels zu fördern: Seit 2007 wurde die erste Ausgabe von "Israel HaYom" veröffentlicht. Mitte 2010 erlangte die Gratiszeitung in Israel einen Leseranteil von mehr als 35 %.

Das Leib- und Magenblatt von Benjamin Netanjahu verbreitet gern die These, daß die Palästinenser "ein erfundenes Volk" seien. Das Profil von Sheldon Adelson rundet sich ab, wenn man weiß, daß er rund 30 Millionen US-Dollar für den Think Tank "Freedom's Watch" ausgab, um den "Anti-Terror-Krieg" von George W. Bush freundlichst zu begleiten. US-Präsidenten haben einen gewissen Spielraum bei der Gestaltung ihres Amtes.

Aber ohne Bündnisse kann auch der scheinbar mächtigste Mann der USA nur wenig durchsetzen. Als ein wichtiger Bündnispartner von Trump ist bisher die konservative Denkfabrik Heritage Foundation erkennbar. Von der stammt die seltsame Erkenntnis "Rußland will seine strategische Position in der Welt auf Kosten der Vereinigten Staaten maximieren". Ob Trumps entspannte Sprüche zu Rußland die Beratung durch die Heritage Foundation überleben werden, ist nicht ausgemacht.

Doch so lange nicht deutlich erkennbar ist, daß Trump den Anti-Rußlandkurs seines Vorgängers fortführt, gilt Soros Sorge der Europäischen Union. Die Union sieht er offenkundig als eine Auffangstation für sein Verständnis von Demokratie: "Ich war von Beginn ein leidenschaftlicher Befürworter der Europäischen Union. Ich betrachtete sie als die Verkörperung der Idee einer offenen Gesellschaft."

Aber anders als Angela Merkel ist der Machtanalytiker Soros in der Lage, zumindest eine große Schwäche der EU deutlich zu erkennen: "Deutschland stieg zur Hegemonialmacht innerhalb Europas auf, ohne freilich den Verpflichtungen gerecht zu werden, die erfolgreiche Hegemonien erfüllen müssen: sich über ihr enges Eigeninteresse hinaus um die Interessen der von ihnen abhängigen Menschen zu kümmern. Deutschland setzte ein Austeritätsprogramm durch, das seinem engen Eigeninteresse diene."

Was bei Soros so klingt, als sei es bei Oskar Lafontaine abgeschrieben, gerinnt bei Angela Merkel zum unverbindlichen Räsonieren: "Ja, Europa ist langsam. Es ist mühsam. Es hat tiefe Einschnitte wie den Austritt eines Mitgliedsstaats hinzunehmen. Und - ja - Europa sollte sich auf das konzentrieren, was es wirklich besser kann als der nationale Staat."

Aber nicht einmal das Wort Brexit kommt ihr über die Lippen, geschweige daß die allgemeine Rechts-Rechts-Entwicklung der Europäischen Union bei ihr Erwähnung fände. Der Frau schwant was. Doch mag sie es weder aussprechen, noch wird sie den allmählichen Verfall der Europäischen Union wirksam angehen wollen. Alles bei ihr ist auf Weiter-So angelegt.

Dem Milliardär gehen die schlichten Wahrheiten in seinem Neujahrs-Text flott von der Hand: "Das Fehlen von Strategien zur Umverteilung ist die Hauptquelle der Unzufriedenheit, die die Gegner der Demokratie (gemeint ist das gängige Kapitalmodell der Demokratie) ausgenutzt haben." Wo Soros immerhin die Ursachen der Rechtsentwicklung erkennt ohne die Verursacher, zu denen er selbst gehörte und gehört, mit Namen zu nennen, gerät das bei Merkel zum allgemeinen Genörgel: "Wo Europa - wie im globalen Wettbewerb, beim Schutz unserer Außengrenzen oder bei der Migration - als Ganzes herausgefordert wird, muß es auch als Ganzes die Antwort finden - egal wie mühsam und zäh das ist."

Um dann aber schnell den Sack des Ganzen wieder zu schließen: "Und wir Deutschen haben jedes Interesse daran, eine führende Rolle dabei zu spielen." - Zunehmend weniger Menschen in Deutschland sind bereit dem Konstrukt EU zu folgen. Immer weniger Menschen in Europa wollen der führenden Rolle Deutschlands folgen. Immer mehr treibt sie die Angst vor dem sozialen Abstieg um, falls sie nicht längst abgestiegen sind. Die Antworten der Regierenden auf die bangen Fragen nach der sozialen Zukunft sind fadenscheinig. Antworten von Unten stehen noch aus.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 1 berichtete am 3. Januar 2017:

>>Selbstbestimmtes Handeln als Grundlage von Recht und Frieden

von *Professor Dr. phil. Dr. h.c. Dr. h.c. Hans Köchler**

... Recht erfordert Abwesenheit von Willkür

Was das Recht betrifft, so erfordert dieses zu allererst die Abwesenheit von Willkür. Das ist das Um und Auf von Rechtsstaatlichkeit. Damit bedarf das Recht eben auch eines Zusammenwirkens auf der Basis der Freiheit und Gleichheit aller - also Umstände, die ihrerseits den selbstbestimmten, nicht den fremdbestimmten, Bürger voraussetzen. Was den Frieden als politisches Ziel angeht, so erfordert dieser - ob zwischen den Individuen innerstaatlich oder zwischen den Kollektiven international - Respekt, das heißt Akzeptanz auf der Basis der Gegenseitigkeit.

Dies ist wiederum nur möglich, wenn jeder Bürger selbstbestimmt zu handeln vermag, das heißt, wenn er nicht lediglich als verlängerter Arm von ihm nicht durchschauter Interessen anderer fungiert, also von mehr oder weniger komplex organisierten sogenannten Pressure groups, wie es heute auf Neu-Englisch heißt. ...

Plädoyer für eine Neubesinnung auf Demokratie

... Man kann hier durchaus ohne falsche Anmaßung von der Notwendigkeit einer "Ideologiekritik" der Demokratie sprechen. Schon vor mehr als drei Jahrzehnten habe ich hier in der Schweiz, in Genf, im Rahmen einer internationalen Round-Table-Konferenz über die Krise der repräsentativen Demokratie diese Problematik zur Diskussion gestellt. (The Crisis of Representative Democracy. Frankfurt a. M./Bern/New York, Peter Lang AG, 1985)

Demokratie ist nicht gleich repräsentative Demokratie

Inzwischen - seit dem Ende des Kalten Krieges - ist die Problematik noch viel deutlicher geworden. Demokratie wird sowohl im akademischen als auch im allgemein politischen Diskurs und in den Medien zumeist völlig unreflektiert als sogenannte "repräsentative Demokratie" verstanden, obwohl diese Verbindung des Substantivs "Demokratie" mit dem Adjektiv "repräsentativ" sensu stricto einen Selbstwiderspruch darstellt, da in dieser Begriffsverbindung bereits die Doktrin der Repräsentation enthalten ist.

"Repräsentation" bedeutet jedoch im wörtlichen Sinn das Wieder-gegenwärtig-Machen von etwas, was nicht anwesend ist. Gemeint ist damit, daß das als Ganzes zunächst abwesende Volk erst präsent, sichtbar gemacht werden muß, damit es sich politisch-rechtlich artikulieren kann. Dies geschieht, wie unter anderem Carl Schmitt in seiner "Verfassungslehre" gezeigt hat, jeweils durch einen Einzelnen, dem diese Befugnis zugesprochen wird. Dies kann ein Staatsoberhaupt sein, der in absoluter Machtbefugnis entscheidet, aber ebenso ein Abgeordneter einer legislativen Versammlung - und in der Folge natürlich auch die Gruppe all dieser Einzelnen.

Entscheidend ist dabei, daß Einzelne die Befugnis haben, im Namen aller Bürger zu entscheiden. Dies wird in einer explizit formulierten Doktrin gerechtfertigt, wonach eben diese einzelnen Funktionsträger die Gesamtheit als solche "gegenwärtig" (präsent) machen könnten und deshalb auch die Befugnis hätten, über sie und in ihrem Namen zu entscheiden.

Als Beispiel für dieses Staatsverständnis kann man das Werk von Gerhard Leibholz über "Das Wesen der Repräsentation" (1929) anführen, das auch im Nachkriegsdeutschland mehrere Auflagen erlebte. Dazu ist jedoch der begrifflichen Präzision wegen - was den Gebrauch des Wortes "Demokratie" betrifft - festzuhalten, daß Herrschaft des Volkes begrifflich nicht mit Herrschaft über das Volk beziehungsweise im Namen des Volkes gleichgesetzt werden kann.

Volkssouveränität im Rahmen einer repräsentativen Verfassung ist eine Fiktion

Wenn es tatsächlich darum geht, die Herrschaft über das Volk zu rechtfertigen, dann möge man dies offen sagen und für dieses Machtverhältnis einen anderen Ausdruck verwenden. Ich bin im übrigen nicht der einzige, der darauf hinweist. Auch der führende Rechtsphilosoph des

20. Jahrhunderts, Hans Kelsen, "Vater" der österreichischen Verfassung nach dem Ersten Weltkrieg, hat in seiner Abhandlung "Vom Wesen und Wert der Demokratie" (1920) schon vor Jahrzehnten erläutert, daß die Rede von der Volkssouveränität im Rahmen einer strikt repräsentativen Verfassung eine reine Fiktion sei.

Aus Legitimationsgründen gegenüber dem Volk, so Kelsen, tut man so, als ob das Volk, das heißt jeder Bürger für sich, unmittelbar entscheiden würde, während tatsächlich nur einer oder eine Gruppe von Einzelnen im Namen aller entscheidet.

Dafür wäre jedoch die adäquate Bezeichnung Monarchie beziehungsweise Oligarchie. Allerdings wäre es eingeständenermaßen etwa im Falle eines parlamentarischen Systems gegenüber der öffentlichen Meinung geradezu delegitimierend, wenngleich ehrlicher, von "repräsentativer Oligarchie" zu sprechen.

Entscheidend ist jedoch, daß in einem solchen repräsentativen System sich der Einzelne eben nicht als freier und gleicher Bürger verwirklichen kann, da letztlich über ihn verfügt wird. Er kann sich nur - in Form von periodischen Wahlen - an der Auswahl derjenigen, die über ihn für eine festgelegte Zeit herrschen sollen, beteiligen. Dies geschieht in der Regel allerdings auch nur sehr indirekt, weil in den meisten Ländern das Persönlichkeitswahlrecht äußerst schwach entwickelt ist.

Man müßte also, wenn man selbstbestimmtes Handeln als Grundlage der Demokratie tatsächlich ernst nimmt, auf begrifflicher Exaktheit bestehen, und das vorherrschende Staatsmodell präzise benennen, indem man es explizit als die Herrschaft einiger weniger - auf der Grundlage der Doktrin der Repräsentation - charakterisiert.

Realistisch muß man hier wohl anfügen - und dies scheint mir gerade an unserem Tagungsort, hier in der Schweiz, angemessen -, daß man auf Grund der nicht zu bestreitenden notwendigen Arbeitsteilung in unserer modernen Industriegesellschaft letztlich wohl mit einer Mischform aus repräsentativen und demokratischen Entscheidungsmechanismen wird vorliebnehmen müssen.

Direkte Demokratie: Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation

Die Bezeichnung "direktdemokratisch" ist gemäß dem oben Gesagten zwar nicht ein Widerspruch, aber ein Pleonasmus. Wenn Demokratie Herrschaft des Volkes heißt, dann impliziert dies, daß jeder direkt entscheidet.

In der Realität der entwickelten Industriegesellschaften wird man also Entscheidungsfindung in Form von "Repräsentation" derjenigen in Form von "Demokratie" gegenüberstellen, wie dies gerade in der Schweiz erfolgreich praktiziert wird. Entscheidend ist dabei Folgendes: "Direkte" Demokratie ist, wenn die Verwendung dieses Pleonasmus hier nochmals gestattet ist, so etwas wie ein Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation.

Grundsätzlich ist es in jeder Angelegenheit - auf lokaler, regionaler wie gesamtstaatlicher Ebene - möglich, daß das Volk auf den Plan tritt und in Form eines Referendums korrigierend eingreift. Wenn diese Möglichkeit nicht gegeben ist oder etwa durch die Verfassung grundsätzlich ausgeschlossen ist (wie zum Beispiel auf gesamtstaatlicher Ebene in der Bundesrepublik Deutschland), dann hat man allerdings, was die Propagierung des demokratischen Ideals betrifft, ein Problem mit der staatspolitischen Glaubwürdigkeit (Hervorhebung durch Zeit-Fragen).

Die Entscheidung über Krieg und Frieden gehört in die Hände der Bürger

Demokratie als direkte Entscheidung der Bürger ist gerade auch auf weltweiter Ebene von Bedeutung, wenn es um die Vermeidung von Kriegen, das heißt um eine nachhaltige Friedenspolitik geht, die nicht nur eine Konfliktsituation taktisch-realpolitisch beruhigt, sondern auf eine Weltordnung hinzielt, die auf dem gegenseitigen Respekt der Völker im Sinne des demokratischen Ideals von Freiheit und Gleichheit basiert.

Nur dann, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen derjenigen liegt,

welche die allfälligen Folgen einer solchen Entscheidung unmittelbar am eigenen Leib verspüren - ich meine hier die Bürger -, besteht Hoffnung auf die dauerhafte Vermeidung von Kriegen. In einem nicht-demokratischen Umfeld werden Kriege hingegen viel leichter vom Zaun gebrochen, weil die verantwortlichen "Repräsentanten" in der Regel nicht mit Leib und Leben für die Folgen ihrer Entscheidung einstehen müssen. ...

**Vortrag, gehalten bei den Septemborgesprächen der Arbeitsgemeinschaft "Mut zur Ethik" vom 2.-4. September 2016.<<*

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Januar 2017:
>>**Sprachkritik: "Volksverräter" ist das Unwort des Jahres 2016**

Eine Frau wartet neben einem Schild mit der Aufschrift "Volksverräterin" im August 2015 vor einer Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Heidenau auf die Ankunft von Bundeskanzlerin Merkel.

Nach "Gutmensch" im Jahr 2015 ist das Unwort des Jahres 2016 "Volksverräter". Das Wort sei ein "Erbe von Diktaturen" unter anderem der Nationalsozialisten, hieß es in der Begründung.

Sprachliche Entgleisungen erfüllen Pegida-Aktivisten und AfD-Mitglieder mit Genugtuung. Was treibt sie an? Nicht nur Enttäuschung und Frustration, in Teilen auch Abscheu und Haß. Das wurde deutlich, als rechte Demonstranten am 3. Oktober 2016, dem Tag der Deutschen Einheit, in Dresden Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck als "Volksverräter" diffamierten.

Eine sprachkritische Jury der Technischen Universität Darmstadt hat den Begriff am Dienstag nun zum "Unwort des Jahres 2016" gewählt. Man habe sich für das Wort entschieden, weil es etwa gegenüber Politikern so diffamierend wirke, "daß ein solcher Sprachgebrauch das ernsthafte Gespräch und damit die für die Demokratie notwendigen Diskussionen in der Gesellschaft abwürgt".

Völkische Gruppierungen und Nationalsozialisten setzten den Terminus schon in der Weimarer Zeit als propagandistisches Instrument im Zusammenhang mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg ein. Reichsminister Matthias Erzberger vom katholischen Zentrum wurde in Pamphleten und Reden als "Volksverräter" diffamiert, nachdem er die Annahme des Versailler Vertrags mangels Alternativen befürwortet hatte. Rechtsradikale erschossen ihn auf offener Straße. Im Nationalsozialismus diente das Wort unter anderem dazu, politische Gegner zu isolieren und mundtot zu machen.

Die Vorstellung vom "Volksverräter" durchdrang auch das Strafrechtsdenken. Andersdenkende wurden als "Volksverräter" in Willkürprozessen zur Schau gestellt. Nach der Vorstellung des NS-Richters und Präsidenten des Volksgerichtshofs, Roland Freisler, sollte die Rechtsprechung "vom festen Willen zur Ausrottung des Verrats" getragen sein. Straftatbestände wie Hochverrat, Landesverrat, Gebietsverrat sowie Volksverrat wurden angewendet - und vermeintliche Täter zu Tausenden zum Tode verurteilt.

Nun ist das Wort wieder da. So beschimpfte Stefan Räßle von der AfD-Fraktion im November im Landtag von Baden-Württemberg Mitglieder aus anderen Fraktionen als "Volksverräter". In der Debatte über Flüchtlinge diffamiere der Begriff auch "Toleranz und Hilfsbereitschaft pauschal als naiv, dumm und weltfremd, als Helfersyndrom oder moralischen Imperialismus", sagte Nina Janich vom Darmstädter Institut für deutsche Sprache am Dienstag. Zum "Wort des Jahres" hatte die Wiesbadener Gesellschaft für deutsche Sprache am 6. Dezember das Kunstwort "postfaktisch" gekürt.

Von "alternativlos" bis "Gutmensch"

2015 - Gutmensch: Der Vorwurf diffamiere Hilfsbereitschaft und Toleranz pauschal als naiv und dumm.

2014 - Lügenpresse: Die pauschale Verurteilung verhindere fundierte Medienkritik und leiste

einen Beitrag zur Gefährdung der für die Demokratie so wichtigen Pressefreiheit.

2013 - Sozialtourismus: Der Ausdruck diskriminiere Menschen, "die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen" und verschleierte ihr Recht hierzu.

2012 - Opfer-Abo: Der Begriff stelle Frauen pauschal unter den Verdacht, sexuelle Gewalt zu erfinden und damit selbst Täterin zu sein. Jörg Kachelmann hatte die Wortschöpfung unter anderem in einem "Spiegel-Interview" verwendet.

2011 - Döner-Morde: Der Begriff wurde für die Mordserie der rechtsextremistischen NSU-Terroristen verwendet. Mit der "sachlich unangemessenen, folkloristisch-stereotypen Etikettierung" würden ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt.

2010 - Alternativlos: Das Wort suggeriere zu Unrecht, daß keine Diskussion mehr notwendig sei.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Januar 2017: >>>**Strategie der Globalisierung: Thomas Barnett - jetzt in deutscher Übersetzung**

Vielen gilt das Werk von Prof. Thomas Barnett als Drehbuch für den US-Imperialismus des 21. Jahrhunderts. Der Globalisierungsexperte hatte zudem nicht bloß als Forscher, sondern auch als Mitarbeiter des US-Verteidigungsministeriums direkten Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September 2001. Bislang aber waren seine Hauptwerke nur für Leser zugänglich, die der englischen Sprache mächtig sind.

Daß sich dies jetzt geändert hat, ist dem Trio Professor Dr. Michael Vogt, Dr. Baal Müller und Monika Donner zu verdanken. Die Drei haben ihre Übersetzung jetzt im Querdenken.TV vorgestellt sowie Hintergründe und Entstehungsgeschichte dargelegt.

Demnach hatte Thomas Barnett um 1989 ein Problem: Durch den Zusammenbruch der UdSSR war der Feind Rußland verschwunden. Aber wie sollte der gigantische US-Militärapparat jetzt seinen Fortbestand legitimieren? Ganz einfach, indem man sich einen neuen Feind schuf. Zunächst dachte man an China, aber dann kam der "rettende" 11. September. Endlich hatte man wieder einen Gegner. Zwar keinen auf Weltmachtniveau, dafür aber in Form vieler kleiner "Schurkenstaaten".

Dabei hatte Barnett niemals Furcht vor einem "Kampf der Kulturen" à la Samuel Huntington. Nein, ihn interessiert die globale Wirtschaft, deren Ausbreitung und Förderung. Hatte in den Jahrzehnten zuvor der Kommunismus die Globalisierung im Zaum gehalten, ging jetzt die Antiglobalisierungs-Power vom radikalen Islam aus.

Der neue Gegensatz war für Barnett anstelle von arm und reich jetzt vernetzt gegen unvernetzt. Zwar glaubt der Professor unerschütterlich an das Never Ending des American Way of Life, ist aber überzeugt, daß Globalisierung kein Kulturimperialismus, sondern kulturell "wertneutral" sei! Er bedient die klassische neoliberale Perspektive, nach der Religion und Tradition reine Privatsache seien, während der Staat nur die Interessen eines "alternativlosen" Kapitalismus garantieren solle. Im Grunde, so erläutert Baal Müller, sei für Barnett die Kultur eine kommerzielle Angelegenheit. Etwas, das sich kaufen läßt: Waren, Essen sowie Dienstleistungen aus aller Welt. Eine große Vermischung, die der Wirtschaft dient und dienen soll.

Vor allem müsse alles in ständiger Bewegung bleiben, historisch Gewachsenes abgebaut und gegen Neues ersetzt werden. Der Mensch als flexibler Arbeitsnomade solle stets arbeiten und konsumieren. Das würde zunächst viel Widerstand, viele Kriege provozieren - aber am Ende stünde die große kommerzielle Befriedung. Wer sich dauerhaft gegen die Interessen des globalen Kapitalismus wehre, könne nur ein "Schurkenstaat" sein. Für die hat Barnett nur ein Gegenmittel: "Kill them!" Dann ist der Liberalismus am Ende. Dann zeigt sich das "Psychopathische" (Monika Donner) der Global-Imperialisten.

Wo aber, so fragt Michael Vogt, ist heutzutage die Linke, die sich gegen diesen Wirtschafts-imperialismus stellt? Darauf gab Monika Donner, Ministerialrätin im österreichischen Verteidigungsministerium, die Antwort: Diese Linke ist Pegida! Diese neue Linke ist teilweise auch

die FPÖ. Die wirklichen Neo-Imperialisten hingegen haben wir großteils unter den Grünen. Hier hat ein kompletter Rollentausch stattgefunden.

- Vielleicht, so könnte man hinzufügen, ist auch Donald Trump ein solcher Linker. Er wäre derzeit der einzige, der die Macht besitzt, Barnetts Drehbuch zu stoppen.

Deutschsprachige Titel:

- *Thomas Barnett: Der Weg in die Weltdiktatur: Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert. Die Strategie des Pentagon. Übersetzung von Dr. Baal Müller. Vorwort von Prof. Michael Vogt, Nachwort von Monika Donner. J. K. Fischer Verlag*

- *Thomas Barnett: Drehbuch für den 3. Weltkrieg: Die zukünftige neue Weltordnung. Übersetzung von Dr. Baal Müller. Vorwort von Prof. Michael Vogt, Nachwort von Monika Donner. J. K. Fischer Verlag*<<

Die Tageszeitung "Augsburger Allgemeine" berichtete am 25. Januar 2017: >>**Korruption ist überall zu Hause - auch in Deutschland**

Wie korrupt ist Deutschland? Laut Transparency International halten auch deutsche Behörden zunehmend gerne mal die Hand auf - vor allem in den Kommunen.

Im internationalen Vergleich gelten deutsche Unternehmen, Politiker und Behörden als vergleichsweise sauber. Doch die Organisation Transparency International, die weltweit gegen Bestechlichkeit kämpft, ist alarmiert: Führungskräfte deutscher Unternehmen nehmen es laut einer Studie als zunehmend normal wahr, daß "irreguläre Zahlungen" an Verwaltungen fließen, damit bestimmte Vorgänge beschleunigt oder erst möglich gemacht werden.

Aktuelle Fälle scheinen diese Einschätzung zu bestätigen: Mehrere hunderttausend Euro soll etwa der Oberbürgermeister von Regensburg von einem Bauunternehmer kassiert haben ...

Wie geschmiert lief dann offenbar im Gegenzug die Vergabe eines 35 Hektar großen Baugebiets an die spendable Firma. Seit einer Woche sitzt Rathauschef Joachim Wolbergs (SPD) wegen Korruptionsverdachts in Untersuchungshaft. Auch gegen dessen Amtsvorgänger Hans Schaidinger (CSU), den früheren Vorsitzenden des bayerischen Städtetags, wird ermittelt. Und in Ingolstadt stehen 13 Personen in einer Korruptionsaffäre um die örtliche Klinik im Visier der Staatsanwaltschaft.

Transparency: Kommunen ein wichtiger Schauplatz von Korruption

Für Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland, passen die Fälle ins Bild: "Die Kommunen sind ein wichtiger Schauplatz von Korruption, denn da fließt viel Geld." Daß etwa im Fall Regensburg der Eindruck entstehe, "daß Bürgermeister sich bedienen, das bleibt im Gedächtnis".

Deutschland hat im aktuellen "Korruptionswahrnehmungsindex", den Transparency gestern präsentierte, seinen zehnten Rang aus dem Vorjahr verteidigt. Das bedeutet, daß nur neun Länder auf der Welt als weniger korrupt gelten: Die vier skandinavischen Länder sowie Neuseeland, die Schweiz, die Niederlande, Singapur und Kanada. Dennoch gebe es in Deutschland besorgniserregende Entwicklungen, sagt Edda Müller. Während die Wirtschaft Politik und Behörden als immer korrupter wahrnehme, schwinde auf der anderen Seite auch das Vertrauen in die deutschen Firmenbosse.

Transparency zitiert eine Untersuchung, in der ein Drittel der Befragten annahm, daß alle oder die meisten Unternehmensleitungen in korrupte Machenschaften verwickelt seien. Dazu habe auch die VW-Affäre beigetragen. In den Korruptionswahrnehmungsindex fließt eine Reihe von Studien ein, die sich mit der Wahrnehmung von Korruption in den einzelnen Ländern befassen. Transparency hält dies für aussagekräftiger, als etwa die Zahl der Fälle zu vergleichen, die vor Gericht landen oder zu Verurteilungen führen. Denn gerade in den korruptesten Ländern bleibe Bestechung ja meist ohne Folgen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Januar 2017 (x892/...): >>**Die Universalität des Christentums - gleichbedeutend mit Globalismus?**

Nach unserem Glauben stammen wir alle von dem gleichen Stammelternpaar ab, und das Christentum ist eine universale Religion. Im Galaterbrief lesen wir: "Da gilt nicht mehr Jude und Hellene" (Gal. 3, 28). Und an die Kolosser heißt es: "Da gilt nicht mehr Hellene und Jude, nicht Beschneidung und Unbeschnittensein, nicht Barbar, Skythe, Knecht, Freier, sondern alles und in allem Christus" (Kol. 3, 11). Ist das nun ein extrem frühzeitiger Aufruf zur Globalisierung, der sich gegen nationale Eigenheiten, Besonderheiten, also gegen Realitäten richtet?

In seinem Textzusammenhang erklärt sich der eben zitierte Satz aus dem Brief an die Galater besser: "Denn ihr seid alle Söhne Gottes durch den Glauben in Jesus Christus, alle nämlich, die ihr auf Christus getauft wurdet, habt das Gewand Christi angezogen. Da gilt nicht mehr Jude und Hellene, nicht Sklave und Freier, nicht Mann und Frau, denn alle seid ihr eins in Christus Jesus".

Der Apostel bezieht sich hier ganz klar auf eine übernatürliche Ebene. Er ist in keiner Weise ein früher Verkünder der Gender-Theorie, wenn er sagt, es gebe nicht mehr Mann noch Frau. Er sagt damit ganz einfach, daß alle Getauften zur selben Würde und zur selben übernatürlichen Reinheit berufen sind.

Nachdem die Apostel an Pfingsten den Heiligen Geist empfangen hatten, begannen sie, zu predigen, und jeder hörte sie in seiner Sprache reden: Parther, Meder, Elamiten usw., eben in der Sprache jenes Landes, in dem sie geboren worden waren. Der Heilige Geist unterstützt also unsere armseligen, nachbabylonischen menschlichen Sprachen und somit indirekt die Völker, für welche die Sprache eines der wichtigsten Bestandteile ihrer Identität ist. Die Verkündigung der Frohen Botschaft bedeutet also keineswegs das Verschwinden der einzelnen Völker.

Und Jesus selbst zeigte ja auch eine bewegende Verbundenheit mit seinem Volk, als er über das Schicksal Jerusalems weinte: "Als er näherkam und die Stadt erblickte, weinte er über sie. ... Denn es werden Tage über dich kommen, da deine Feinde einen Wall um dich aufwerfen und dich einschließen und bedrängen werden von allen Seiten. Sie werden dich niedermachen und deine Kinder in dir und nicht Stein auf Stein lassen, weil du die Zeit deiner Heimsuchung nicht erkannt hast." (Lukas 19, 41-44).

In der klassischen Gesellschaftslehre ist das Gemeinwesen und dann das Volk eine Erweiterung der Familie, gewissermaßen eine Familie der Familien. Sie beruht auf einer biologischen Grundlage einer auf einem bestimmten Gebiet lebenden Bevölkerung. Nomadische Völker stehen erst am Anfang und sind noch nicht in der Lage, Staaten zu bilden. Das eklatanteste Beispiel ist der Staat Israel, der sich erst konstituieren konnte, als er über eine territoriale Grundlage verfügte. Das Christentum hat diesen Zusammenhang zwischen Staat und Staatsgebiet immer bestätigt. Staatsgebiet und Staatsvolk sind die Elemente, die eine Nation ausmachen. Sie sind aber nicht dessen Seele.

Die Seele eines Volkes ist das, was dieses Volk von anderen unterscheidet: ein unter anderem kulturelles, intellektuelles, moralisches, ästhetisches Erbe, das im Laufe der Zeit entstanden ist und das Gemeingut dieses Volkes ausmacht. Diese Seele ist aber auch der Plan Gottes für jedes Volk, dem er einen eigenen Schutzengel gegeben hat: den hl. Erzengel Michael für Deutschland und Frankreich, oder auch den Schutzengel Portugals, der den Seherkindern von Fatima erschien. Wie jeder einzelne Mensch, so hat auch jedes Volk im Plan Gottes seine besondere Bestimmung.

Das heute so verpönte Wort "Vaterland" hat einen direkten Bezug auf die (Vor)Väter, auf die Vorfahren. Es zeigt auch, daß es hier um ein materielles und immaterielles Erbe geht, welches ein jeder von uns bekommen hat - ein Erbe, das im Inneren durch Veruntreuung und von außen durch Zerstörung bedroht ist, z.B. als Folge einer Invasion, einer militärischen Niederlage, einen Völkermord usw. Diese jeweilige Bedrohung wird von manchen Menschen anders

gesehen als von anderen. Für die einen ist "Volk" oder "Nation" nichts anderes als eine vertraglich geregelte Beziehung zwischen Lebenden (eben einer "Bevölkerung"), die sich um die Vergangenheit nicht schert.

Für die anderen ist sie so etwas wie eine ständige Volksabstimmung, die Erinnerung an eine gemeinsame, manchmal großartige und manchmal grauenhafte Geschichte und der Wille, weiterhin geschichtlich zu handeln. Somit ist "Volk" oder "Nation" vor allem ein Erbe, für das ein jeder sowohl vor den vergangenen Toten wie vor den zukünftig Lebenden verantwortlich ist.

Die "Bevölkerung" gründet sich auf das Mantra des "Zusammenlebens"; sie ist voller großer Konflikte in einer (in unserer?) Gesellschaft, die sich ihrer Identität, ihrer Kultur unsicher ist und infolgedessen immer mehr davon aufgibt, ohne nennenswerte Gegenwehr im Angesicht einer Lebensweise, welche solche Unsicherheit überhaupt nicht kennt - ganz im Gegenteil.

Es ist eine Tatsache (und das ist auch gut so), daß sowohl die, welche ihrer Kultur treu sind als auch die, welche ihr eben nicht treu sind, immer Erben dieser Kultur sind. Die Anerkennung, die Annahme dieser Verpflichtung, die wir gegenüber unseren Vorfahren haben, trägt den schönen Namen "Pietät", und diese Pietät öffnet uns die Tür in die Zukunft, weil sie uns sagt, woher wir kommen.

Dadurch sagt sie uns auch, wer wir sind und welches legitimerweise unser Weg ist. Alles andere ist nichts als Spreu, die vom Wind fortgeblasen wird, von einem Wind, der seiner Natur nach nämlich wechselhaft und (wie die Geschichte zeigt) flüchtig und nur allzu oft auch trügerisch ist.

Um mit den Anfangsüberlegungen zu schließen: nirgendwo ist die Rede davon, daß das Christentum die Völker und ihre Eigenarten auflösen will oder soll. Ganz im Gegenteil: es wird aus Deutschen bessere Deutsche, aus Polen bessere Polen, aus Franzosen bessere Franzosen und, ja: aus Chinesen bessere Chinesen, aus Japanern bessere Japaner, aus Koreanern bessere Koreaner machen.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 29. Januar 2017: >>**Antisemitismus-Skandal**

Wenn im Schulbuch jüdische Banker die EU auffressen

Jahrelang zeigte eine Schulbuch-Illustration die EU-Finanzkrise als antisemitische Verschwörung. Jetzt fordert Volker Beck Aufklärung: Aus der Grafik möchte er eine Unterrichtseinheit machen.

Selbst der Klett-Verlag gesteht ein: Diese Grafik hätte nie in seinem Schulbuch auftauchen dürfen. Daher wurde die Auslieferung nun gestoppt. Nach Ansicht des Bundestagsabgeordneten Volker Beck (Grüne) ist aber fast noch schlimmer, daß die Illustration über die angeblichen Ursachen der Euro-Krise vier Jahre lang an Schulen genutzt werden konnte, ohne daß jemand ihren deutlichen Antisemitismus bemerkt oder etwas gegen das Lehrbuch unternommen hätte.

"Die Illustration schockiert mich zutiefst", sagt Beck über das Werk des Amerikaners David Dees, die ausdrückt: An der Finanzkrise ist eine Bank schuld - und zwar eine jüdische. Mit Blick auf den Verlag, aber auch die Kultusministerien, die Lehrmaterial prüfen müssen, fragt Beck als religionspolitischer Sprecher der Grünen: "Schaut sich das niemand an?"

Es geht um das Buch "Anstöße 2" aus dem Jahr 2012. Das vom Stuttgarter Klett-Verlag herausgebrachte Werk wird in den Klassen 7 bis 9 verwendet, um in Gesellschaftskunde oder Politik Diskussionen anzustoßen.

Unter "Europas Zahltag" findet sich da die Grafik, die die EU-Staaten zeigt, bedroht von einem riesigen Kopf mit aufgerissenem Maul und scharfen Zähnen. Er ist gelb und sieht aus wie der berühmte Pacman. In dem Videospiel von 1980 frißt sich ein Kopf durch ein Labyrinth. Zur hochbrisanten Aussage wird die Schulbuchgrafik aber durch den Raketenschweif des heranrasenden Pacman: Darin steht wie in einer Endlosschleife das Wort: Rothschild Bank.

Antisemitische Stereotypen weit verbreitet

Eine jüdische Bank ist also, glaubt man der Illustration, die treibende Kraft hinter dem Monster, das die EU verschlingen will. Durch solche Grafiken würde kein kritisches Denken angeregt, sondern genau das Gegenteil, kritisiert Beck: Wenn Juden und jüdische Banken für Krisen verantwortlich gemacht werden, führe dies zur Verbreitung eines antisemitischen Stereotyps bei Jugendlichen - und zeuge von mangelhafter Medienkompetenz der Verantwortlichen. "Das Klischee 'Judengeld regiert die Welt' steckt noch so sehr in unserem kulturellen Gepäck, daß es immer wieder abrufbar ist", meint Beck.

Das Stereotyp beruhe auf jahrhundertealten Ressentiments, die letztlich auch zum Holocaust geführt haben. "Auch zur Zeit des Nationalsozialismus wurde der Name der jüdischen Bankiersfamilie Rothschild für antisemitische Propaganda mißbraucht."

Noch heute gebe es "erschreckende Zustimmungsraten" zu antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen wie 'Juden haben zu viel Einfluß' oder 'Die Juden nutzen den Holocaust für ihre Zwecke' - besonders im Kontext Israel. "Die Anti-Israel-Propaganda, der Antizionismus, ist der neue Treiber für Antisemitismus." Ein weiteres Beispiel sei die jahrelang an einer Hildesheimer Hochschule gehaltene Lehrveranstaltung "Zur sozialen Lage der Jugendlichen in Palästina". In dem Seminar wurden zum Teil antisemitische Materialien verwendet, bis sich eine Lehrbeauftragte wehrte.

Beck will zunächst herausfinden, wie die Grafik in das Buch geriet. Daher hat er den Verlag und das baden-württembergische Kultusministerium um eine Stellungnahme gebeten. Schreiben an die restlichen Landesministerien folgen. Grundsätzlich rät er davon ab, das Thema wegzudrücken, indem das Buch ersetzt oder die Seite ausgetauscht wird. "Aus der Grafik sollte eine Unterrichtseinheit gemacht werden" - damit die Schüler erfahren, wie ihnen solche Stereotypen überall begegnen können.

US-Illustrator sieht sich als "politischer Künstler"

Daß es sich bei der Aussage der Grafik nicht um eine Fehlinterpretation handelt, macht ein Blick auf den Urheber der Grafik klar. David Dees versteht sich als "politischer Künstler", der die "Neue Weltordnung durch zionistische Banken" bekämpft. Als Neue Weltordnung wird in Verschwörungstheorien das angebliche Ziel von Eliten und Geheimgesellschaften bezeichnet, eine autoritäre Weltregierung zu errichten. Dees stellte so auch George Soros, den jüdischen US-Investor mit ungarischen Wurzeln, als Monster dar und zeigte die amerikanische Politik als von Israel kontrolliert. Auch ans Revers von Donald Trump heftete Dees einen Israel-Anstecker.

Der aus den Südstaaten stammende Grafiker zeichnete früher für Hollywood und die "Sesamstraße". Dann hatte er ein "Erleuchtungserlebnis" und nimmt seither "zionistische Bankenkriminelle" ins Visier. In "Eiffel 2" beispielsweise freut sich ein bärtiger Jude händereibend über das Unheil in aller Welt. Die Bilder werden vor allem übers Internet verbreitet, viele davon kostenlos, um "Aufklärung voranzutreiben", wie Dees einmal sagte.

Daß ausgerechnet Klett die Mär der jüdischen Weltverschwörung in Schulen trägt, hat den Verlag nach einer Anfrage des Magazins "Vice" kalt erwischt. Weder konnte sich das Haus daran erinnern, welcher externe Auftragnehmer das Buch entwarf, noch gab es Angaben darüber, wie viele Bücher im Umlauf sind. Das Buch wurde an mehrere Bundesländer ausgeliefert. Der Abdruck sei aber ein "schwerwiegender Fehler", der "nicht hätte passieren dürfen". Die Auslieferung werde gestoppt, zudem werde eine Austauschseite an alle Schulen geschickt.

Anmerkung: Die Herausgeberin der für Baden-Württemberg konzipierten Ausgabe "Anstöße 2 Kursstufe BW", Simone Bub-Kalb, weist darauf hin, daß dort die Karikatur nicht verwendet wurde. Zu finden ist die Illustration in "Anstöße 2 Politik Wirtschaft Gesellschaft (bundesweite Ausgabe)", die von anderen Autoren stammt. Beide Bände hätten zwar dasselbe Titel-

bild, aber unterschiedliche Konzeptionen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. Februar 2017: >>**Eklat im Klassenzimmer - Die Sache mit der Rothschildbank**

Das gab richtig Ärger! Weil ein renommierter Verlag antisemitischen Verschwörungstheorien Auftrieb gibt, hat sich jetzt sogar der Grüne Volker Beck eingeschaltet - und COMPACT bekommt ganz nebenbei auch noch was ab. Irre!

Der Stuttgarter Klett-Verlag wird so manchem Leser ein Begriff sein. Was in seinen Lehrbüchern so alles drinsteht, bringt linken Mainstream, Studentenverbände und Grünen-Politiker derzeit ziemlich auf die Palme. Seit ziemlich genau vier Jahren wird das Schulbuch mit dem Titel "Anstöße 2 - Politik Wirtschaft Gesellschaft" bundesweit im Unterricht der Klassen 7 bis 9 genutzt - nun sorgt es für große Empörung. Schlägt man es auf und blättert zum Kapitel über die Finanzkrise, erblickt man dort unter der Überschrift "Europas Zahltag" eine farbenfrohe Illustration, die eine gelbe Kreatur zeigt, welche die Staaten Europas zu verschlingen scheint.

Das scharfzahnige Symbolbild erinnert an die Videospieffigur Pacman aus den 1980er Jahren, die durch das Verschlingen ihrer Gegner Punkte sammelt. Sieht man etwas genauer hin, dann kann man deutlich erkennen, welche Beschriftung diese symbolische Darstellung der Raffgier internationaler Banken trägt. Dort steht in Großbuchstaben: ROTHSCHILDBANK. Gemeint ist die seit dem 18. Jahrhundert im Bankgeschäft tätige Familie der Rothschilds aus Frankfurt. Selbst manch unverdächtigster Finanzexperte schätzt, daß sie zu den reichsten und mächtigsten Dynastien des Planeten gehört, doch allein die Erwähnung ihres Namens - besonders in diesem Zusammenhang - sorgt für Aufregung.

Daß dieses Detail seit der Drucklegung 2012 anscheinend niemandem aufgefallen ist (außer dem Journalisten einer Studentenzeitung, wie der *Tagesspiegel* schreibt), der Grüne Volker Beck jetzt der erste war, der sich öffentlichkeitswirksam beschwerte und eine sofortige Zensur forderte, ist ebenfalls interessant. Doch wie kam es eigentlich dazu?

Der Illustrator des Schulbuchs ist ein Amerikaner namens David Dees. *Die Welt* will herausgefunden haben, daß der Mann sich als "politischer Künstler" versteht, der die "Neue Weltordnung durch zionistische Banken" bekämpft. Den Leser klärt die Zeitung an dieser Stelle verantwortungsbewußt auf:

"Als Neue Weltordnung wird in Verschwörungstheorien das angebliche Ziel von Eliten und Geheimgesellschaften bezeichnet, eine autoritäre Weltregierung zu errichten." Ist David Dees also eine Art Troll, der seine politische Anti-NWO-Agenda in Schulbücher geschmuggelt hat? Auf seiner Homepage gibt es allerhand markige Verschwörungs-Illustrationen zu bestaunen, die für den Mainstream klarerweise pure Hetze sind.

Wie die uralte Bankier-Dynastie Rothschild praktisch als Urheber oder Profiteur der Finanzkrise 2008 ff. dargestellt werden konnte, ohne daß dies dem Lektorat im Klett-Verlag aufgefallen wäre, das ja wohl bei Büchern für Schüler ganz besonders wachsam sein sollte, ist eine interessante Frage. Im Hause Klett hat man mittlerweile eine ausführliche Stellungnahme zu dem Thema abgegeben. Dort heißt es zur Erklärung: "Eine aufmerksame letzte Sicherung der für den Druck fertig geschriebenen Daten ist bei dieser Grafik leider nicht mehr in ausreichender Qualität erfolgt."

Fragen wir uns der Vollständigkeit halber noch kurz, wie die deutschen Systemmedien und -Politiker mit der Geschichte umgegangen sind. *Taz*, *Frankfurter Rundschau*, *Vice News*, *Huffington Post* und andere Postillen nahmen sich des Falles an und berichten ziemlich gleichlautend von einem antisemitischen Affront eines geistig verwirrten Künstlers. *Die Welt* titelte etwa: "Wenn im Schulbuch jüdische Banker die EU auffressen." Weiter berichtet das Blatt, daß selbst der Klett-Verlag sich nun eingesteht: "Diese Grafik hätte nie in seinem Schulbuch auftauchen dürfen." Die Auslieferung wurde sofort gestoppt. Vorhandene Exemplare werden

aus dem Verkehr gezogen, die anstößige Seite durch eine Austauschseite ersetzt.

Volker Beck reicht das allerdings nicht. "Aus der Grafik sollte eine Unterrichtseinheit gemacht werden", fordert er, damit die wilden Verschwörungstheorien um die "Rothschildbank" im Keim erstickt werden können. "Die Illustration schockiert mich zutiefst", so Beck nach ihrer Entdeckung. "Das Klischee, Judengeld regiert die Welt' steckt noch so sehr in unserem kulturellen Gepäck, daß es immer wieder abrufbar ist", wird er weiter von der *Welt* zitiert.

Besonders empörend ist jedoch, daß bei einigen Berichten auch das *COMPACT-Magazin* als Medium der Querfront von Links und Rechts in diesem Zusammenhang Erwähnung findet. Die *Taz* etwa erdreistete sich folgender Formulierung:

"Diese Rothschild-Verschwörungstheorie ist ein antisemitischer Evergreen: Nicht nur Akteure der neurechten Querfront-Bewegung wie der Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer behaupten, die "Strippenzieher" der Welt explizit benennen zu können, auch während des Nationalsozialismus wurde schon gegen jüdische Bankiersfamilien wie die Rothschilds als "Verschwörer" agitiert."

Liebe Kollegen von der *Taz*: Was Ihr hier versucht, ist offensichtlich und keineswegs verwunderlich. Wir werden diese üble Nachrede mit unseren Anwälten prüfen und sehen, ob Euch das nicht noch richtig teuer zu stehen kommt. Dem *COMPACT-Magazin* in irgendeiner Weise antisemitische Tendenzen zu unterstellen, ist absurd und durch nichts zu belegen! Nicht umsonst wurde die aggressive Linke Nazi-Jägerin Jutta Ditzfurth zwei Mal verurteilt, weil sie den *COMPACT-Chefredakteur* als "Antisemiten" bezeichnet hatte.

Jürgen Elsässer hat übrigens - was viele gar nicht wissen - geraume Zeit für linke Presseorgane und sogar für die *Jüdische Allgemeine Zeitung* geschrieben. Euer Versuch - liebe Tazis - durch Assoziation eine "Kontaktschuld" aufzubauen - als hätten wir die antisemitische Karikatur in jenem Schulbuch in Auftrag gegeben -, ist daher lächerlich und fällt auf Euch selbst zurück.

Fast noch dreister ist, was die *Studentenzeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet* zu der Thematik Ende Januar auf ihre Webseite schmierte:

"Der moderne Antisemitismus drückt sich vor allem durch Codierungen aus. Was im Dunstkreis von verschwörungstheoretischen Medien wie Compact und KenFM zur Konzeption des Weltbildes gehört, fand mit einer Karikatur im Schulbuchverlag Klett auch eine breitere Plattform."

Eine echte Frechheit! Für wie dumm haltet Ihr Eure Leser eigentlich, Ihr Erstsemester? Vermeintlich belegt wird dieser Humbug durch den Sozialwissenschaftler und Journalisten Kevin Culina. Seine Argumentation ist allerdings ebenso lächerlich und infantil wie die der von und zu Ditzfurth. Das Thema Antisemitismus scheint für die Massenmedien immer eine gute Gelegenheit zu bieten, um mit der entsprechenden Keule gegen publizistische Konkurrenz vorzugehen.

Auflagenabsturz und Leserflucht haben die Flaggschiffe der Lügenpresse hypernervös gemacht. Auch deshalb soll das rasante Wachstum und der große Erfolg von *COMPACT* gestoppt werden. Die Massenmedien arbeiten dabei offenbar nach folgendem Prinzip: "Gab's heute wieder was Antisemitisches in den Nachrichten? Ja? Können wir *COMPACT* oder Ken Jebsen da irgendwie mit verwursten? Ja? Gut! An die Arbeit." Prädikat: Ekelhaft!<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 6. Februar 2017: >>Die "Dunkelflaute" bringt Deutschlands Stromversorgung ans Limit

In der ersten Januarwoche und dann wieder von der Monatsmitte an stellten rund 26.000 Windkraftanlagen und mehr als 1,2 Millionen Solaranlagen ihre Arbeit ein. Verantwortlich war eine sogenannte Dunkelflaute.

Im Januar fielen Ökostromanlagen in Deutschland wochenlang als Energielieferanten fast komplett aus.

Verantwortlich war eine sogenannte Dunkelflaute. Ein Hochdruckgebiet sorgt für Windstille und Nebel.

Während zugleich der Strombedarf in Deutschland stark ansteigt, auch weil es so kalt ist.

In wenigen Monaten ist es wieder soweit: Am Pfingstsonntag werden erneuerbare Energien aus Wind- und Solarkraft wohl über Stunden hinweg fast den gesamten deutschen Strombedarf decken können. Energiewendeprotagonisten und Grünen-Politiker werden dann wie stets in dieser Jahreszeit die Erfolge der Ökostromrevolution preisen – und die schnellstmögliche Abschaltung aller Kohlekraftwerke fordern.

In den langen, dunklen Wintermonaten allerdings schweigen die Lobbyisten der erneuerbaren Energien lieber. Aus gutem Grund, wie ein Blick auf die Erzeugungsdaten der zurückliegenden Wochen zeigt. Im Januar fielen die deutschen Ökostromanlagen wochenlang als Energielieferanten fast völlig aus.

In der ersten Januarwoche und dann wieder von der Monatsmitte an stellten rund 26.000 Windkraftanlagen und mehr als 1,2 Millionen Solaranlagen ihre Arbeit für lange Zeit ein. Verantwortlich war eine sogenannte Dunkelflaute: Ein für diese Jahreszeit typisches Hochdruckgebiet sorgte für zehntägige Windstille und Nebel – während zugleich der Strombedarf in Deutschland stark anstieg, weil es ziemlich kalt war.

90 Prozent aus Kohle, Gas und Atomkraft

Als zum Beispiel am Dienstag, dem 24. Januar, elektrisch betriebene Züge, U-Bahnen und Fahrstühle die Menschen an den Arbeitsplatz brachten und die Fabriken ihre Arbeit aufnahmen, stieg Deutschlands Stromverbrauch rasch auf 83 Gigawatt. Die Windkraft an Land lieferte jedoch fast über den ganzen Tag hinweg weniger als einen Gigawatt. In der Mittagszeit halfen ein paar Solaranlagen, die gesamte Ökostromproduktion kurz mal auf drei Gigawatt zu heben. Doch selbst das war nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

An jenem 24. Januar deckten die verpönten Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke mehr als 90 Prozent des deutschen Strombedarfs. An fast allen anderen Tagen zwischen dem 16. und dem 26. Januar war es sehr ähnlich. Stromspeicher, die eine so lange Zeitspanne überbrücken könnten, sind nicht einmal ansatzweise in Sicht. Die Last der Versorgung ruhte damit vor allem stark auf Atom- und Kohlekraftwerken, die Umwelt- und Klimaschützer eigentlich schon in wenigen Jahren komplett loswerden wollen.

"Der Januar hat deutlich gezeigt: Wir brauchen weiterhin flexible konventionelle Kraftwerke, um die stark schwankende Stromeinspeisung aus Wind und Photovoltaik jederzeit ausgleichen zu können", warnt Stefan Kapferer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). "Die Stromnachfrage muß bei jeder Wetterlage gedeckt und das Stromnetz stabil gehalten werden", sagt Kapferer, zu dessen Verband auch eine Reihe großer Ökostrom-Produzenten gehört.

Kapazität schmilzt wie Butter in der Sonne

Dem BDEW-Chef bereitet Sorge, daß die ganz offensichtlich unverzichtbaren konventionellen Kraftwerke derzeit mit hoher Geschwindigkeit vom Markt verschwinden. In den vergangenen fünf Jahren wurden insgesamt 82 konventionelle Stromerzeuger mit einer Leistung von mehr als zwölf Gigawatt zur Stilllegung angemeldet, weil sich ihr Betrieb im Marktumfeld der Energiewende nicht mehr rechnet.

Und das Kraftwerksterben geht weiter. Gerade erst hat die Bundesregierung die Emissionsgrenzwerte für konventionelle Kraftwerke verschärft. In der Ungewißheit, ob sie mit ihren Anlagen je wieder Geld verdienen können, rüsten viele Betreiber ihre Anlagen dafür aber nicht mehr nach – sie legen sie lieber gleich still.

Zudem hatte die Bundesregierung eben erst mit der Braunkohleindustrie vereinbart, in den kommenden fünf Jahren schrittweise 13 Prozent der deutschen Braunkohlekraftwerke in eine sogenannte Sicherheitsbereitschaft zu überführen – um sie dann in einigen Jahren ganz aus-

zumustern.

Der Atomausstieg geht natürlich auch weiter: Ende dieses Jahres wird das Kernkraftwerk Gundremmingen B vom Netz gehen. Mit einer Nettoleistung von 1,2 Gigawatt war Gundremmingen B bislang eine der Stützen der süddeutschen Stromversorgung.

Die konventionelle Kraftwerkskapazität in Deutschland schmilzt damit weg wie Butter in der Sonne. "Aktuell führen die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dazu, daß etliche konventionelle Kraftwerke zur Stilllegung angemeldet werden oder vom Netz gehen", faßt BDEW-Chef Kapferer die Lage zusammen: "Investitionen in den Kraftwerksneubau sind bereits zum Erliegen gekommen."

"Letztlich waren alle Reservekraftwerke in Bereitschaft"

Der Mangel an steuerbaren Kraftwerken setzte Stromnetzbetreiber während der Dunkelflaute im Januar bereits unter starken Streß. "Fast in allen umliegenden europäischen Ländern war die Last außerordentlich hoch und die Erzeugungssituation angespannt", heißt es beim süddeutschen Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW über die Situation in den vergangenen Wochen: "Letztlich waren alle Reservekraftwerke mehrere Tage in Bereitschaft."

Der Einsatz von "Redispatch", also kostenträchtigen Eingriffen des Netzbetreibers in den Kraftwerksbetrieb, sei in dieser Zeit "sehr hoch" gewesen, teilt TransnetBW weiter mit. "Alle verfügbaren Reservekraftwerke in Deutschland und Österreich wurden auf unseren Anlaß hin angefahren. Für die schnellstartfähigen Anlagen wurde die Bereitschaft angewiesen. Zusätzlich wurden Reserven aus Italien angefordert."

Daß aber ausländische Reservekraftwerke Deutschland auch in Zukunft dabei helfen, eine Dunkelflaute zu überstehen, ist nicht garantiert. Die alternden französischen Atomkraftwerke zum Beispiel sind längst keine sichere Bank mehr. Gerade jetzt stehen viele der Anlagen wegen Sicherheitsüberprüfungen still, was die Wirkungen der Dunkelflaute im Januar noch verstärkte. Frankreich, früher meist Exporteur von Elektrizität, mußte plötzlich selber importieren.

Beim Branchenverband BDEW fragt man sich angesichts dieser Entwicklung, woher in Zukunft noch der Strom kommen soll, wenn es mit den deutschen Kraftwerksstilllegungen in diesem Tempo weitergeht.

Strombedarf wird noch weiter steigen

Immerhin hat die Bundesregierung ja gerade auch eine "neue Phase" der Energiewende ausgerufen: Im Rahmen der sogenannten Sektorkopplung soll jetzt auch der Straßenverkehr und die Heizwärme auf Strombetrieb umgestellt werden. Der deutsche Strombedarf wird sich also noch mal deutlich erhöhen.

"Kohlekraftwerke sind Störfaktoren im System"

... "Wir brauchen sicher noch eine ganze Weile flexible Gaskraftwerke, um windarme Wochen wie im Januar überbrücken zu können", sagt etwa Philipp Vohrer, Geschäftsführer der "Agentur für Erneuerbare Energien" (AEE) der "Welt".

... "Eine Lösung, von der auch Kohlekraftwerke profitieren, muß unbedingt vermieden werden", sagt Vohrer: "Kohlekraftwerke sind Störfaktoren im System." ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Februar 2017: >>TV-Doku ... Mafia in Frankreich

Wenn der Bock zum Gärtner wird

Eine Arte-Dokumentation zeigt, wie Korruption und organisierte Kriminalität den französischen Staat aushöhlen. Die Verbindungen reichen bis in höchste politische Kreise.

"Keine Demokratie muß mit einer Mafia, die sie unterwandert, gemeinsame Sache machen." Daß dies keine Platitüde ist, sondern ein händeringender Appell, versteht man vielleicht erst, wenn man drei dichtgedrängte Stunden lang das erschreckende Ausmaß der Verquickung von Politik und organisierter Kriminalität in Frankreich vorgeführt bekommen hat.

Angesichts der schier Masse an Informationen grenzt es zwar an Überforderung, alle drei Teile von Christophe Bouquets herausragender Dokumentation "Die Mafia in Frankreich" hintereinander zu sehen, aber Kontinuität und Struktur eines Staates im Staate, der vor allem auf der politischen Rechten immer wieder Protektion fand, werden so besonders eindrücklich deutlich. Diese von korsischen Clans geprägte, lange von Marseille und Paris aus operierende "Mafia" unterhöhlt seit etwa einem Jahrhundert die französische Demokratie. Ihre Paten galten in Politik und Wirtschaft stets als willkommene Geschäftspartner. Wer wie Bouquet den Zentralfiguren folgt, entdeckt langlebige Netzwerke.

Gelungen ist die Auswahl an Gesprächspartnern: Historiker, Journalisten und Ermittler, aber auch die Tochter eines wichtigen Paten sowie der ehemalige Vorstandsvorsitzende des in dubiose Afrikageschäfte verwickelten Energiekonzerns Elf Aquitaine. Zudem wurde das Material durch viele Schaubilder und eine klare Erzählstruktur - jede Episode konzentriert sich auf eine der drei Paten-Generationen - vorbildlich aufbereitet.

Den Beginn markiert der Pakt des notorisch kriminellen Korsen Paul Carbone mit dem ebenfalls aus Korsika stammenden Politiker Simon Sabiani, der im Jahre 1929 Stellvertreter des Bürgermeisters von Marseille wurde. Die Männer Carbone und seines Kumpanes François Spirito betätigten sich als Ordnungskräfte Sabianis und wurden dafür mit Posten in Verwaltung und Polizei belohnt - ein wiederkehrendes Muster der Unterwanderung der Staatsgewalt und sicherlich ein Grund für das geschundene Institutionsvertrauen in Frankreich.

Kollaboration mit den Nationalsozialisten

Im Drogenhandel kooperierten Carbone und Spirito mit weiteren korsischen Clans. Allerdings unterstützten sie im Spanischen Bürgerkrieg die Partei Francos und kollaborierten wenig später mit den Nationalsozialisten, während die etwas jüngeren Brüder Guerini im Widerstand aktiv waren. Bereits jetzt tauchte an der Seite Sabianis - und für die Gestapo tätig - eine äußerst schillernde, fortan stets staatsnah im Hintergrund mitmischende Figur auf:

Étienne Léandri, dessen vielfältige Mafia-Kontakte erst nach seinem Tod im Jahre 1995 offenbar wurden. Laut Bouquet gilt er heute gemeinsam mit dem Korsen Marcel Francisci als Haupt der dritten Mafia-Generation. Sein ehemaliger Sekretär sagt, er habe mächtige Bankpräsidenten vor Léandri winseln gesehen.

Carbone kam 1943 bei einem Attentat der Résistance ums Leben. Spirito ging nach dem Krieg in die Vereinigten Staaten und wurde später Teil der drogensmuggelnden "French Connection". In Marseille gaben nun die Guerini-Brüder den Ton an. Sie verlegten sich auf die von deutschen Chemikern erlernte Heroinherstellung. Politisch profitierten sie mächtig vom Algerienkrieg und von der Angst vor den Kommunisten. Vor allem Charles de Gaulle und die CIA setzten auf die Schlagkraft der Mafia. Der Preis war hoch: Politisch protegiert bauten die Guerinis ein Weltimperium des Drogenhandels und des Glücksspiels auf.

Die Spur führt bis nach Afrika

Erst ein interner Zwist beendete ihre Ära, aber da stand die dritte Generation längst bereit, um in den ehemaligen französischen Kolonien das große Rad der Wirtschaftskorruption zu drehen. Das geschah im Dunstkreis von Elf Aquitaine. Diese vor Gericht nur partiell aufgearbeitete Phase der engsten Zusammenarbeit der Mafia mit afrikanischen Diktatoren und mit höchsten Kreisen der französischen Politik - eine Schlüsselfigur war Innenminister Charles Pasqua - ist der spannendste Teil des Films. Bouquet hat sich dafür durch das Bildmaterial der großen Nachrichtenarchive gewählt.

Als politische Umwälzungen die afrikanischen Unternehmungen der korsischen Mafia unter Druck setzten, zog sie sich nach Korsika zurück und heizte dort, so Bouquets These, den gewalttätigen Unabhängigkeitskampf radikaler Separatisten gezielt an, um die bis dahin aus allen Mafia-Geschäften herausgehaltene Insel zu destabilisieren. Mit Erfolg.

Heute befänden sich große Teile der Politik und Wirtschaft Korsikas - Tourismus, Immobili-

en, Sicherheit - fest in der Hand der Mafia. Eine vierte Generation übernehme derzeit die Macht, lautet der wenig hoffnungsvolle Ausblick. Dann fällt der eingangs erwähnte Satz. Was Journalisten zum Kampf gegen mafiöse Unterwanderungen beitragen können, ist die Herstellung von Transparenz. Das hat Christophe Bouquet getan. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. Februar 2017: >>**Ungeheures Schneeballsystem**

Wird 2017 zum Schicksalsjahr des Euro und der EU? Zwei Erdbeben hintereinander, Brexit und Donald Trump, haben die Selbstgewißheit der europäischen Eliten erschüttert. Bald stehen Wahlen in Holland und Frankreich an; in beiden Ländern liegen die Chancen der EU-Gegner, hier Geert Wilders, dort Marine Le Pen, nicht schlecht. Nicht ausgeschlossen ist auch, daß, wenn sowieso alle Dämme brechen, Italien oder ein anderes Land der Südschiene sich aus der Gemeinschaftswährung verabschiedet.

Noch schart die Angst vor den Folgen die Mannschaft um den Kapitän, sprich: um die deutsche Kanzlerin. Seit Ausbruch der Finanzkrise vor fünf Jahren ist es wesentlich ihr persönlicher Nimbus, der Euro und EU unbeirrt auf Kurs zu halten scheint. Doch dieser Nimbus hat seit der Flüchtlingskrise gelitten - nach außen wie nach innen. Wenn die Kanzlerin sich jetzt obendrein als besiegtbar erweist, ist es gut möglich, daß der Kahn ganz auseinanderbricht.

Schuldendienst könnte zusammenbrechen

Kein Wunder, daß alle Welt die zu erwartenden Konsequenzen berechnet. Szenarien gibt es verschiedene. "Sollte ein Land das Eurosystem verlassen", schrieb Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), kürzlich, "müßte dessen Nationalbank die Ansprüche oder Verbindlichkeiten mit der Europäischen Zentralbank vollständig ausgleichen." Ein wahres Wort.

Nur wird die neu-alte nationale Währung dieses Landes im Vergleich zum Euro deutlich weniger wert sein als beim Start der Eurozone. Die Einfuhren würden empfindlich teurer, die Exportwirtschaft würde angekurbelt ... aber was exportieren die Hungerleider unter den Euroländern schon groß?

Vor allem würde der Schuldendienst zusammenbrechen. Ausländische Banken und Lieferanten blieben auf ihren Forderungen sitzen. Das gilt auch für die Verbindlichkeiten aus dem Euro-Rettungsschirm ESM. Und für jene im Rahmen des Verrechnungssystems TARGET. Schon zum Höhepunkt der Finanzkrise standen die sogenannten TARGET-Salden im Licht der Öffentlichkeit.

Schwache Länder lassen anschreiben

Es war der damalige Präsident des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, der im Februar 2011 darauf aufmerksam machte, daß die Schuldnerländer der EU, deren Anleihen niemand mehr haben wollte, sich via TARGET durch die Hintertür finanzierten.

An und für sich regelt das TARGET-System nur den laufenden Zahlungsverkehr zwischen den Zentralbanken. Diese Geldflüsse spiegeln den grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen. Vereinfacht ausgedrückt bilden die täglichen Salden die Handelsbilanz der beteiligten Volkswirtschaften ab.

Notorische Exporteure wie Deutschland bauen Forderungen auf, die in den Einfuhrländern als Verbindlichkeiten zu Buche schlagen. Der Trick ist: Euro-Länder genießen bei TARGET einen unbegrenzten Überziehungsrahmen. Sie importieren und lassen anschreiben wie vor langer Zeit beim Kaufmann um die Ecke.

Milliarden-Risiken am Steuerzahler vorbei

In der Vergangenheit wurden die TARGET-Verbindlichkeiten beglichen, indem die betroffenen Zentralbanken sich im Ausland refinanzierten. Das funktioniert seit Beginn der Finanzkrise nicht mehr - Ländern wie Griechenland, die kaum noch Anleihen plazieren können, steht allenfalls der ESM-Rettungsschirm zur Verfügung.

Oder sie lassen anschreiben - dann steigen im Gegenzug die TARGET-Forderungen der Ausfuhrländer wie Deutschland. Der eigentliche Kreditgeber, etwa der deutsche Steuerzahler, wird nicht gefragt. TARGET-Forderungen sind also nichts anderes als TARGET-Risiken. Zum Stichtag 31. Januar 2017, 24.00 Uhr, waren es für die deutsche Bundesbank 795.621.293.492,45 Euro.

Solange die Euro-Zone hält, sind die Forderungen wenigstens auf dem Papier werthaltig. Führt jedoch ein Schuldnerland seine nationale Währung wieder ein, dann wird es seine Euro-Verbindlichkeiten in nationaler Währung zum ursprünglichen Umrechnungskurs begleichen wollen. Wenn überhaupt. Nur wird dieser Umrechnungskurs dann völlig unrealistisch sein.

Deutschland könnte auf TARGET-Forderungen sitzenbleiben

Das böseste Szenario ist der komplette Zusammenbruch der Eurozone, also der gleichzeitige Ausstieg aller Mitglieder. In dem Fall würde das wirtschaftlich stärkste Land - gegenwärtig und bis auf weiteres Deutschland - sofort zum Magneten für Anleger aus Europa und der ganzen Welt. Die wieder eingeführte D-Mark würde binnen Minuten in die Höhe schnellen, die deutsche Exportwirtschaft (über die Hälfte des Bruttosozialprodukts) zusammenbrechen, und die fast 800 Milliarden TARGET-Forderungen der Bundesbank wären größtenteils für die Katz.

Erinnert man sich an die Diskussionen um den deutschen Beitrag zum Euro-Rettungsschirm "nur" 190 Milliarden -, dann begreift man Hans-Werner Sinns Schlußfolgerung vor sechs Jahren: "Wenn die Länder, deren Banken die Kredite gegeben wurden, zahlungsunfähig werden, haftet Deutschland. Es tun sich Abgründe auf." Und damals, Anfang 2011, lagen die deutschen TARGET-Forderungen bei deutlich weniger als der Hälfte von heute!

De facto hat die Bundesregierung sechs Jahre lang sehenden Auges über 400 Milliarden Euro zusätzliches Risiko in die Bücher genommen - und alles nur, damit der schöne europäische Traum nicht platzt. Wie sie dieses ungeheure Schneeballsystem verantworten will, sollte die Bundeskanzlerin als Richtlinienverantwortliche der deutschen Politik dem Souverän bei Gelegenheit erklären.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Februar 2017: >>**Der scheitern-
de Staat**

"Failed state": Der englische Begriff steht für einen "gescheiterten Staat", der die Kontrolle über Teile des Staatsgebiets verloren hat und das Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen kann. Wo er fällt, denkt man üblicherweise an von Bürgerkriegen und ausländischen Interventionen zerrüttete und zerfallende Staatsgebilde im Norden und Osten Afrikas oder im Nahen und Mittleren Osten. Mit dem rasanten und unregelmäßigen Import großer Bevölkerungskontingente aus diesen Krisenregionen mehren sich auch in Deutschland die Symptome des staatlichen Scheiterns.

Sichtbar wird dies in der Entstehung "verbotener Zonen" und rechtsfreier Räume, in denen die überforderten Kräfte von Polizei und Justiz geltende Gesetze nur noch partiell durchsetzen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der eigenen Staatsbürger nicht mehr uneingeschränkt gewährleisten können. Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) mag noch so oft leugnen, daß es in seinem Bundesland solche "No-go-Areas" gebe:

Für die Bürger, die bestimmte Straßen, Plätze und Stadtteile selbst bei Tage vorsichtshalber meiden, sind sie ebenso Realität wie für jene Teile der Polizei, die nicht parteibuchgesichert vom warmen Führungsschreibtisch aus abwiegeln, sondern Tag für Tag im Fronteinsatz den Kopf hinhalten und zur bevorzugten Zielscheibe aggressiver Einwanderer-Bevölkerungen geworden sind.

Weg in den permanenten Ausnahmezustand

Die Ausrede, daß man von einer "No-go-Area" ja erst sprechen könne, wenn nicht nur die Bürger, sondern auch die Ordnungskräfte sich nicht mehr hineinwagten, ist faul: Wenn selbst

einfachste Polizeimaßnahmen nur mit massiver Verstärkung durchführbar sind, weil einzeln auftretende Beamte sofort von einer wütenden Meute umringt werden, führt schon die personelle Überdehnung der kaputtgesparten Polizei dazu, daß sie in Bezirken, die ihr streitig gemacht werden, nur noch das Nötigste erledigt und sich sukzessive aus ihnen zurückzieht.

Die Logik der fragmentierten Einwanderungsgesellschaft führt in den Polizeistaat, der mangels geeigneter Kräfte indes gar nicht zu realisieren ist. Wenn ein Polizeiaufgebot in Regimentsstärke in Köln die Wiederholung der sexuellen Massenübergriffe der Neujahrsnacht 2015/16 verhindert, wird bekannt, daß im weniger massiv verteidigten Frankfurt am Main eben dieser Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung wieder eingetreten ist. Abgesagte Feste und Karnevalszüge, harte Anti-Terror-Auflagen vom Lkw-Verbot bis zur festungsartigen Einmauerung mit Betonbarrikaden, weisen den Weg in den permanenten Ausnahmezustand.

Ethnische Fragmentierung der Sicherheitskräfte

Einschränken soll sich die einheimische Bevölkerung; Präventionsversuche wie der Appell der NRW-Polizei, Asylbewerber vom Straßenkarneval fernzuhalten, führen zuverlässig zum erbitterten Widerstand der Asyl-Lobby und zum raschen Einknicken der Behörden.

Kein Wunder, daß die Polizei eher frustrierte Beamte verliert, als neue Bewerber anlockt. Politisch gewolltes Auffüllen ihrer Reihen mit Kräften "mit Migrationshintergrund" bei gleichzeitiger Absenkung der Einstellungskriterien birgt wiederum die Gefahr der ethnischen Fragmentierung auch der Sicherheitskräfte.

Razzien zeigen haarsträubende Zustände

Manifest wird der Kontrollverlust gerade dort, wo die Behörden Stärke demonstrieren wollen, um die Bürger zu beruhigen, die den um sich greifenden Kontrollverlust sehr wohl spüren. Die Razzien in Hessen und Berlin gegen islamistische Terrornetzwerke haben haarsträubende Zustände ans Tageslicht gebracht:

Der unter Einsatz von mehr als tausend Beamten verhaftete tunesische Hauptverdächtige hatte sich früher schon zehn Jahre lang in Deutschland aufgehalten, beging zwischenzeitlich offenkundig einen schweren Terroranschlag in seiner Heimat, betätigte sich seit 2015 im Zuge der unkontrollierten Illegalen-Ströme als Anwerber und Schleuser für den IS, war zwischenzeitlich in Haft und wieder freigekommen. Wie zwei zeitgleich in Berlin verhaftete Terrorverdächtige ging der Tunesier in einschlägig bekannten Salafisten-Moscheen ein und aus, die zwar immer wieder mal durchsucht, aber nie geschlossen und verboten worden sind.

Parallelgesellschaften als Rückzugsraum

Importierte Parallelgesellschaften dienen Islam-Terroristen als Rückzugsraum und Rekrutierungsumfeld. Den Behörden sind fast 600 islamistische "Gefährder" bekannt, sie können sie aber mangels Personal nicht lückenlos überwachen, vom Dunkelfeld der zwischenzeitlich unerkannt eingereisten potentiellen Zeitbomben ganz zu schweigen.

Unfähig, sie und ihr Unterstützerumfeld wieder aus dem Land zu weisen, verlängert die Politik ihr Versagen mit hilflosen Alibimaßnahmen wie der "elektronischen Fußfessel" für "Gefährder". Eine solche hat bekanntlich letzten Sommer einen islamischen Terroristen in Frankreich nicht daran gehindert, einen Priester während der Messe rituell zu massakrieren; sie wird auch hierzulande keinen zum "Märtyrertod" entschlossenen Dschihadisten aufhalten.

Lösung besteht nicht in "mehr Stellen"

Wie um die selbstzufriedenen politischen Gesundheitslügen zu strafen, schlägt auch die Generalbundesanwaltschaft Alarm und ruft nach Verstärkung aus den Ländern, weil ihr die Islam-Terrorverfahren über den Kopf wachsen.

Die Lösung lautet nicht - wie grüne Schreibtischtäter stereotyp suggerieren - "mehr Stellen". Die Lösung lautet: Illegale Einwanderer nicht mehr ins Land lassen, die bereits hereingekommen wieder hinausbefördern, die Kontrolle über die Grenzen wiederherstellen, bevor die Kontrolle im ganzen Land verlorenght. Entweder das, oder Deutschland findet sich in ein

paar Jahren auch in der "Failed state-Statistik".<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Februar 2017:

>>**Tschetschenen in Deutschland: Migration als Waffe?**

Tausende Tschetschenen reisen illegal nach Deutschland ein. Viele neigen zur Gewalt und lassen sich kaum integrieren. Moskau zieht daraus seinen Vorteil.

Die Moschee in der Perleberger Straße im Berliner Stadtteil Moabit ist geschlossen. Sie sorgte für Aufsehen, weil Anis Amri, der Attentäter von Berlin, dort verkehrte. Jetzt ist der Moscheeverein "Fussilet 33" verboten. Amri war Tunesier, doch der Verein war vor allem ein Treffpunkt radikalislamischer Tschetschenen aus Berlin und Brandenburg.

Der frühere Vereinspräsident Ismet D. steht in Berlin vor Gericht. Er soll die syrische Terrorgruppe Junud asch Scham, in der viele Tschetschenen kämpfen, unterstützt haben, indem er tschetschenische Kämpfer aus Deutschland nach Syrien begleitete und Flugtickets für sie bezahlte.

Junge Tschetschenen schließen sich seit Jahren der salafistischen Szene in Deutschland an. Manche kommen schon als militante Islamisten an, andere werden hier radikalisiert. Besonders groß sind die Probleme in den östlichen Bundesländern. In Berlin gehören Tschetschenen seit Jahren zu den islamistischen Gefährdern, in Brandenburg gibt es nach Angaben des Innenministeriums zwischen 80 und 90 radikale Islamisten, die meisten sind Tschetschenen.

Sie zu beobachten bindet eine hohe Zahl von Polizisten und Verfassungsschützern. Früher galten Islamisten aus der russischen Teilrepublik im Nordkaukasus den deutschen Sicherheitsbehörden als wenig besorgniserregend. Das "Kaukasische Emirat", in dem sie sich organisierten, betrachtete Deutschland als Rückzugs- und Ruheraum. Das hat sich in den vergangenen Jahren geändert, spätestens seit die Organisation sich dem IS unterstellt hat.

Der Druck, Deutschland wieder zu verlassen, ist gering

Die Zahl tschetschenischer Islamisten nimmt auch deswegen zu, weil immer mehr Tschetschenen nach Deutschland kommen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion haben die Tschetschenen zwei verheerende Kriege mit der russischen Zentralmacht geführt: Den ersten von 1994 bis 1996 haben sie gewonnen, den zweiten, ab 1999 schon unter Putin, dann verloren. In den vergangenen fünf Jahren reisten jedes Jahr Tausende Bewohner der russischen Teilrepublik nach Deutschland, das geschah in Wellen. Seit 2012 haben fast 36.000 Tschetschenen Asyl beantragt. Die meisten von ihnen sind ohne gültigen Paß und ohne Visum eingereist.

Im vergangenen Jahr stellten mehr als 12.200 Menschen aus der Russischen Föderation einen Asylantrag in Deutschland. Davon waren nach eigenen Angaben 9.850 Tschetschenen, mehr als 80 Prozent. Es war die größte Einreisewelle aus Rußland seit 2013. In diesem Jahr hatten sogar knapp 15.500 Russen Asyl in Deutschland beantragt.

Mehr als 13.600 von ihnen, rund 90 Prozent, waren damals Tschetschenen. Gewährt wird ihnen Asyl nur selten. Von allen Asylbewerbern aus Rußland wurden im vergangenen Jahr insgesamt 5,2 Prozent als asylberechtigt oder als Flüchtlinge anerkannt, bei den Tschetschenen betrug die Schutzquote sogar nur 4,3 Prozent.

Eigentlich dürfte sich der größte Teil der Tschetschenen also gar nicht mehr hier aufhalten. Doch der Druck, Deutschland wieder zu verlassen, ist gering. Die Tschetschenen reisen in der Regel aus ihrer Heimat nach Weißrußland und stellen dann an der polnischen Grenze einen Asylantrag. Da aber die Unterbringung für Asylbewerber in Polen schlechter ist und die finanziellen Leistungen weit geringer sind, reisen sie weiter nach Deutschland. Hier werden sie dann in Erstaufnahmelagern untergebracht und nach sechs Monaten auf die Kommunen in einzelnen Bundesländern verteilt.

Rückschiebungen können häufig nicht stattfinden

Nach dem Dublin-Abkommen müßte die ganz große Mehrheit der Tschetschenen, die in Deutschland Asyl beantragt, eigentlich nach Polen zurückgebracht werden. Denn in diesem

EU-Land haben sie zuerst Asyl beantragt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Bamf, bearbeitet die Asylanträge der Tschetschenen deswegen erst einmal nicht. Doch kaum ein Tschetschene wird tatsächlich nach Polen zurückgebracht.

Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums von Januar bis Oktober nur 560 Personen nach Polen zurückgeschoben, wie der Fachbegriff heißt. Da Familien nicht auseinandergerissen werden, gibt es schnell einen Grund, warum eine Rückschiebung nicht stattfinden kann - mal fehlt ein Familienmitglied, mal ist eines krank, oft ist eine Frau schwanger oder gerade ein Kind geboren worden.

In Brandenburg, das im vergangenen Jahr rund 2.300 tschetschenische Asylbewerber registriert hat, wurden 2016 nur 22 Familien mit 99 Personen nach Polen zurückgeschoben, wie das Innenministerium in Potsdam mitteilt. Zudem seien die nach Polen gebrachten Personen oft nach wenigen Wochen wieder zurück in Deutschland. Drehtüreffekt nennt man das. Brandenburg wünscht sich daher, daß das Dublin-Abkommen für die Tschetschenen ausgesetzt wird. Dann könnten die Asylanträge gleich in der Erstaufnahmeeinrichtung bearbeitet und abgelehnte Asylbewerber von dort nach Rußland abgeschoben werden.

Dem Bund aber ist daran gelegen, die Dublin-Regeln wieder zur Geltung zu bringen - daher will er für die Tschetschenen keine Ausnahme machen. Eine Abschiebung in die Heimat, also nach Rußland, findet aber noch seltener statt als die Rückschiebung nach Polen. Im vergangenen Jahr wurden 110 Tschetschenen nach Rußland abgeschoben. Das ist rund ein Prozent derer, die im gleichen Jahr gekommen sind.

Tschetschenische Männer gelten als besonders gewaltbereit

Die Tschetschenen gelten den Behörden als eine besonders schwierige Gruppe. Die tschetschenischen Gefährder, also Leute, von denen die Polizei annimmt, daß sie Terroranschläge ausführen könnten, sind dabei nur eine ganz kleine, wenn auch besonders gefährliche Fraktion. Andere Probleme wiegen ebenso schwer: In den Erstaufnahmeeinrichtungen gelten die tschetschenischen Männer als besonders gewaltbereit. Immer wieder kommt es zu Prügeleien oder Messerstechereien zwischen Tschetschenen einerseits und Syrern oder Afrikanern, etwa aus Kamerun oder Tschad, andererseits. "Treffen die Tschetschenen auf Nordafrikaner, ist der Ärger schon programmiert", heißt es im Brandenburger Innenministerium.

Der Hang zur Gewalt hat mit der Kriegermentalität, dem Ehrenkodex und dem ausgeprägten Machogehabe der Tschetschenen zu tun. Zudem bleiben die Clan-Strukturen, in denen sich die Tschetschenen organisieren, auch außerhalb der Heimat erhalten. Das bekommen auch die Asylunterkünfte zu spüren. Mitunter reisen Gruppen von Tschetschenen von außen zu den Aufnahmelagern, um Rache zu nehmen an jenen, die ihre Landsleute beleidigt oder angegriffen haben sollen.

In Brandenburg hat das dazu geführt, daß die Tschetschenen aus dem Erstaufnahmelager Eisenhüttenstadt in eine eigene Außenstelle überführt wurden, in der sie nicht mehr mit anderen Asylbewerbern untergebracht sind. Ein Problem bleibt auch in dem neuen Heim, daß tschetschenische Männer ihre Frauen oder Kinder verprügeln. Auch Fälle von Gefährdung des Kindeswohls kommen immer wieder vor, etwa weil Mütter ihre Kleinkinder über Stunden unbeaufsichtigt lassen.

Warum verlassen so viele Tschetschenen ihre Heimat?

In der organisierten Kriminalität in Deutschland spielen Tschetschenen seit Jahren eine große Rolle. Bei Schutzgelderpressung, Raub und der Verteidigung von Geschäftsbezirken gegen andere kriminelle Banden sind sie stark vertreten, oft agieren sie auch im Auftrag anderer ethnischer Clans. Im November fand eine Razzia gegen sechzehn Tschetschenen in mehreren sächsischen Städten, aber auch in Thüringen und Rheinland-Pfalz statt; ihnen wird die Gründung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Warum verlassen so viele Tschetschenen ihre Heimat und kommen nach Deutschland? Als

Grund gilt meist, daß der heutige Herrscher in Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, mit eiserner Hand regiert. Kadyrow hat seinen Verwandten und Getreuen die einträglichsten Posten in der Republik verschafft, gegen Gegner geht er rücksichtslos vor. Rechtsstaatliche Verhältnisse gibt es in Tschetschenien nicht, Kadyrows bewaffnete Einheiten machen ungestraft, was ihnen paßt. So läuft das allerdings schon seit Jahren.

Wie kommt es also, daß es immer neue Ausreisewellen gibt? Bei der ersten großen Welle von 2012 und 2013 spielten Gerüchte eine Rolle, daß Tschetschenen in Deutschland ein Begrüßungsgeld, ein Haus oder ein Grundstück erhielten. Unklar ist allerdings, wer die Gerüchte streute und warum es in der rigide kontrollierten Republik zugelassen wurde, daß sie sich verbreiteten. Ungewiß ist zudem, ob die Tschetschenen, die nach Deutschland kamen, das mit den Geschenken in Deutschland wirklich glaubten.

Nach Einschätzung mancher Sicherheitsbehörden waren die nahenden Olympischen Winterspiele in Sotschi ein Grund dafür, daß Rußland viele Ausreisen zuließ, um auf diese Weise unzufriedene Elemente loszuwerden. Damals reagierten die deutschen Behörden auf verschiedene Weise. Das Bamf startete eine Aufklärungskampagne in Tschetschenien, die den Gerüchten widersprach. Die Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz führten Gespräche mit ihren russischen Partnerinstitutionen, in denen sie das Problem der Massenzuwanderung thematisierten.

Tatsächlich kam es 2014 zu einem Rückgang: Statt mehr als 15.000 wurden nur noch gut 5.500 Asylanträge aus Rußland registriert. 2015 setzte allerdings eine neue Reisewelle ein, die 2016 ihren Höhepunkt erreichte. Hatte sie damit zu tun, daß die Tschetschenen sahen, daß Deutschland nun Muslime in großer Zahl aufnahm? In Sicherheitskreisen heißt es, bei Hunderten Tschetschenen, die 2016 einreisten, lasse es sich nachweisen, daß sie 2013 schon einmal nach Deutschland gekommen seien.

Es lohnt sich für Moskau, die Tschetschenenkarte zu spielen

Eine Erklärung für die Reisewellen, die dort außerdem gegeben wird, lautet: Rußland hatte kein Interesse, diesen Zustrom illegaler Migranten nach Deutschland zu stoppen. Die Russen wollten den Deutschen vielmehr zeigen, daß sie ein Problem schaffen und es auch wieder abschaffen könnten. In der Flüchtlingsfrage, die Deutschland so tief spaltet, trugen sie so dazu bei, daß die dadurch entstandenen Probleme sich noch verstärkten.

Deshalb lohnt es sich für Moskau, die Tschetschenenkarte zu spielen. Bei Verhandlungen mit den Russen, in denen die deutsche Seite darauf drang, den Zustrom von Tschetschenen zu unterbinden, ließ die russische Seite unter anderem wissen, daß es sich bei den Tschetschenen gar nicht um solche aus der russischen Kaukasusrepublik, sondern um Tschetschenen aus Kasachstan handele.

Das aber trifft nicht zu - zumal die Tschetschenen in Kasachstan, wohin sie während des Zweiten Weltkriegs von Stalin deportiert worden waren, gerade noch 0,2 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Als Beispiel für das Vorgehen der Russen wird auch auf die Flüchtlinge verwiesen, die 2015 über die sogenannte Polarroute nach Finnland und Norwegen gelangten. Sie durchquerten ein Gebiet, das zuvor als Sperrzone gegolten hatte. Erst als die Regierungen in Helsinki und Oslo mit Moskau verhandelten, wurde die Route wieder dicht gemacht.

Migration als Waffe? Beweisen läßt sich das kaum. Die Bundespolizei teilt auf Anfrage mit, daß ihr "keinerlei Hinweise" vorliegen, daß die Reisewellen aus Tschetschenien gesteuert werden. Sicher ist: Die Reisen von Tausenden Tschetschenen über Weißrußland nach Polen bleiben den russischen Behörden und Nachrichtendiensten nicht verborgen. Der russische Geheimdienst FSB hat vor wenigen Tagen erstmals seit 1995 wieder Kontrollen an der Grenze zu Weißrußland eingeführt.

Ob dadurch weniger Tschetschenen nach Deutschland kommen werden, ist allerdings völlig unklar. Die Erfahrungen mit Rußland in der Frage der illegalen Migration faßt ein Fachmann

in der Regierung so zusammen: "Was den Deutschen Probleme bereitet, das ist für die Russen ein Trumpf im Ärmel."<<

Das Internetportal "heise online" berichtete am 9. März 2017 (x1.068/...): >>**Fukushima sechs Jahre nach dem AKW-Gau: "Die Regierung verrät die Opfer"**

Vor 6 Jahren verursachten Erdbeben und Tsunami einen Gau im Atomkraftwerk Fukushima. Noch immer weiß niemand, wo genau sich der geschmolzene Brennstoff befindet. Trotzdem drängt der Staat immer mehr Anwohner zur Rückkehr. Kritiker warnen vor Risiken.

Von Lars Nicolaysen

Die Kirschbäume haben sie stehen lassen. Als Japaner hänge man an ihnen, erzählt ein Mitarbeiter des japanischen Atomkonzerns Tepco lächelnd. Etwas bizarr ist dieser Hinweis auf die Bäume, während im Hintergrund die havarierten Reaktoren der Atomruine Fukushima Daiichi in den Himmel ragen.

Sechs Jahre sind vergangen, seit an jenem 11. März 2011 ein schweres Erdbeben und ein gewaltiger Tsunami den Nordosten des Inselreiches heimsuchten. 18.500 Menschen starben damals in den Fluten. Zum Sinnbild der Katastrophe aber wurde der Gau im Atomkraftwerk Fukushima, auch wenn dadurch niemand direkt ums Leben kam. Noch heute lassen grotesk verbogene Stahlstreben und geborstene Betonplatten das Chaos erahnen, das hier damals herrschte.

Und doch hat sich in den vergangenen Jahren einiges hier getan. In erstaunlich großen Gebieten der Anlage brauchen die täglich 6.000 hier arbeitenden Männer laut Tepco keine aufwendigen Schutzanzüge mit Vollgesichtsmaske mehr zu tragen, da die Strahlenwerte deutlich gesunken seien. Die Lage sei "stabil", wie es Manager Shunji Uchida ausdrückt. Doch die größten Herausforderungen stehen noch bevor.

Rund 1.500 abgebrannte Brennstäbe liegen noch in den zerstörten Reaktoren 1, 2 und 3. Nächstes Jahr will Tepco mit der Bergung im Reaktor 3 beginnen. Bis 2022 sollen dann alle Brennstäbe aus den Meilern entfernt und an einem sichereren Ort gelagert werden.

Geschmolzene Brennstäbe

Noch immer weiß niemand genau, wo sich der geschmolzene Brennstoff befindet. Ein kürzlich in den Reaktor 2 geschickter skorpionförmige Roboter drang wegen Trümmern nicht so nahe zum Kern vor wie erhofft. Wegen der extremen Strahlung von bis zu 650 Sievert pro Stunde, bei der ein Mensch innerhalb weniger Minuten sterben würde, ging er kaputt.

Tepco muß wissen, wo sich der Brennstoff in jedem der drei Reaktoren befindet, um herauszufinden, was die beste und sicherste Methode ist, ihn herauszuholen. Obwohl der Roboter-einsatz bislang nicht den erhofften Erfolg brachte, halten Tepco und die Regierung an ihrem Plan fest, in diesem Sommer die grundsätzliche Vorgehensweise zum Herausholen des Brennstoffs festzulegen und dann 2021 anzufangen.

Rückkehr

Doch trotz dieser und anderer großer Probleme wie der Entsorgung der riesigen Mengen an verstrahltem Wasser sollen nach dem Willen der Regierung die früheren Bewohner einiger umliegender Gebiete zurückkehren. Durch die großflächigen Dekontaminierungsarbeiten der vergangenen Jahre sei es angeblich wieder sicher, dort zu leben.

Der Staat und Tepco wollten auf diese Weise die hohen Entschädigungen an die Betroffenen einsparen, beklagen Kritiker. "Die japanische Regierung verrät die Opfer der Katastrophe und stellt Konzerninteressen über das Wohl der Menschen", beklagt Susanne Neubronner, Atomexpertin bei der Umweltschutzorganisation Greenpeace.

Weiter hohe Strahlenbelastung

So ist laut Greenpeace die von ihr in umliegenden Wäldern der Gemeinde Iitate gemessene Strahlung vergleichbar mit dem derzeitigen Strahlenniveau innerhalb der 30-Kilometer-Sperrzone von Tschernobyl. Trotzdem solle die Evakuierungsverfügung für einen Großteil

von Iitate zum 31. März aufgehoben werden. Ein Jahr später fallen die Kompensationszahlungen für die ehemals 6.000 Bewohner weg. Zuvor war auch schon die Sperrung anderer Gemeinden aufgehoben worden.

Noch in diesem Monat wird zudem denjenigen, die "freiwillig" aus Gebieten flohen, die nicht zur Evakuierungszone erklärt worden waren, die Wohnzuschüsse gestrichen. Das trifft vor allem viele Frauen mit Kindern. Sie seien "Opfer der staatlichen Atompolitik", beklagt eine der betroffenen Mütter. Sie hätten auch angesichts von Berichten über zunehmende Fälle von Schilddrüsenkrebs unter Kindern weiterhin Angst.

Bislang sind denn auch nur wenige frühere Anwohner bereit, der Aufforderung des Staates zu folgen. Gerade mal gut zehn Prozent der wegen des Gaus evakuierten Menschen aus fünf Gemeinden der Präfektur Fukushima sind inzwischen in ihre früheren Häuser zurückgekehrt.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. März 2017 (x892/...): >>**Volk, Vaterland, Vertreter, Versprecher ...**

Auch in den letzten Wochen fielen uns Sätze auf: weil sie so bezeichnend, provozierend, trefend, typisch, dumm, entlarvend, belustigend, intelligent, nachdenklich oder anregend sind. Wir haben wiederum völlig willkürlich eine ganz kleine Blütenlese dieser Sätze zusammengestellt. Ab und an verdichtet sich eben etwas in einem einzigen Satz, in einem ganz kurzen Textabschnitt.

"Viele meiner deutschen Mitmenschen sind mir einfach ein Rätsel. Ein Buch mit sieben Siegeln. Und sie scheinen in einer komplett anderen Welt und Wirklichkeit zu leben als ich. Mein Land wird mir immer fremder." (Unbekannt)

"Es ist möglich, daß der Deutsche noch einmal von der Weltbühne verschwindet; denn er hat alle Eigenschaften, sich den Himmel zu erwerben, aber keine einzige, sich auf Erden zu behaupten, und alle Nationen hassen ihn wie die Bösen den Guten. Wenn es ihnen aber wirklich einmal gelingt, ihn zu verdrängen, wird ein Zustand entstehen, in dem sie ihn wieder mit den Nägeln aus dem Grabe kratzen möchten." (Friedrich Hebbel, Tagebücher, 4.1.1860)

"Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft: wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit." (Orwell, 1984, S. 308).

"Die Faulheit ist das letzte Gut, das uns vom Paradies geblieben ist." August Wilhelm Schlegel

"Schon gemerkt? So gut wie alle Flüchtlinge sind 17 Jahre alt." (Unbekannt)

"Es ist wichtig, sich immer daran zu erinnern, daß Sozialismus nur ein Kosename ist. Wie der gemütlische Schorsch eigentlich ein ungemütlischer Georg ist. Denn der Verzicht auf Gewalt bei den 'Sozialisten' bedeutet nur, daß sie in ihrer Strategie und Taktik wesentlich subtiler geworden sind. Die menschenfeindlichen kommunistischen Ziele werden (statt mit Gewalt) mit massenpsychologischen und anderen Tricks verfolgt und umgesetzt." (Adorján F. Kovács am 06.02. im Portal "Freie Welt")

"Vor Jahren sagte ich: Gott schütze Franziskus, wenn er nicht weiß, was er tut. Wenn er es aber weiß, dann schütze Gott uns in der Kirche! - Heute sage ich: er weiß, was er tut." (ein irischer Passionist)

"Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst." (Friedrich Ebert (SPD), Präsident der Weimarer Republik von 1919 bis 1925, laut Wikiquote)

"Deutsch-Österreich muß mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns, und wir gehören zu ihnen." (derselbe)

"Diejenigen, denen wir die große Ehre erweisen, bei uns einreisen zu dürfen, sollten dieses Land unterstützen und seine Menschen und Werte lieben." (Donald Trump in seiner ersten Kongreßrede)

"Wie in einem defekten Fahrstuhl gefangen, zuckeln sie immer zwischen dem 33. und 45. Stockwerk hin und her. ... "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben", warnte Michail Gorbatschow 1989 die DDR-Führung, die die Zeichen der Zeit nicht sehen wollte und längst überfällige Reformen ihres verkrusteten Staatssozialismus verweigerte. Die Ergebnisse sind bekannt.

Damals ging es nur um einige Jahre, die die ostdeutschen Genossen den Reformern im Kreml hinterher hinkten. Heute geht es um jene, die 70 Jahre zurückgeblieben sind und trotzdem an den Schaltstellen der Macht kleben, in Politik und Medien den Ton angeben. Längerfristig haben sie keine Zukunft, dazu mangelt es ihnen zu sehr an Lebensfreude, Neugier und Selbstreflexion. Doch bis sie endlich abtreten, können sie mit ihrer zwanghaften und bössartigen NS-Fixierung die Zukunft der gesamten Gesellschaft beeinträchtigen." (Oliver Zimski auf der "Achse des Guten" - achgut.com - über die Deutschen des 21. Jahrhunderts)

"Gott sei Dank, et hät je klapp!" (Sr. Isa Vermehren auf die Frage, was sie Jesus sagen würde, wenn sie ihm nach ihrem Tod begegnen würde)

"Am Rande: Was könnte es für den Konstrukteur einer Raumsonde, die in 500 Millionen Kilometern Entfernung zur Erde auf einem kurzperiodischen Kometen landet, Plausibleres und Naheliegenderes geben, als den Vorschriften eines frommen Beduinen aus dem 7. Jahrhundert zu folgen?" (Michael Klonovsky 05.03.2017)

"Ein Protestant wird zustimmen, wenn man über den Papst sagt, ein Mann allein könne doch nicht behaupten, recht zu haben. - Ein moderner Katholik und ein Protestant werden zustimmen, wenn man über Erzbischof Lefebvre (der die katholische Tradition verteidigte) sagt, ein Mann allein könne doch nicht gegen Papst und Kirche recht haben. - Beide aber werden empört reagieren, wenn man über Luther (der eine neue Kirche und einen neuen Glauben gründete) sagt, ein Mann allein könne doch nicht gegen Papst und Kirche recht haben: das nennen sie in dem Fall dann "Mannesmut"." (unbekannt)

"Deutschland, Deutschland, langsam verzweifle ich an Dir. Du machst mich wund und krank." (Martin E. Renner auf "jouwatch")

"Die Lage des Haustieres zieht die des Schlachttiers nach." (Ernst Jünger, Waldgang, 1951, Kapitel 11)

"Wenn alle Institutionen zweifelhaft oder sogar anrüchig werden und man selbst in den Kirchen nicht etwa für die Verfolgten, sondern für die Verfolger öffentlich beten hört, dann geht die sittliche Verantwortung auf den Einzelnen über oder, besser gesagt, auf den noch ungebrochenen Einzelnen." (Ernst Jünger, Waldgang, 1951, Kapitel 30)

"Es ist ein Netzwerk der Guten, das dieses Land prägt und es stark macht." (Gauck beim Abschiedsbesuch der Stuttgarter Nachrichten)

"Unser Parlament und die Regierung bestimmen die Politik. Eine Direktwahl des Bundespräsidenten würde den Eindruck erwecken, daß es da noch eine letzte Instanz gibt, die autorisiert ist, notfalls das zu korrigieren, was die Regierung möglicherweise falsch gemacht hat." (Gauck in der Stuttgarter Zeitung)

"Wenn das mit der Köterrasse jetzt amtlich ist, bezahlen wir Ureinwohner in Zukunft nur die Hundesteuer statt der Einkommenssteuer und allen anderen Abgaben?" (Kommentar auf einem politischen Blog)

"Denn jedes Volk bildet eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen.

In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen Ausdruck verschafft.

Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus." (Internetfund)

"Sicherheit ist kein Wert an sich, weshalb Bundeskanzlerin und Bundespräsident von Leibwächtern umgeben sind, nicht aber der einfache Düsseldorfer. Der bezahlt sie nur." (Kommentar nach dem Axtanschlag im Düsseldorfer Hauptbahnhof)<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete am 12. März 2017:

>>**Bürgerkrieg in Europa: Die Luntten lodern an allen Enden**

Besorgniserregend sind die Zustände in Europa schon länger. In den letzten Wochen und Tagen verschärft sich die Situation zusehends. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis Europa länderübergreifend von bürgerkriegsähnlichen Zuständen überzogen wird. Wer die Augen nicht verschließt und ideologisch nicht verblendet ist, kann die Gründe dafür erkennen und sie vor allem benennen

Während die Parteien links der Mitte und den von ihnen bezahlten Vorfeldorganisationen immer noch einem Faschismus hinterherjagen, verwandelt sich Europa in ein Flammenmeer. Die Antwort darauf kommt prompt: Demonstrieren gegen Rechts, gegen Rassismus und für Weltoffenheit. Daß genau diese Weltoffenheit gerade dafür sorgt, daß alles aus der Bahn läuft, sieht der dumme Antifant nicht.

Eigentlich sollte man sich gemütlich zurücklehnen und der Dinge harren die da kommen. Mit einem Lächeln auf den Lippen aus der Ferne beobachten und ein süffisantes "Hoppala" von den Lippen lassen, wenn der Araber zur Machete greift und dem Bahnhofsklatscher die Rübe abhackt. Das tun wir nur deshalb nicht, weil wir keine Unmenschen sind. Nur der Gedanke dazu blitzt kurz auf, aber Gedanken sind frei - sind noch frei.

Die Migrantenaufstände vor ein paar Jahren (Frankreich, Großbritannien, Schweden ...) waren der Beginn der Misere. Das war sozusagen die Probe aufs Exempel. Negative Auswirkungen hatte das keine auf die Migration - nur auf die autochthone Bevölkerung, denn die schranken-, ufer-, grenzenlose Zuwanderung wurde in Europa noch stärker vorangetrieben. Europa wurde mittels Migrationswaffe noch zusätzlich millionenfach mit kulturfremden muslimischen Fachkräften geflutet.

Das Resultat waren immer mehr Angriffe und Übergriffe auf die Ureinwohner. Daß die Behörden in manchen Regionen nur mehr Zaungäste sind, wird die Krieger und Eroberer - denn nichts anderes sind diese Horden wildgewordenener Menschen, arabischer und afrikanischer Abstammung - noch mehr anfeuern. Es gibt schließlich Niemanden, der diesem Wahnsinn ein Ende bereiten kann. 70 Jahre ohne Kriegserfahrung - außer aus der Flimmerkiste - Flowerpower der 68er-Idioten und die kulturmarxistische Umerziehung der Einheimischen, lassen diese leicht zum Opfer der Barbaren werden.

Und ja, ich habe schon auch ein klein wenig Schadenfreude. Denn diese Europäische Union, welche sich dauernd mit ihrem Friedensnobelpreis rühmt, wird im Laufe dieses europäischen Gesamtbürgerkrieges sang- und klanglos untergehen. Wenn die Brüsseler und Straßburger Tempel brennen, wird mich das zu einem Freudentanz veranlassen. Die EU wird sich aber mit aller Macht und Kraft gegen ihren Untergang wehren. Das verlangt das System der EU noch ab. Aber so wie es in der Natur auch ist, wird auf der "Asche" der EU, neues Leben erblühen. Das soll heißen: Es gibt ein Leben danach.

Aber kommen wir zurück zum Thema und bringen wir es auf den Punkt. Seit 2015 herrscht praktisch Ausnahmezustand in Europa. Dieser wurde zwar nicht ausgerufen, aber es liegt auf der Hand, daß die Migrationskrise im westlichen Teil Europas, das öffentliche Leben stark beeinträchtigt. Terroranschläge in Frankreich, Spanien, Großbritannien und dann 2016 auch in Deutschland.

Wobei man speziell von seiten der Mainstreampresse von Amokläufern sprach, obwohl nach

kurzer Zeit eigentlich klar war, daß die Täter Gotteskrieger und im Namen des Islam handelten. Klar gibt es sogar jetzt noch Idioten, welche glauben, der Islam sei die Religion des Friedens. Warum man dazu Macheten, Äxte oder überhaupt Waffen braucht, dabei "Allahu Akbar" rufen muß, erschließt sich mir nicht.

Dann kam es in Frankreich wieder zu Aufständen durch Ausländerhorden, die diesmal nicht nur in Paris wüteten sondern in vielen Städten der Nation das öffentliche Leben lahmlegten. Und Frankreich ist wirklich ihm Ausnahmezustand, nicht nur sprichwörtlich sondern faktisch. Die Grande Nation ist innenpolitisch so sehr mit dieser Situation beschäftigt und gefordert, daß sie außenpolitisch zu einem Zwerg verkümmert. Wirtschaftlich ist Frankreich dem Kollaps so nahe wie noch nie. Frankreich könnte der Grund für den Zusammenbruch der Europäischen Union werden.

In Skandinavien, insbesondere in Schweden, gibt es über 50 No-go-Zonen, in welchen ausländische Banden das Sagen haben. Rettungskräfte fahren nur mit Polizeischutz zu ihren Einsätzen. Schweden wird auch eines der ersten Länder im Bürgerkrieg sein. Schuld daran ist die besonders liberale Einwanderungspolitik. Also wir haben Frankreich und Schweden, beide Länder praktisch jetzt schon verloren.

Neben diesen bekannten Fronten, die uns jetzt schon in Westeuropa massiv zusetzen, wird eine neue Front aufgebaut - und wir wissen, spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg: zu viele Fronten bedeuten den Untergang. Und diese Front ist wieder eine muslimische, nämlich die türkische Front. Die deutsche, die österreichische und auch die niederländische Regierung haben es satt, daß Erdogan auf nicht türkischen Boden, also in der Diaspora schamlos Wahlkampf betreibt. Das paßt Erdogan nicht, das paßt seinen Regierungsmitgliedern nicht, welche wieder ausreisen mußten oder nicht auftreten durften und das paßt den Erdogan-Verehrern nicht, die es zu Hunderttausenden in Deutschland und Niederlanden gibt. Kurzum: ein weiteres Bürgerkriegspotential.

Daß das nicht übertrieben ist, auf das kommt man, wenn man Eins und Eins zusammenzählt. Wir wissen wie die Moscheen und türkischen Vereine von Extremismus verseucht sind, wir wissen wie der Islam in seiner politischen Form, eben der Islamismus, in jeden Winkel unserer Gesellschaft vordringt und eine Parallelgesellschaft etablieren will. Und an vorderster Front sind immer die Türken, welche fordern und aufbegehren. Also es ist nicht unbegründet, wenn ich behaupte, daß die Luntten des Bürgerkriegs an allen Ecken lodern.

Das Auslöffeln der Suppe ist kaum noch möglich, weil der Koch andauernd nachschöpft und wir bis zum Verrecken schlucken müssen. Wir müssen schlucken, was uns unsere Regierungen einbrockten. Es ist nur leider zu spät, um den Politikern die Suppe zu versalzen. ...<<

Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 13. März 2017: >>**Merkel und die Flüchtlingspolitik - Stoff für einen Untersuchungsausschuß**

Ein heute erscheinendes Buch läßt die deutsche Flüchtlingspolitik vom Herbst 2015 in völlig neuem Licht erscheinen. Es wirft Fragen auf, deren Antworten die Regierung schuldig ist. Um so mehr, als die Folgen der damaligen Entscheidung immer deutlicher zu spüren sind

Es war ein langes Wochenende. Eingangs erklärte der Bundesrat unter Federführung der Grünen die Maghrebstaaten zu nicht sicheren Herkunftsländern, während nach Afghanistan abgeschoben werden darf. Man reibt sich die Augen: Nach Tunesien, Algerien und Marokko reisen Deutsche als Touristen und Migranten zum Kurzbesuch zur Familie. Am Hindukusch steht nach wie vor eine schwer bewaffnete internationale Besatzungstruppe, es kommt immer wieder zu Attentaten mit vielen Toten. Komplette paradox ist das.

Dann liest man von Axt- und Messerattacken in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, von einem evakuierten Einkaufszentrum in Essen. Ogottogott, denkt man jedesmal, da wird doch nicht wieder ein islamistischer Hintergrund existieren und eine Verbindung zu Menschen, die mit dem Flüchtlingsstrom gekommen sind. Das Muster kommt einem bekannt vor:

Archaische Waffen, öffentliche Plätze, wahllose Opfer: Berlin, Würzburg und Ansbach sind die Chiffren, die dafür stehen. Die Meldungen machen Angst und befördern Fremdenfeindlichkeit.

Alles aus den Fugen

Deutschland hat sich massiv verändert. Der Alltag ist ein anderer geworden. Die Nachrichten sind häßlich, die Politik agiert absurd. Es hat nur ein Motiv, die Abschiebungen nach Afghanistan trotz der Lage im Lande aufrecht zu erhalten:

Der Bevölkerung zu signalisieren, "Wir meinen das ernst mit der Rückführung". Und abschrecken soll es obendrein. Oder: vor allem.

Logisch ist es nicht, in den Maghreb nicht abzuschieben, nach Afghanistan aber schon. Logisch ist gar nichts mehr in der Politik, alles ist schepps und schief, inkonsistent, aus den Fugen. Das erweist sich auch bei einem Wahlkampfauftritt von Torsten Albig am vergangenen Freitag in Ratzeburg. Der schleswig-holsteinische SPD-Ministerpräsident sträubt sich bislang gegen die Abschiebungen an den Hindukusch. "Nichts ist sicher in Afghanistan", sagte er in Anlehnung an Margot Käßmann.

40 Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe

Damit hat er im Prinzip recht. Aber auch er verheddert sich in den Widersprüchen der Flüchtlingspolitik. Er erzählt zum einen die ergreifende Geschichte von einem Sahnetorten zaubernen afghanischen Konditor-Lehrling, den der Meister nicht gehen lassen möchte, der aber abgeschoben werden soll. Und er erzählt von den miserablen Zuständen an den Schulen im Lande, weshalb seine Regierung stolze zehn Millionen Euro Soforthilfe aufgewandt habe, um die Schultoiletten zu sanieren. Weil die Klos so eklig seien, daß die Kinder "es sich lieber verkneifen, in der Schule auf die Toilette zu gehen". Er habe schon als Oberbürgermeister von Kiel immer nach dem Prinzip gehandelt: Bevor er einen Euro in Asphalt investiere, investiere er zuerst in Schulen.

Was er nicht sagt: Die Prioritäten von Straßen und Schulen haben sich noch einmal verschoben. Auch in Schleswig-Holstein. Den 10 Millionen Euro für die stinkenden Schulklos stehen im Jahr 2016 insgesamt 783,7 Millionen gegenüber, die Schleswig-Holstein für die Unterbringung und Versorgung der Migrantinnen und Flüchtlinge ausgegeben hat.

Bundesweit sind es für das Jahr 2016 mehr als 40 Milliarden Euro, 22 Milliarden Bundesmittel, 20 Milliarden aus Landesmitteln. Man muß dazu sagen: Da wird manches verrechnet, aber es sind auch nur die ganz direkten Kosten. Man ist also mit den 40 Milliarden Euro auf der eher konservativ-sicheren Seite einer Kalkulation.

Atemberaubende Neuigkeiten

Auslöser dieser Folgekosten sind die Monate der politischen Kapitulation im Herbst 2015. Das war die Phase, in der knapp eine Million Menschen auf einmal kamen. Die Phase der politischen Kapitulation, in der die Kanzlerin sagte, es liege nicht in ihrer Macht, wie viele Menschen noch zu uns kommen.

Inzwischen hat sich der Zustrom aufgrund der Maßnahmen anderer Länder normalisiert. Innenminister Thomas de Maizière hat für 2016 etwa 280.000 neue Asylbewerber gezählt. Das liegt in etwa im Korridor der Obergrenze, die die CSU immer gefordert hat.

Also bleibt als Ausgangspunkt immer und immer wieder: Die Phase des Kontrollverlustes. Über diese Phase hat der Journalist Robin Alexander das Buch "Die Getriebenen" geschrieben, das heute in Berlin offiziell vorgestellt wurde. Seine Recherche offenbart atemberaubende Neuigkeiten. Laut Alexander wollte die Regierung nur eine Woche nach der Grenzöffnung am 4. September die Grenzen wieder schließen.

Es wurden Polizeieinheiten an die Grenzen verlegt. Doch es fand sich keiner, der den vorliegenden Befehl verantwortet hätte. Im Kanzleramt fürchtete man die schrecklichen Bilder, die entstanden wären. Also ließ man es bleiben.

Vor einer Woche hat die *Welt am Sonntag* die Erkenntnisse ihres Korrespondenten Alexander bereits vorab veröffentlicht. Heute stellte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner das Buch in Berlin vor. Lindner sprach davon, es mit "atemloser Spannung" gelesen zu haben. Die FDP habe die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin von Anfang an kritisiert, die Kritik wäre noch härter ausgefallen, wenn er das Buch vorher gekannt hätte.

Die Kanzlerin, das belegten die Recherchen der entscheidenden 180 Tage von der Grenzöffnung bis zum Türkeiideal, habe "aktionistisch" und "opportunistisch" gehandelt. Die Darstellungen überstiegen "die schlimmsten Befürchtungen" in der Darstellung der Vorgänge im Kanzleramt.

Eine Stellungnahme der Bundesregierung zu den Vorwürfen ist bislang nicht bekannt. Bis auf die *Welt am Sonntag* und einer kleinen Randnotiz in einer *Stern*-Geschichte hat kein auflagenstarkes Medium die Recherchen von Alexander aufgegriffen oder weiterverfolgt. Statt dessen berichtete am Sonntag ausführlich die britische *Sunday Times*. Dabei müßte das Buch eigentlich einen Untersuchungsausschuß nach sich ziehen. Eine Schlüsselfigur, Dieter Romann, Präsident des Bundespolizeipräsidiums, müßte in den Zeugenstand. Der vorbereitete Befehl der Grenzschießung müßte auf den Tisch kommen.

Die Flüchtlingskrise im Herbst 2015 ist der gravierendste politische Vorgang seit der Wiedervereinigung. Daran werden dieses Land und dieser Kontinent noch lange laborieren. Politisch, gesellschaftlich, ökonomisch. Robin Alexanders Recherchen werfen daher enorme Fragen auf. Es sind schon Untersuchungsausschüsse aus ungleich unbedeutenderen Anlässen initiiert worden. Wenn die Opposition aus Linken und Grünen in diesem Fall von ihrem schärfsten Schwert keinen Gebrauch macht, aber bei kleineren Anlässen nach einem Untersuchungsausschuß ruft, dann versagt sie in ihrer parlamentarischen Rolle. Und sie macht sich verdächtig, daß sie in dieser Frage die ganze Wahrheit gar nicht wissen will.<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 16. März 2017 (x893/...): >>"Von wegen Terrorismus: Das ist eine Invasion mit einem klaren Eroberungsplan" - Eine Ex-Dschihadistin über den Islam

Isik Ablā: "Der Islam ist keine Religion des Friedens. Es ist idiotisch, daß der Westen das nicht erkennen will."

(New York) Sie hat einen langen Weg hinter sich: von der Vorbereitung zur Selbstmordattentäterin bis zum Einsatz ihres Lebens, um die Strategien des Dschihad, dem sie angehörte, zu enthüllen. Die Rede ist von Isik Ablā, einer früheren Muslimin, die sich zu Christus bekehrte.

Islamische Einwanderung "nicht unterschätzen"

Sie lebte in der Türkei bis sie vor ihrem zweiten Mann, der so gewalttätig war wie ihr erster, in die USA flüchtete. Der *Christian Post* enthüllte sie die Pläne, wie die Islamisten den Westen erobern wollen. Ablā warnt davor, die Gefahren der islamischen Masseneinwanderung nach Europa zu unterschätzen. Die Bedrohung durch islamistische Attentate lasse sich mit einer nennenswerten muslimischen Minderheit in einem Land nicht kontrollieren. Selbstmordattentäter seien wie verirrte Kugeln. Es sei unmöglich vorherzusagen, wo sie einschlagen werden.

Es gehe aber nicht nur um die offenkundige Gewalt im Islam. Dahinter stehe eine "subtilere und weit gefährlichere" Bedrohung: "Es gibt im Islam eine Erziehung zum Dschihad. Es gibt ein Volk des Dschihad, ein Mediensystem des Dschihad und ein Wirtschaftssystem des Dschihad", so Ablā.

Es gebe inzwischen, dank der Einwanderung, bereits "verschiedene Formen von Dschihad, die sich in der westlichen Welt festgesetzt haben". Als sie noch eine fanatische Muslimin war, habe sie auch an den Dschihad geglaubt, an den "physischen Dschihad", einen "ganz konkreten, gewalttätigen Dschihad", denn wie der Koran lehre, sei die physische Gewalt not-

wendig, und die höchste Form dieser Gewalt sei das Töten.

Laut Koran gebe es "keine höhere und reinere Form des Dschihad als das Töten von Ungläubigen". Dieses Morden habe daher einen "reinigenden, rituellen, ja sakralen Charakter". Dieses Element könne in seiner ganzen Bedeutung gar nicht genug überschätzt werden.

Der "andere Dschihad": die Einschleusung

Der Dschihad sei aber nicht nur das.

"Ich war Teil eines anderen Dschihad. Das war ein erzieherischer Dschihad, den ich durch meinen ersten Mann erlebte, weil seine Familie den Dschihad unterstützte."

Dabei ging es um die "Finanzierung von Stipendien, um Studenten an die renommiertesten Universitäten der westlichen Welt zu schicken. Über diesen Bildungsdschihad wird die Ausbildung in Harvard, das Studium in Princeton, in Yale finanziert."

"Ein verzweigtes Netz sammelt das Geld, um ausgewählten jungen Männern einen Lebenslauf zu schaffen, der sie in die höchsten Positionen führen soll."

Das gelte für die islamischen Staaten, aber ebenso für die westlichen Staaten. Der Westen suche "treue Verbündete" in der islamischen Welt, deren Aufstieg er dort fördert. Idealerweise stützt er sich dabei auf Personen, die im Westen ausgebildet wurden. Gleichzeitig suchen heute Regierungs- und Oppositionsparteien des Westens nach Muslimen als Aushängeschilder, denen sie zu Blitzkarrieren verhelfen. Auf diese durchschaubaren und berechenbaren westlichen Denkmuster ziele der Bildungsdschihad. Die mit westlicher Hilfe eingeschleusten Dschihadisten "haben die Aufgabe, die westliche Welt zu islamisieren. Das ist eine Form von ideologischem Islam, dem ich angehört habe", so Abla.

Die Flucht, der Selbstmordversuch, die Bekehrung

Im Alter von 12 Jahren schloß Isik Abla ihr Koranstudium ab. In dem Alter "habe ich davon geträumt, für Allah zu sterben und so eine Heldin und Märtyrerin zu werden". Ihre Altersgenossen, ob Burschen oder Mädchen, hätten genauso gedacht. Im Grunde sei das "im Denken eines jeden Muslims verankert", so Abla.

Zur Flucht führte sie nicht die Ablehnung des Islams, sondern die unerträglich gewordene Gewalt, die ihr Mann gegen sie ausgeübte. Nach ihrer Flucht in die USA fand sie Arbeit. Ihr Arbeitgeber, ein gläubiger Christ, erzählte ihr von Jesus. Diese Welt kannte sie aber nicht und sträubte sich dagegen. Sie befand sich damals in einem großen Tief, war allein, verzweifelt und wollte sich umbringen.

"Als ich Selbstmord begehen wollte, zeigte sich mir Jesus plötzlich auf wundersame Weise und hat mein Leben völlig verändert."

Die zur Christin gewordene Abla hat heute eine neue Mission. Es ist nicht mehr Dschihad. Ihre Mission sieht sie darin, das im Westen verbreitete Image vom Islam als einer "friedlichen Religion" zu korrigieren und das wahre Wesen des Islams zu enthüllen.

"Der Islam ist nicht Frieden"

"Der Islam ist nicht Frieden. Der Islam ist keine Religion des Friedens. Das ist ein Betrug. Es ist mir schleierhaft, wie der Westen das nicht verstehen kann. Ich würde sagen, das ist naiv, aber diese Naivität ist gefährlich, denn in Wirklichkeit ist es idiotisch, nicht begreifen zu wollen, daß der Islam nichts mit Frieden zu tun hat."

Gewiß, so Abla, der Schein könne trügen:

"Ich war selbst eine von ihnen. Ich erschien sogar modern. Das ist die besorgniserregendste Seite des heutigen Islams, daß seine Vertreter sehr modern wirken können. Sie können sogar sehr westlich auftreten, wie ich es tat. Wenn ich aber den Auftrag erhalten hätte, im Namen Allahs zu töten, hätte ich es getan und mich in die erste Reihe gestellt."

Abla empfindet heute weder Zorn noch Haß auf ihre eigene Vergangenheit. Sie treibt nicht Vergeltung an. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die Muslime, als Menschen ausgestattet mit Herz und Verstand, den Frieden begreifen und sich danach sehnen können. Deshalb sieht sie

ihre zweite große Aufgabe in der Evangelisierung der Muslime.

Sie will den Menschen "guten Willens" unter ihnen dabei helfen, ihrem Herz und ihrem Verstand zu folgen, um sich aus den Fängen des Islams zu befreien. Zu diesem Zweck gestaltet sie heute eine eigene Fernseh- und Radiosendung, die auf türkisch, arabisch, Urdu, Farsi und englisch ausgestrahlt wird. Sie erreicht damit ein Einzugsgebiet von fast 400 Millionen Menschen.

"Ich verschweige die Wahrheit nicht"

"Ich evangelisiere", sagt Abla, "das heißt, ich verschweige die Wahrheit nicht." Ihr Appell an die Muslime: "Finde Deinen Daseinszweck und Deine Identität im wahren Gott. Wenn Du siehst, daß der Islam tötet und daß die Muslime töten, dann stell Dir diese Frage, schau Dich um und frage Dich: Ist das Gott? Kann das Gott sein? Kann das Gott wollen? Kann das Dein Schöpfer wollen?"

Aus demselben Grund wendet sich Abla entschieden gegen den westlichen Relativismus, den sie als "falsche Antwort" auf den Islam sieht. Im relativistischen oder synkretistischen Denken sieht sie den "Antichrist" am Werk, der sich einen "humanitären Mantel umhängt": "Wenn wir in Jesus Christus sind und das Wort Gottes kennen, dann wissen wir, daß es nur einen Namen gibt, und daß Sein Name Jesus, der Messias ist." Gleichermaßen an Muslime, Relativisten und Synkretisten gewandt, sagt Isik Abla in ihrer Sendung:

"Du mußt wissen, wem Du dienst und zu welchem Zweck. Ohne Jesus, den Christus weißt Du weder, wer Du bist noch wozu Du bist."<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 18. März 2017 (x892/...): >>**AfD für Katholiken nicht wählbar**

Die Deutsche Bischofskonferenz hat die AfD offiziell für nicht wählbar erklärt. Diese Erklärung ist in mehrfacher Hinsicht eine grobe Zumutung, auch wenn man selbst kein AfD-Befürworter oder -Wähler sein sollte. Wir fanden einen ebenso kurzen wie zutreffenden Kommentar vom heutigen Tage, den wir (wie immer bei solchen Gelegenheiten) mit unserer Frage begleiten möchten: "Ist es erlaubt, dem Bischof Steuern zu zahlen?"

Die Deutsche Bischofskonferenz hat die AfD offiziell als für Katholiken nicht wählbar erklärt. Strenggenommen haben die Bischöfe, da sie ja keinem politischen Verein vorstehen, statuiert, daß jenes Christentum, wie sie es verstehen, nicht mit der AfD und ihren Mitgliedern zusammenpaßt. Was die AfD übrigens von NSDAP und SED unterscheidet, aber noch herrscht sie ja nicht. Und schließlich ist nur der Papst ein Pontifex, nicht aber die Bischöfe, die dürfen nach dem - übrigens von mir stammenden und von mir präferierten - Motto handeln: Laßt uns Mauern über Gräben bauen!

Linkspartei, Piraten und Grüne hingegen passen zu jenem Christentum der Zöllner, wie es von der deutschen katholischen Kirche verstanden wird. Am meisten aber tut dies sowieso der Islam, wie zuletzt die Chefkleriker Marx und Bedford-Strohm zu Jerusalem demonstriert haben, als sie ihre Kreuze ablegten, um in der al-Aqsa-Moschee jenem einzigen Gott ihre Aufwartung zu machen, der niemals einen Sohn gezeugt hat.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. März 2017: >>**Nur "rechtsradikal"**

Nicht als Rassist, aber als Rechtsradikaler muß sich der Osteuropa-Historiker Jörg Baberowski weiterhin von linken Studenten beschimpfen lassen. Zu diesem "Kompromiß" kam das Landgericht Köln in seinem Urteil. Der Professor von der Berliner Humboldt-Uni hatte geklagt, nachdem ihn der Asta der Universität Bremen verunglimpft hatte.

Weil er als "provokant wahrgenommen" werde und der Schutz von Meinungsäußerungen das allerhöchste Gut sei, müsse er sich also das "Attribut" rechtsradikal weiter gefallen lassen. Baberowski war in der Vergangenheit ein vehementer Kritiker der Masseneinwanderung. Kritiker der Masseneinwanderung

Unter anderem sagte er: "Das Deutschland, das wir kennen, wird durch die Masseneinwanderung verschwinden. Es ist das Deutschland, das auf einem christlichen Wertefundament beruht. All das, was uns lieb und teuer war, womit wir unserem Leben bislang einen Halt gegeben haben, muß sich ändern, weil Menschen aus einem anderen Kulturkreis kommen und auch andere Vorstellungen davon haben, wie wir leben sollen."

Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. Sowohl Baberowski als auch der Bremer Asta können Einspruch dagegen einlegen. Ansonsten gab das Gericht Baberowski in weiten Teilen recht. Das betrifft nicht nur den Rassismusbeweis, sondern auch sinntstellende beziehungsweise gefälschte Zitate, die der Asta von ihm verbreitete.

Wiederholt hatten in der Vergangenheit linksradikale Studentengruppen Auftritte und Vorlesungen Baberowskis verhindert, zuletzt an der Uni Bremen, wo der Wissenschaftler auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung über "Räume der Gewalt" referieren sollte.

"Ich habe meinem Vater unrecht getan"

An seiner Berliner Uni störte eine linke Studentengruppe wiederholt seine Vorlesungen. Dort zirkulierten auch Texte, die zwar seinen Namen trugen, aber nicht von ihm verfaßt waren. Dabei kennt Baberowski das linksextreme Milieu aus eigener Erfahrung. Als Schüler war er Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW), der maoistisch geprägt war. Später distanzierte er sich davon und sagte: "Ich habe meinem Vater unrecht getan" - weil er moralisch über ihn und dessen Vergangenheit während des Dritten Reichs geurteilt hatte.<<

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete am 22. März 2017: >>**Gott will Blut sehen**

Gewalt gehört zum Islam, sie ist im Koran angelegt und wurde von Mohammed vorgelebt. Das sagt der Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer.

Hamed Abdel-Samad wendet sich entschieden gegen die Entschuldigung, islamistische Gewalt habe nichts mit dem Islam zu tun, sondern sie bedeute einen Mißbrauch der Religion. Im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer und der politischen Philosophin Katja Gentinetta sagt er:

"Es ist kein Mißbrauch der Religion, sondern ein Gebrauch. Denn die Religion schreit förmlich danach, gebraucht zu werden für Gewalt, weil es ein Bestandteil der Religion ist." "25 Tötungsbefehle gibt es im Koran, direkte Tötungsbefehle, wo Gott den Tod sehen will. Gott will Blut sehen." Und: "Mohammed war ein Krieger, lebte von Kriegsbeute."

Islam und Islamkritik

Auftrag aus dem Koran

Der Koran ist für Gläubige ein Auftrag, eine Handlungsanleitung, die Gewaltanwendung ausdrücklich vorsieht:

"Das Buch hat eine ungeheure Macht. Der Koran wird von der Mehrheit der Muslime als die letzte direkte Botschaft Gottes für den Menschen betrachtet, mit einem politischen Auftrag, mit einem juristischen Manifest, mit einer Verfassung, wie die Menschen leben sollten. Wenn Gott zum letzten Mal spricht, dann hat das eine Macht. Viele Muslime, vor allem Islamisten, legen das so aus, daß sie diesen politischen Auftrag Gottes notfalls auch mit Gewalt in die Welt tragen müssen."

Hamed Abdel-Samad

Geboren 1972 in Kairo, war Hamed Abdel-Samad in Ägypten Mitglied der radikalislamischen Muslimbruderschaft. Mit der Auswanderung nach Deutschland kam der Sinneswandel. Heute gehört Abdel-Samad zu den resolutesten Kritikern des Islamismus wie des Islams.

Abdel Samad fügt an:

"(Den) Auftrag, Gottes Wort in die Tat umzusetzen – das haben nicht moderne Islamisten erfunden. Das steht im Koran, das hat Mohammed so vorgelebt, das haben seine Nachfolger so gelebt."

Freiluftgefängnisse

Wenn der Auftrag Gottes gemäß dem Koran vollzogen wird, führt das zu Unfreiheit in muslimischen Ländern.

"Die Religion insgesamt und ganz besonders der Islam neigt dazu, sich einzumischen in die privaten Angelegenheiten des Menschen. Wenn man diese Einmischung nicht unterbricht, dann kann aus diesem System ein Unterdrückungssystem entstehen." "Überall in der islamischen Welt, wo der Islam die Hauptrolle in der Gesetzgebung spielt, haben wir Freiluftgefängnisse."

Verdammung der Ungläubigen

Die Unterdrückung von Nichtmuslimen ist im Koran angelegt:

"Die Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige, die Verdammung von Ungläubigen, das ist im Koran, das ist die islamische Geschichte seit dem Beginn."

"Der Islam geht davon aus, daß die Muslime eine erhobene Gruppe sind, die über der Menschheit steht. Es steht so im Koran. Es steht: Ihr seid die beste Gemeinschaft, die für die Menschheit je hervorgebracht wurde."

"Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen."

Die Folgen für das Zusammenleben:

"Hier beginnt das Faschistoide: daß man diese Ungläubigen verflucht, dämonisiert und ihre Existenzberechtigung in Frage stellt."

"Wenn Ungläubige als schmutzig oder als Schweine oder Affen gelten, wie es im Koran steht, dann fällt es einem Gläubigen schwer, mit diesen Ungläubigen einen normalen Umgang zu haben."

Geburtsfehler des Islams

"Der Islamismus ist nur eine konsequente Umsetzung dessen, was im Koran steht. Die Haltung gegenüber Ungläubigen, die Haltung gegenüber Gewalt – das ist eine Umsetzung des politischen Auftrags des Islams. Der Islam ist mit diesem politischen Auftrag geboren. Es gibt einen Geburtsfehler des Islams, nämlich die Vermischung von Glaube, Politik, Wirtschaft und Gesetzgebung, und zwar seit der ersten Stunde."

Reformer haben Angst

Eine islamische Reform ist laut Abdel-Samad nicht in Sicht:

"Reform würde bedeuten, daß wir uns öffnen sollten, dem Westen gegenüber, vom Westen lernen sollten. Aber das würde aus islamistischer Sicht Selbstaufgabe bedeuten. Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen. Und wenn wir das nicht tun, durch Frieden oder durch gute Zusammenarbeit, dann geht der Plan Gottes nicht auf."

"Die Konsequenz muß sein, die Gewaltpassagen im Koran für ungültig zu erklären, zu sagen, sie spielen heute keine Rolle mehr für unsere Welt. ...<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 23. März 2017: >>>Zukunft des Menschen "Wir werden Götter sein"

Wann erreicht der Mensch die nächste Evolutionsstufe? Sehr bald, glaubt der Historiker Yuval Noah Harari. Dank neuer Technologien wird der gottgleiche Homo Deus den Homo sapiens verdrängen.

Von *Guido Mingels*

Es gibt keinen besseren Ort, um mit Yuval Noah Harari über sein neues Buch zu sprechen, als diesen hier, im Silicon Valley, wo angeblich die Zukunft erfunden wird. Vor kurzem hat Mark Zuckerberg, Facebook-Chef und Tech-Visionär, in einem langen Manifest sein Weltbild umrissen, und es trug unverkennbar die Züge von Hararis letztem Buch "Eine kurze Geschichte der Menschheit". Das Werk wurde 2014 zum Weltbestseller und hat den jungen israelischen Historiker berühmt gemacht. Harari, der an Jerusalems Hebräischer Universität lehrt, zeichnete darin die Erfolgsgeschichte des Menschen seit seinen evolutionären Ursprüngen bis in die

Gegenwart nach.

Zuckerberg hat Hararis neues Buch vermutlich noch nicht gelesen, denn in "Homo Deus - Eine Geschichte von Morgen" entwirft der Autor ein düsteres Bild des 21. Jahrhunderts, in dem gerade die idealistischen Träume zur technischen Optimierung der Gesellschaft, an denen im Silicon Valley gearbeitet wird, schließlich zur Erschaffung eines neuen "Übermenschen" und zum möglichen Ende des Homo sapiens führen.

Harari befindet sich auf Vortragstour für sein Buch in den USA. Mit seinem auffällig großen, spärlich behaarten Kopf und der schwächlichen Statur sieht der Mann selbst ein wenig aus wie eine künftige Evolutionsstufe des Menschen, eine mit noch größerem Gehirn. Zum Interview hat er in das Privathaus eines Freundes in Palo Alto geladen, bei dem er Gastrecht genießt, sein ungeheuer charmanter Ehemann und Assistent Itzik serviert Nüßchen und Cappuccino, mehrere Katzen des Hausherrn streunen im Wohnzimmer herum.

SPIEGEL: Herr Harari, Ihr neues Buch, "Homo Deus", ist ein Monster.

Harari: In welchem Sinne?

SPIEGEL: Erstens die Länge, 500 Seiten. Zweitens die historische Spannweite, es betrachtet die Menschheitsgeschichte seit der Steinzeit bis in die Zukunft. Drittens die monströsen Thesen und Begriffe. Manches liest man mit Grauen.

Harari: Das war durchaus Absicht. Wenn Sie keinerlei Beunruhigung verspürt hätten, wäre irgend etwas schiefgelaufen.

SPIEGEL: Sie sagen, daß der Mensch sich im 21. Jahrhundert neuen Zielen zuwenden kann, weil er seine drei größten Feinde in den Griff bekommen hat, nämlich Krieg, Krankheiten und Hunger.

Harari: So sehe ich das.

SPIEGEL: Aber das ist, mit Verlaub, ein recht grob geschnittenes Bild, wenn man sich die Nachrichtenlage anschaut. Was ist mit Syrien? Jemen, Sudan? Was ist mit Malaria oder Krebs? Was ist mit dem Merksatz der Uno, daß heute noch immer einer von neun Menschen Hunger leidet?

Harari: Ich sage nicht, daß wir all diese Probleme komplett überwunden hätten. Ich sage bloß, daß Gewalt, Krankheit und Hunger für Jahrtausende omnipräsente Probleme der gesamten Menschheit waren. So gut wie niemand, der vor 300, vor 3000 oder vor 30.000 Jahren gelebt hat, wäre auf die Idee gekommen zu erwarten, daß das nächste Jahr ohne Krieg, Epidemien oder Hunger vorbeigehen könnte.

Heute ist genau das für den größten Teil der Menschheit selbstverständlich. Zum ersten Mal in der Geschichte sterben mehr Menschen, weil sie zu viel essen, nicht, weil sie zu wenig essen. 2010 starben drei Millionen Menschen an den Folgen von Übergewicht - das sind mehr als durch Hunger, Kriege, Gewaltverbrechen und Terrorismus zusammen. Für einen Amerikaner oder Europäer der Gegenwart ist Coca-Cola die größere Bedrohung als al-Qaida.

SPIEGEL: Guter Satz! Sie haben ein Talent für solche Catch-Phrasen. An einer anderen Stelle bezeichnen Sie den Terrorismus, dessen Gefahr Sie für überschätzt halten, als "Fliege im Porzellanladen".

Harari: Eine Fliege kann keinen Porzellanladen zerstören, sie bringt nicht einmal eine Tasse ins Wanken. Was tut sie also? Sie sucht sich einen Elefanten, fliegt in dessen Ohr, macht ihn verrückt, bis der Elefant vor Wut schäumt und das Porzellan kaputt schlägt. Das haben wir in den vergangenen 20 Jahren erlebt. Niemals hätte al-Qaida den Irak von allein destabilisieren können, also haben sie die Amerikaner in Rage gebracht, und die haben dann den Irak zerstört, in dessen Ruinen wiederum neue Terrorgruppen erblühen konnten.

SPIEGEL: Funktioniert die Metapher auch für Europas Umgang mit dem Terror?

Harari: Dem europäischen Projekt und der EU ist es seit 1945 gelungen, einem Kontinent, der über Jahrhunderte fast pausenlos in schreckliche Kriege verwickelt war, dauerhaften Frieden

zu bringen. Und jetzt, 2017, zweifeln plötzlich viele der 500 Millionen Bürger Europas an dieser so erfolgreichen Union, und weshalb? Weil ein paar Terroristen ein paar Hundert Menschen umgebracht haben. Das ist die Fliege im Ohr. Und es trampeln gerade ein paar ziemlich gefährliche Elefanten durch Europas Demokratien, wie wir wissen.

SPIEGEL: Sie befinden sich auf Lesetour in den USA, dem Land, in dem seit ein paar Wochen der dickste Elefant umgeht.

Harari: Donald Trump steht für mich in erster Linie für die Krise der großen liberalen Vision des 20. Jahrhunderts. Das ist das Modell der freien Gesellschaft, der globalen Wirtschaft und der offenen Grenzen. Das hat in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts auch sehr gut funktioniert. Aber so wie jedes politische Modell der Geschichte muß sich auch der Liberalismus einer veränderten Realität anpassen, oder er verschwindet.

Ich glaube, die Wähler in den USA und anderswo spüren derzeit durchaus mit Recht, daß das politische System nicht mehr funktioniert. Die Politik ist nicht mehr in der Lage, sinngebende Visionen für die Gesellschaft anzubieten.

SPIEGEL: Von Helmut Schmidt, einem ehemaligen deutschen Kanzler, ist der Satz überliefert: Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.

Harari: Der Mensch braucht Visionen. Er braucht eine sinnvolle Vorstellung der Welt, in der er lebt und leben wird, er braucht eine große gesellschaftliche Erzählung, in der er eine Rolle spielen kann. Im 20. Jahrhundert war der Stahlarbeiter aus Pennsylvania oder aus dem Ruhrpott das Zentrum des gesellschaftlichen Diskurses.

In allen Zukunftsvisionen, egal ob liberal oder kommunistisch oder faschistisch, hatte der Arbeiter eine zentrale Rolle. Heute ist er weg von der Bildfläche. Die einzigen großen Entwürfe kommen aus dem Silicon Valley, und die sind voll grandioser Begriffe wie "Künstliche Intelligenz", "Big Data", "Virtuelle Realität" und "Algorithmus" - aber kein Wort vom Arbeiter. Das Einzige, was der Arbeiter noch hat, ist sein Stimmrecht.

SPIEGEL: Woher rührt denn dieser Mangel an sinngebenden Entwürfen für unsere Zukunft? Geht es uns zu gut, fehlt der Wille zur Veränderung?

"Für einen Amerikaner oder Europäer der Gegenwart ist Coca-Cola die größere Bedrohung als al-Qaida."

Harari: Das spielt auch eine Rolle. Aber der Hauptgrund liegt in der zunehmenden Unübersichtlichkeit. Die Welt verändert sich in einem immer höheren Tempo, und die Menschen sehen, daß sie nicht mehr gefragt werden, wohin es denn gehen soll. Die größte Veränderung der letzten 20 Jahre war das Internet - aber niemand hat je darüber abgestimmt. Um das Internet zu etablieren, mußten weitreichende Entscheidungen gefällt werden, die die Privatsphäre betreffen, die Arbeitswelt, die Souveränität von Staaten.

All das wurde außerhalb der Politik entschieden. Und das ist erst der Anfang. Wir werden immer mehr Innovationen erleben, die unser Leben verändern, unsere Beziehungen, unsere Jobs, sogar unsere Körper. Aber nichts davon wird vom demokratischen Souverän beschlossen. Also wählen die Leute jemanden wie Trump, um dem System, Pardon, einen Tritt in den Hintern zu geben.

SPIEGEL: Aber diese Leute haben ja erst recht keine Rezepte.

Harari: Natürlich nicht. Niemand hat ein Rezept, weil alles zu schnell geht. Wir wissen heute nicht mehr, was wir unseren Kindern in der Schule beibringen sollen, um sie auf die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte vorzubereiten. Wir haben keine Ahnung, wie die Gesellschaft und die Arbeitswelt von 2050 aussehen werden. Wir irren auf kurze Sicht im Weltnebel herum. Das ist ein historisches Novum.

SPIEGEL: Warum denn das? Schon zu früheren Zeiten konnte man sich doch nicht sicher sein, was die Zukunft bringt.

Harari: Aber sie war doch wesentlich besser einzuschätzen als heute. Angenommen, wir

schrieben jetzt das Jahr 1017, nicht 2017, und Sie wären ein Bauer irgendwo in Europa, der sich fragt, wie seine Welt im Jahr 1050 aussehen wird.

SPIEGEL: Wenn ich ein erwachsener Bauer im Jahr 1017 bin, dann bin ich im Jahr 1050 wahrscheinlich tot.

Harari: Das ist schon mal der erste wichtige Punkt. Der Bauer kann davon ausgehen, daß sich seine Lebenserwartung von knapp 40 Jahren kaum erhöhen wird.

SPIEGEL: Vielleicht kommen die Wikinger vorbei und erschlagen meine Familie.

Harari: Oder die Mongolen. Oder die Pest bricht aus. Sie wissen es nicht. Aber ein paar grundlegende Dinge sind doch recht sicher für die nächsten 30 oder 40 Jahre: Sie können davon ausgehen, daß auch im Jahr 1050 die meisten Menschen von der Landwirtschaft leben werden und daß es eine gute Idee ist, daß Sie Ihren Kindern beibringen, wie man Getreide anpflanzt. Sie können sicher sein, daß die Welt im Jahr 1050 noch immer patriarchal organisiert sein wird. Sie können sich sicher sein, daß die Körper Ihrer Kinder gleich aufgebaut sein werden wie Ihr eigener.

SPIEGEL: Und das ist heute anders?

Harari: Heute fehlen uns solche grundlegenden Gewißheiten. Wir wissen nicht, womit wir im Jahr 2050 unseren Lebensunterhalt verdienen werden. Wir wissen nicht, wie sich unsere sozialen Geschlechter und die Familienstrukturen entwickeln werden. Wir wissen nicht, wie hoch die Lebenserwartung sein wird, vielleicht 150 Jahre, wir wissen nicht einmal, wie der menschliche Körper beschaffen sein wird.

SPIEGEL: Lassen Sie uns über den Homo Deus sprechen, den gottgleichen Menschen. Wann wird es so weit sein?

Harari: Es geht eher um Jahrzehnte als um Jahrhunderte. Es hat ja längst begonnen.

SPIEGEL: Was meinen Sie mit dem Begriff Homo Deus?

Harari: Ganz wörtlich: einen Menschen, der Fähigkeiten erlangt, die in traditionellen Vorstellungen Göttern vorbehalten sind. Manches davon haben wir längst erreicht, insofern müßte schon der heutige Mensch seinen Vorfahren wie ein Gott vorkommen. Für den größten Teil der Geschichte erwarteten die Menschen von ihren Göttern Lösungen für praktische Probleme. Man war krank, man betete zu Gott.

Es fiel kein Regen, und die Ernte war bedroht, man betete zu Gott. Heute haben die Wissenschaft und der technische Fortschritt für die meisten dieser Probleme Lösungen gefunden, die viel besser sind als die unzuverlässigen Götter. Die Konzepte, die wir im 21. Jahrhundert noch mit Religionen verbinden - das Jenseits etwa oder die moralischen "Werte" - sind nur Überreste des Göttlichen.

Durch die ganze Geschichte hindurch haben die Religionen ihr Angebot angepaßt, in einer steten Fluchtbewegung vor dem Fortschritt. Sobald sie merkten, daß ihre Hilfe am Krankenbett oder in der Landwirtschaft nicht mehr gefragt war, nahmen die Religionen neue Fantasieleistungen in ihr Angebot auf, die von der Wissenschaft noch nicht abgedeckt wurden, eben das "Leben nach dem Tod".

SPIEGEL: Die zentrale Fähigkeit des biblischen Schöpfergottes ist aber die Erschaffung von Leben.

Harari: Daran arbeitet der Mensch gerade. Ich glaube, daß die wichtigsten Produkte der Ökonomie des 21. Jahrhunderts nicht mehr Autos, Textilien und Eßwaren sein werden, sondern Körper und Gehirn und Bewußtsein, also künstliches Leben. Und es gibt drei Wege, wie sich der Mensch zum Homo Deus "upgraden" kann: erstens Bio-Engineering, zweitens Cyborgs, drittens anorganisches Leben. Wenn das gelingt, werden wir Götter sein.

SPIEGEL: Der Reihe nach, bitte!

Harari: Biotechnologie bleibt auf den Bereich des organischen Lebens beschränkt, das ist wie Evolution im Turbomodus. Seit vier Milliarden Jahren bastelt die natürliche Selektion an le-

benden Körpern herum, und es gibt keinen Grund zur Annahme, daß Homo sapiens die letzte Stufe ist. Doch die Bioingenieure in den USA oder in China, die schon ziemlich gut darin sind, Gencodes im Labor umzuschreiben, werden nicht die Geduld haben, darauf zu warten. Der heutige Mensch baut Raumschiffe und Computer, während sein Vorfahr vor 200.000 Jahren gerade mal ein paar Steinbeile zustande brachte - und doch unterscheiden wir uns vom Homo erectus nur durch winzige Veränderungen in der DNA. Wenn wir solche Mutationen willentlich herbeiführen können, welche grandiosen neuen Fähigkeiten könnten wir damit in kurzer Zeit erlangen? Und welchen gewaltigen Schaden könnten wir anrichten?

SPIEGEL: Zweitens...

Harari: Der zweite Weg ist radikaler und kombiniert organisches Leben mit nicht organischen Apparaten, etwa bionischen Augen, Ohren, Gliedmaßen. Klingt wie Science-Fiction, ist aber bereits Wirklichkeit. Schon heute können gelähmte Patienten mittels der Kraft ihrer Gedanken bionische Gliedmaßen bewegen. Man kann heute einen Helm kaufen, der die elektrischen Signale im Gehirn liest und so als Fernbedienung im Haushalt dient. Man muß nur noch daran denken, das Licht einzuschalten, und schon brennt es.

SPIEGEL: Das gibt es wirklich?

Harari: Online erhältlich für ein paar Hundert Dollar.

SPIEGEL: Und drittens?

Harari: Der dritte Weg läßt den Bereich des Organischen komplett hinter sich, um vollkommen nicht organische Lebewesen zu erschaffen. Intelligente Software ersetzt neuronale Netzwerke. Manche Wissenschaftler sprechen davon, daß man dereinst das menschliche Bewußtsein auf einen Computer laden kann, daß man ein Gehirn nachbauen kann.

Ob das je möglich sein wird, ist eine offene Frage, ich bezweifle es. Klar ist jedoch, daß das Leben damit Formen annehmen könnte, die wir uns selbst in unseren wildesten Träumen nicht vorstellen können, denn auch unsere wildesten Träume sind noch das Produkt organischer Chemie.

SPIEGEL: Sie benutzen auch den Begriff des "Übermenschen" für die nächste Evolutionsstufe des Homo sapiens. Das sollten Sie einem deutschen Publikum erklären.

Harari: Ich rede von "superhumans".

SPIEGEL: Die deutsche Übersetzung nennt das "Übermensch".

Harari: Ich weiß, daß das ein belasteter Begriff ist in Deutschland, und der Vergleich taugt auch nur aufgrund der Kontraste. Während Hitler und die Nazis vor 80 Jahren den Übermenschen durch selektive Fortpflanzung und "ethnische Säuberungen" züchten wollten, verfolgt die Wissenschaft der Gegenwart ein verwandtes Ziel mit wesentlich effizienteren Mitteln, eben mit Gen-Engineering oder Schnittstellen zwischen Computer und Gehirn.

Diese Supermenschen hätten physische und kognitive Fähigkeiten, die unseren heutigen weit überlegen wären. Besseres Gedächtnis, höhere Intelligenz, stärkere, widerstandsfähigere Körper.

Vielleicht bewegen wir uns auf eine Zukunft zu, in der ein kleiner Teil der Menschheit gottähnliche Fähigkeiten erlangt, während die allermeisten Menschen zurückbleiben. Und so, wie das 19. Jahrhundert und die Industrialisierung eine neue Klasse geschaffen haben, die urbane Arbeiterklasse, könnten das 21. Jahrhundert und die Digitalisierung ebenfalls zur Geburt einer neuen Klasse führen: der Klasse der Nutzlosen. Sie haben keine politische Macht mehr und keinen wirtschaftlichen Wert. Und das halte ich für eine der größten Gefahren der nahen Zukunft.

SPIEGEL: Jetzt kommen wir zum dunkelsten Teil Ihres Buches.

Harari: Erneut, das ist nicht Science-Fiction, sondern hat längst begonnen. Besonders gut läßt sich das beim Militär beobachten. Technische Entwicklungen im militärischen Bereich sind denjenigen der zivilen Wirtschaft oft ein paar Jahre oder Jahrzehnte voraus. Im 20. Jahrhun-

dert waren die Armeen von Massen von rekrutierten Soldaten abhängig, nahezu jeder Bürger hatte einen militärischen Wert.

Schon heute aber sind die allermeisten Menschen militärisch zu nichts mehr zu gebrauchen. Die höchstentwickelten Armeen verlassen sich auf eine kleine Zahl hoch entwickelter Superkrieger, wie die mit Hightech ausgerüsteten amerikanischen Spezialeinheiten. Generäle setzen heute lieber Drohnen und Cyberkrieg-Computerwürmer ein als menschliches Kanonenfutter.

SPIEGEL: Was ja begrüßenswert ist.

Harari: Richtig, aber was, wenn sich dasselbe innerhalb von 20 oder 30 Jahren in der zivilen Wirtschaft wiederholt? Die Automatisierung hat bereits viele Jobs gekostet, das wird weitergehen. Wozu braucht es Textilarbeiter, wenn es 3-D-Drucker gibt? Es ist durchaus wahrscheinlich, daß Algorithmen und Roboter nicht nur Industriebjobs übernehmen, sondern auch Dienstleistungsberufe. Wozu Taxi- oder Lastwagenfahrer, wenn es selbstfahrende Autos billiger und sicherer machen? Zu den bedrohten Arten gehören auch Reisekaufleute, Börsenhändler und Bankangestellte, auch Lehrer und Ärzte sind nicht sicher.

SPIEGEL: Bislang hat jede bahnbrechende Technologie der Geschichte immer auch neue Jobs geschaffen.

Harari: Ich zweifle daran, daß sich ein arbeitsloser 50-jähriger Lastwagenfahrer mühelos zum Virtual-Reality-Designer umschulen lassen wird. Das horrende Tempo der Entwicklung ist ein Problem. Technische Innovationen früherer Zeiten wie der Buchdruck oder die Dampfmaschine verbreiteten sich nur sehr langsam, Gesellschaft und Politik hatten Zeit, sich den neuen Realitäten anzupassen.

SPIEGEL: Ein Konzept gegen das Ende der Arbeit und die drohende ökonomische Nutzlosigkeit der Massen wird bereits erprobt: das universelle Grundeinkommen. Was halten Sie davon?

Harari: Es ist gut, daß mit solchen Dingen jetzt experimentiert wird. Das Konzept des universellen Basiseinkommens hat allerdings große Schwierigkeiten. Ein Problem ist, daß es seinen Empfängern keinerlei Sinngehalt bietet, keinen Daseinszweck. Wir schufteten nicht nur für Geld, sondern ziehen auch Lebenssinn aus unserer Arbeit. Da gibt es allerdings vielleicht Alternativen. Eine Idee ist, daß Menschen ohne Arbeit künftig ihre Zeit vermehrt mit Computerspielen verbringen.

SPIEGEL: Sie scherzen.

Harari: Keineswegs. Intelligente Computerspiele und virtuelle Welten werden immer elaborierter, sie könnten durchaus zum befriedigenden Lebensinhalt werden. Es gibt schon heute Menschen, die ziehen ihren Lebenssinn zu einem beträchtlichen Teil aus Fußballspielen, warum sollten also nicht auch Computerspiele zur Ersatzreligion taugen? Apropos Religion: Auch religiöse Glaubenssysteme, die den Menschen während Tausenden Jahren als Quellen von Sinn und Bedeutung dienten, funktionieren sehr ähnlich wie Computerspiele.

SPIEGEL: Ein kühner Vergleich.

Harari: Eine Religion erläßt bestimmte Spielregeln für die Wirklichkeit, für den Alltag ihrer Anhänger. Ein Christ geht mit diesen Regeln durchs Leben und kann dabei Punkte gewinnen. Wenn er betet, kriegt er Punkte, wenn er sündigt, werden ihm Punkte abgezogen. Und wenn sein Punktestand am Ende des Lebens nicht unter null liegt, dann erreicht er nach seinem Tod den nächsthöheren Level.

SPIEGEL: Wäre Homo Deus wirklich eine neue Spezies oder bloß eine verbesserte Version des Homo sapiens?

"Das 21. Jahrhundert könnte zur Geburt einer neuen sozialen Klasse führen: der Klasse der Nutzlosen."

Harari: Das ist eine Frage der Definition. Die Supermenschen, die in den nächsten hundert Jahren entstehen, werden sich vermutlich stärker von uns heutigen Menschen unterscheiden

als wir vom Neandertaler oder vom Schimpansen. Insofern wäre es aus biologischer Perspektive korrekt, von einer neuen Spezies zu sprechen.

SPIEGEL: Was geschieht dann mit dem Homo sapiens? Würden wir verschwinden, aussterben? Beseitigt werden?

Harari: Falsch ist diese apokalyptische Hollywoodvorstellung von irgendwelchen martialischen Robotern, die die Macht ergreifen und alle Menschen umbringen. Viel eher werden wir Schritt für Schritt und in einer für die meisten Menschen unmerklichen Weise mit unseren eigenen Erfindungen verschmelzen, mit Computern, mit dem Internet aller Dinge, mit weltumspannenden Datenströmen.

Viele Leute empfinden ja schon heute ihr Mobiltelefon als Teil ihrer selbst, von dem sie sich kaum noch trennen können. Viele Leute verbringen schon heute mehr Zeit damit, ihre Persönlichkeit auf Facebook zu gestalten als in der Wirklichkeit. Irgendwann werden diese Optimierungen uns so weit verändert haben, daß es nicht mehr sinnvoll ist, dieses Lebewesen Homo sapiens zu nennen.

SPIEGEL: Und diejenigen, die nicht mitmachen wollen oder können bei dieser Entwicklung, werden sie neben den Supermenschen weiter existieren, so wie ja der Schimpanse auch weiterlebte, als der Homo sapiens die Überholspur wählte?

Harari: Möglich. Vielleicht werden Homo Deus und Homo sapiens gleichzeitig leben. Das wäre eine Art biologisches Kastensystem, in dem die untere Kaste eine andere Spezies ist. Die Vorstellung mag man schrecklich finden, aber so ungewöhnlich ist das nicht. Vor etwa 200.000 bis 100.000 Jahren lebten verschiedene Menschenarten gleichzeitig auf der Erde, Neandertaler, Homo erectus, Homo denisova, Homo sapiens. Bis nur noch eine übrig blieb.

SPIEGEL: Vielleicht enden wir im Zoo, als Zeitvertreib für unsere Nachfolgerspezies. Komm, wir gehen Menschen gucken.

Harari: Das ist unwahrscheinlich und klingt wie ein böser Scherz, aber es führt uns zur vielleicht dringendsten ethischen Frage für die Gegenwart. Wer wissen will, wie es sein wird, wenn wir einmal nicht mehr die dominante Spezies auf dem Planeten sein sollten, muß nur unseren eigenen heutigen Umgang mit anderen, minderkomplexen Tieren betrachten, mit Schweinen, Rindern oder Hühnern.

Milliarden empfindungs- und leidensfähige Lebewesen leben und sterben in den Fabriken unserer Agrarindustrie. In meinen Augen ist das eines der größten Verbrechen in der Geschichte. Es wäre schön, wenn der Gedanke, daß wir selbst dereinst der Willkür einer höheren Lebensform unterworfen sein könnten, dazu führen würde, unseren eigenen Umgang mit sogenannten Nutztieren zu überdenken.

SPIEGEL: Wir vermuten, Sie sind Vegetarier?

Harari: Ich bin Veganer. Beinahe. Auf den Kuchen meiner Mutter, der Butter enthält, möchte ich nicht verzichten.

SPIEGEL: Trotzdem ziemlich anstrengend.

Harari: Das Leben ist anstrengend. Ich bin außerdem schwul und Israeli, auch das kann anstrengend sein. Es hat mein Weltbild insofern geprägt, als ich nichts für selbstverständlich erachte. Es ist eine Identität, von der man überzeugt sein, für die man kämpfen muß.

SPIEGEL: Ein Vorwurf, der man der "Big History-Denkschule" und Ihnen machen kann, ist, daß Sie mit Ihren Argumenten einen so enorm weiten Fokus wählen, daß Sie die wahren Probleme und Widersprüche der Gegenwart überhaupt nicht mehr erkennen. Wie verteidigen Sie sich?

Harari: Ich bekenne mich schuldig. Die Art der Geschichtsforschung, wie ich sie betreibe, kann die Analyse aktueller Probleme nicht ersetzen. Wer sich mit konkreten heutigen Mißständen wie dem Syrienkrieg oder der Schwulenfeindlichkeit in Rußland auseinandersetzen will, muß andere Fachleute fragen.

Doch wir müssen auch das große Bild im Blick haben, nicht nur die Details des Tages. Ich möchte aber betonen, daß die Szenarien, die ich entwerfe, besser als Möglichkeiten denn als Prognosen begriffen werden. Es ist wichtig, sich klarzumachen, daß solche Entwicklungen möglich sind. Das heißt nicht, daß es so weit kommen muß. Noch - noch! - liegt die Zukunft in unseren Händen.

SPIEGEL: Herr Harari, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. März 2017 (x892/...): >>Europas wahre Größe - ein Bekenntnis

Großbritannien verläßt "Europa". In den Niederlanden und anderswo soll es ähnliche Absetzbewegungen geben. Eine seltsame Vorstellung: wozu gehören diese Länder denn dann, wenn sie Europa verlassen? Bilden sie einen neuen Kontinent? Eine neue Zivilisation? - Sogenannte "rechte" Gruppen reklamieren "Europa", seine Geschichte, seine Zivilisation für sich. Ist das dann das wahre Europa? Ein Europa mit Zukunft?

Ja. Ich liebe dieses Europa. Aber es ist nicht das Europa der "EU", nicht das Europa der "Rechten", sondern jenes Europa, das zutiefst in der Wahrheit des christlichen Glaubens verwurzelt ist, dessen Wurzeln seine Identität geformt haben. Das strahlende Licht dieses Europas ist das Licht der Welt, ist Jesus Christus.

Das Europa, das ich liebe, ist ein Europa der Völker, jener Völker, welche "Gedanken Gottes" sind und deren Kultur um so schöner ist, als sie durch den Einfluß des Christentums veredelt, geadelt worden ist. Ja: es ist offensichtlich, was diese Kultur leisten kann und daß sie sich verteidigen muß. Europas Identität, seine Kultur, seine Traditionen und Leistungen sind wertvolle Güter. Allein: das genügt nicht.

In meinem Europa gibt es schöne junge Menschen, es gibt wunderbare junge Frauen, junge Familien. Aber nicht nur.

Mein Europa ist das Europa der Jungen und der Alten, der Häßlichen und der Schönen, der Kranken und der Gesunden, der geistig Behinderten und der Genies. Es ist das Europa der ganz normalen Männer und Frauen, die eine so reiche gemeinsame Vergangenheit haben. Auch wenn ihnen das heutzutage kaum noch bewußt ist: sie sind unausweichlich von dem Gedanken geprägt, daß eine Zivilisation sich danach bemißt, wie sie mit ihren Schwachen, mit den Schwächsten, mit den Kleinsten umgeht. Hat sie das vergessen? Ja. Und die Machtbesessenheit und das moralfreie Tun des Möglichen läßt sie noch viel tiefer sinken.

Mein Europa ist das Europa der Menschenwürde aller Menschen in den Augen Gottes, eine Würde, die dem Menschen aus seiner unsterblichen Seele kommt, aus dem Anruf Gottes, ein Kind Gottes zu werden und ewig mit ihm zu leben.

Mein Europa, das ist jenes Europa, das sich aufgemacht hat, dieses Evangelium bis an die Grenzen der Erde zu verkünden, denn diese Wahrheit ist allgemein gültig, sie gilt für jedes menschliche Wesen in den Wäldern des Nordens und in den Steppen Asiens, in der Sahara ebenso wie in den Bergen und Ebenen Patagoniens, in Jerusalem, Athen oder Rom.

Mein Europa hat sich an die Eroberung der Welt gemacht. Aber es hat auch versorgt, ernährt, geholfen, bekehrt. Es hat die Welt einem Heidentum entrissen, das tönernen Götzenbilder verehrte und Menschenopfer darbrachte, damit es regnen oder damit die Sonne scheinen sollte. Europa hat den Wert der menschlichen Person aufscheinen lassen, und dieser Wert kommt nicht von der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft oder einer gemeinsamen Kultur, sondern von seiner Einzigartigkeit, Unersetzlichkeit, von Leib und Seele, die zur Gotteserkenntnis fähig und zum ewigen Heil berufen sind.

Mein Europa läßt deshalb jedem Einzelnen, jedem Volk, jeder Kultur die Eigenart, mit der Gott sie ausgezeichnet hat, es veredelt sie im Hinblick auf ihr irdisches und, vor allem, ihr himmlisches Ziel. Das ist die Aufgabe Europas in der Geschichte.

Mein Europa kennt den Wert und den Sinn des aufgeopferten Leidens, die Größe der

hingegenommenen Schwäche und des Gehorsams gegen Gottes Gesetz; es kennt das Licht des Erbarmens und des Mitleids.

Mein Europa vergöttert eben nicht die Jugend und die Kraft. Mein Europa ist leidenschaftlich auf der Suche nach der Wahrheit. Und wenn es diese Wahrheit gefunden (oder wiedergefunden) hat, dann fällt es auf die Knie und betet an: so wie die Hirten in Bethlehem.

In meinem Europa ist die schönste aller Zusammenkünfte nicht ein Lagerfeuer irgendwo auf einer Waldlichtung in Erwartung des Sonnenaufgangs. Die schönste aller Begegnungen findet vor dem Altar statt, in der großartigsten Kathedrale wie in der bescheidensten Bambuskapelle im Busch, ganz zu schweigen von einem solchen heimlichen Zusammentreffen im Gefängnis oder Lager eines totalitären Staates. Die schönste aller Zusammenkünfte ist die Anbetung des gekreuzigten Christus, erneuert durch die Hand des Priesters, ist das Gedächtnis seiner Auferstehung, die uns den Himmel geöffnet hat.

Jener Jesus Christus, der sein Blut vergossen hat - für mich, für viele, für die ungeborenen Kinder und für die Könige, für einfache Leute und auch für die, welche sich für eine Herrenrasse halten. Für die Weißen, die Schwarzen, die Gelben, die Latinos, die Maghrebiner. Das, bitte, ist die einzige wirkliche Begründung und Grundlage für eine universelle Menschheitsfamilie.

In meinem Europa leistet das fromme Rosenkranzgebet des kleinen schwarzen Mädchens irgendwo in einer winzigen Kapelle oder am Ufer irgendeines Flusses, davon bin ich überzeugt, mehr für Frieden und Gerechtigkeit als irgendwelche Werke, die vorgeben, ohne oder gegen Christus gleiches vollbringen zu wollen oder zu können.

In meinem Europa, das so bedrückend traurig in den Händen seiner gottlosen oder götzendienerischen Feinde zu sein scheint, kommt die Antwort nicht von Parteiprogrammen, nicht von Absichtserklärungen, nicht von Ideologien, Umerziehungen oder Lagerfeuern nach Schulungstagungen an abgelegenen Orten, sondern einzig und allein vom Taufwasser, das aus dem Atheisten von gestern (oder aus dem Heiden, dem bekehrten Moslem ...) meinen Freund, meinen Bruder macht.

In meinem Europa gibt es auch keine (in gewissen Kreisen übliche) Verehrung, gar Glorifizierung für den "rechten" Schriftsteller Dominique Venner, der 2013 im Alter von 78 Jahren vor dem Altar in Notre-Dame de Paris sakrilegisch Selbstmord beging, an einem Ort, wo Christus sich nach wie vor für die Sünder opfert.

Mein Europa hat ein kleines jüdisches Mädchen aus Nazareth als Mutter, Schutzherrin und Vorbild. Gestern, am 25. März, haben wir mit der Kirche ihr "Ja" gefeiert, ihr Ja zu Gott aus ihrer freien und liebenden Entscheidung heraus, seine bescheidene Dienerin zu sein, bereit zu sein, das Wort Gottes zu empfangen. Die unbefleckte Jungfrau, deren keuscher Schoß jenen trug, den selbst das Universum nicht fassen kann.

Das ist die wahre Größe Europas, die Sonne, die über Europa leuchtet, so viel mehr als jener Stern, der nur ein blasser Abglanz der Macht und der Güte des Schöpfers ist.

Maria, die Sternenbekränzte, die Siegerin über allen Hochmut von Institutionen und Ideologien - und zwar deshalb, weil sie Gottes Wort hörte und bewahrte.

Mein Europa.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. März 2017: >>"Deutschland ist ein failed state"

Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der PAZ zur deutschen Asylpolitik

Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi (72) lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner "unbequemen Gedanken" einer "Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen.

Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches "Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des "Euroislam" und der "Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. ...

PAZ: Was bedeutet "Euroislam"?

Bassam Tibi: Der Begriff Euroislam ist ein politisches Konzept, nachdem die Kinder von in Europa geborenen und sozialisierten muslimischen Migranten mit Hilfe des Bildungssystems und der Medien europäische Wertevorstellungen in ihr Verständnis vom Islam übernehmen sollen. In einigen Ländern, wie Schweden und Holland, fand dieses Islamverständnis viel Interesse, leider nicht in Deutschland.

In Deutschland gilt nach dem Gebot der verfassungsmäßigen Religionsfreiheit der Kopftuchislam nach den Vorgaben der Scharia. Nur ein einziger Islamlehrstuhl in Deutschland, nämlich der von Münster mit Professor Khorchide, ist mit einem islamischen Reformtheologen besetzt, und auch seine Absetzung wird von den konservativen Islamverbänden vehement gefordert. Dieser organisierte deutsche Islam wird von den Wahhabiten und der Muslimbruderschaft aus Saudi-Arabien und der türkischen DITIB, dem verlängerten Arm von Erdogans AKP, beherrscht. Wenn muslimische Migranten nicht integriert werden, bilden sich Parallelgesellschaften wie in den Banlieux in Frankreich, und diese sind die erste Vorstufe zu einem Bürgerkrieg.

PAZ: Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?

Tibi: Zunächst einmal: Zuwanderung ist keine Naturkatastrophe. Ich mache einen Unterschied zwischen Einwanderung, die aus demographischen Gründen gebraucht wird, und der unkontrollierten Zuwanderung, mit der wir es jetzt in Europa zu tun haben. Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein "failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland.

Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne daß man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung das auch noch zugibt, dann muß man von einem gescheiterten Staat sprechen.

Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen.

Die Regierung hat kein Konzept für den Umgang mit diesen Menschen beziehungsweise wie sie in das bestehende Gemeinwesen eingegliedert werden können. Die USA, Kanada und Australien sind klassische Einwanderungsländer, wo es solche Konzepte gibt, Deutschland ist dagegen das größte Zuwanderungsland der Welt geworden, weil es statistisch gesehen mehr Migranten als selbst die USA aufnimmt.

Alleine die Stadt Hamburg nimmt pro Jahr die Hälfte der Zahl an Zuwanderern (35.000) auf, wie die USA in einem Jahr als gewollte Einwanderer (70.000) aufnimmt, aber die USA sind mehr als viermal so groß wie Deutschland. Allerdings ist in den USA die illegale Zuwanderung über Mexiko, die statistisch nicht erfaßt werden kann, sehr viel größer.

PAZ: Haben wir als reiche Europäer nicht auch eine moralische Pflicht, Menschen aus ärmeren Ländern zu helfen?

Tibi: Gesellschaftlich ist es neben der Differenzierung zwischen Ein- und Zuwanderung erforderlich, auch zwischen humanitärer Politik und Einwanderungspolitik zu unterscheiden. Es ist unbestreitbar, daß politisch Verfolgte ein Recht auf Asyl haben - dieses Recht ist aber ein individuelles und kein Gruppenrecht. Eine politische Verfolgung verleiht dem Antragsteller zudem keinen Dauerstatus, ist also keine Einwanderung. Denn das Asylrecht berechtigt nur zu einem zeitlich begrenzten Aufenthalt. Zuwanderung ist chaotisch.

Einwanderung erfolgt dagegen erstens nach Bedarf der Aufnahmegesellschaft und zweitens mit dem Ziel, die eingewanderte Person auf Dauer zum individuellen Mitglied des Gemeinwesens zu machen. Ein Bürger-Status als Citoyen muß durch Arbeit erworben werden und kann nicht geschenkt werden, so wie Gesinnungsethiker dies tun, wenn sie Flüchtlinge, die nicht einmal die Landessprache sprechen, zu "neuen Bürgern" hochstufen.

PAZ: Zurzeit versucht die EU nach dem Muster des Türkei-Flüchtlingsdeals einen solchen auch mit Libyen zu machen. Was halten Sie davon?

Tibi: Neben der inzwischen einigermaßen geregelten Balkanroute ist die Mittelmeerroute von Libyen aus heute der zentralste Weg für Millionen Armutsflüchtlinge aus Afrika nach Europa. Diese Mittelmeerroute kann man nur in den Griff bekommen, wenn die staatliche Ordnung in Libyen wiederhergestellt ist. Aber kein EU-Politiker hat darauf eine Antwort. Libyen ist nur noch ein nomineller Staat und es gibt dort keine staatlich funktionierende Ordnung mehr. Es gibt nicht einmal ein libysches Volk, wie es etwa ein syrisches oder ägyptisches gibt.

Zirka 125 schwer bewaffnete islamistische oder afrikanische Milizen kontrollieren das Land und die Fluchtrouten. Die Milizen lassen sich von außen nicht entwaffnen, das heißt USA oder EU können den intern bedingten Staatszerfall nicht beseitigen. Statt ihre Grenzen zu schützen, betreibt die EU mit Frontex-Schiffen nicht nur Seerettung im Mittelmeer, sondern dient dem Transport der Geretteten nach Europa.

Die EU-Frontex-Schiffe sind so zu einem "kostenlosen Taxi-Unternehmen" geworden, das den Schleusern Beihilfe zu ihrer Arbeit leistet. Europa hat nicht nur kein Konzept zum Umgang mit dieser illegalen Migration von Armutsflüchtlingen, die EU bietet auch der organisierten Kriminalität von Islamisten und afrikanischen Kriminellen, in deren Rahmen das Schmuggelgeschäft mit den Flüchtlingen lukrativ betrieben wird, ihre Beihilfe an.

PAZ: Halten Sie eine Obergrenze für Zuwanderer für sinnvoll?

Tibi: Innerhalb der Union gibt es den Konflikt um die Zahl der Zuwanderung zwischen Bundeskanzlerin Merkel und CSU-Chef Seehofer. Seehofer möchte eine Begrenzung der Zuwanderung auf 200.000 und Angela Merkel behauptet, daß im Grundgesetz keine Zahlen stehen. Dieser Konflikt ist lächerlich, in keiner Verfassung stehen Zahlen oder Prozente, aber kein Staat auf der Erde kann unbegrenzt Fremde aufnehmen.

Die Grenze ist die Integrierbarkeit der Zuwanderer, niemand wird behaupten, auch von Merkel hört man "Wir schaffen das" nicht mehr, daß Deutschland diese Massen, die es aufgenommen hat und verwaltet, sinnvoll integrieren kann. Das Schlimme ist nicht, Millionen Menschen unvorbereitet aufzunehmen, sondern ihnen außer Unterbringung, Alimentierung und Sprachkursen nichts anzubieten. Eine Integration in eine Bürgeridentität findet nicht statt.

PAZ: Wie ist die Lage in Ihrer Heimat Syrien?

Tibi: Als ich Syrien 1962 verlassen habe, hatte das Land dreieinhalb Millionen Einwohner, heute sind es über 30 Millionen, zwölf Million davon sind auf der Flucht, die meisten im eigenen Lande. Ich bin selbst Syrer und Humanist. Weltweit gab es im letzten Jahr 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Verpflichtung, Menschen zu helfen, hat Grenzen. Politik und Moral sind auseinanderzuhalten. Ich war im letzten Jahr in Ägypten und habe dort mit Bettlern gesprochen. Diese wußten von der Einladungskultur Deutschlands. Diese Menschen sind nicht verfolgt und sie verhungern nicht, aber dennoch will die Hälfte von ihnen weg, am liebsten nach Deutschland.

Auch im Senegal habe ich gearbeitet, dort will auch die Hälfte der Menschen nach Europa gehen. Diese Armutsflüchtlinge aufzunehmen hat mit Humanität nichts zu tun. Islamisten, die in ihren eigenen islamischen Ländern verfolgt werden, sollte kein Asylrecht in Deutschland gewährt werden.

Sie sind ein Risiko nicht nur für ihre Herkunftsländer, sondern auch für uns. Man muß klar sagen, daß Sicherheitspolitik der humanitären Politik gleichrangig sein muß, wenn der

Rechtsstaat keine Selbstverleugnung betreiben will. Europa würde bei der Aufnahme von 65 Million Flüchtlingen aus Nahost und Afrika nicht mehr als zivilisatorische Entität existieren. Diese Tatsache muß man frei aussprechen dürfen.

PAZ: Sie gelten auch als der Schöpfer des Begriffes der "Leitkultur", was verstehen Sie darunter?

Tibi: Als ein Mensch nichteuropäischer Herkunft sehe ich europäische Identität deshalb positiv, weil sie einen inklusiven Rahmen bietet, der eine Verbindung zwischen den ethnischen Einheimischen und den Neuankömmlingen in einer Wertegemeinschaft ermöglicht. Ich nenne diesen Rahmen Europäische Leitkultur; eine Option, die nicht nur Islamisten, sondern auch Linksgrüne vehement ablehnen.

Nicht nur Flüchtlinge und Islamismus bedeuten eine Gefahr. Eine große Gefahr für Europa stammt aus dem Inneren dieses Kontinents selbst, nämlich aus dem postmodernen, kulturrelativistischen Nihilismus, der jeden Wertebezug als Rahmen für Identität verleugnet. Dieser Verlust an Identität betrifft vor allem Laizität und säkulare Demokratie. Viele Zuwanderer bringen eine Weltanschauung mit, die beides verleugnet. Wenn Deutschland seine eigene Identität und ein vorhandenes Gemeinwesen verleugnet, dann ist die Folge zwangsläufig eine Unfähigkeit zur Integration. Zuwanderer, die sich ausgegrenzt fühlen, werden eine Identitätsalternative suchen und diese wird oft der Scharia-Kopftuch-Islam sein.

PAZ: Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linksgrünen und Islamisten?

Tibi: Die nihilistischen Linksgrünen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren wollen. Es mag seltsam erscheinen, wie linksgrüne Kulturnihilisten mit Islamisten, die ja eigentlich religiöse Absolutisten sind, ein Bündnis eingehen können. Zum Bestand der europäischen Identität und seiner kulturübergreifenden Leitkultur gehören säkulare Demokratie, Laizität und Bürgerschaft als wesentliche Säulen des Gemeinwesens. Wenn man diese Idee von Europa abweist, bleibt nichts übrig.

Die Linksgrünen mißbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Faschismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. Max Horkheimer, mein Lehrer in Frankfurt, der als Jude die NS-Zeit in den USA überlebt hatte, hat uns trotz aller Übel, die von Europa ausgingen, klar die positiven Seiten der europäisch-westlichen Werte aufgezeigt, die universell galten und von den alten Linken vertreten wurden, zu denen auch ich gehörte.

Heutige Linksgrüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, so daß deren Verteidigung als "Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entstehenden "unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmutzdecke gestellt.

Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthaß nachzuvollziehen. Max Horkheimer forderte uns damals auf, die westlich-europäische freie Welt als "Insel der Freiheit in einem Ozean der Gewaltherrschaft" zu verteidigen, und zwar nicht nur gegen den Faschismus Hitler'scher Prägung, sondern auch gegen den linken Totalitarismus Stalin'scher und Lenin'scher Provenienz.

Ich bin dem Vermächtnis Max Horkheimers treu geblieben. Zu diesen bekannten Feinden Europas kommt heute aber noch ein dritter Feind hinzu: der Islamismus. Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksgrünen mit den Vorwürfen "Rassismus" und "Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überle-

ben wird, ich hoffe aber, daß ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. April 2017: >>**Ein Programm zum Bürgerkrieg**

Freitagsgebet in der Sultan-Selim-Moschee in Mannheim: Wieviel Judenhaß steckt im gewöhnlichen Islam?

Anderthalb Jahre nach der Eskalation der Flüchtlingskrise erscheinen immer mehr Bücher, die Hintergründe und Folgen der Ereignisse ausleuchten. Robin Alexander landete gerade mit seinem Buch "Die Getriebenen" den politischen Bestseller des Jahres. Es gelingt ihm in diesem Buch, den dramatischen Ablauf der Grenzöffnung im September 2015 minutiös nachzuerzählen und dabei Motive und Versagen der politisch Verantwortlichen freizulegen.

Jetzt erregt ein weiteres Buch Aufsehen: "Inside Islam". Hier hat sich der *ARD*-Journalist Constantin Schreiber zum Freitagsgebet in 13 Moscheen begeben, um herauszufinden, was dort gläubigen Moslems auf arabisch oder türkisch tatsächlich gepredigt wird. Schreiber resümiert besorgt, die Imame predigten gegen die Integrationsbemühungen des deutschen Staates an. Gleichzeitig Muslim und Demokrat zu sein schloße sich aus. Und es werde teilweise "sehr offen gegen Jesiden, Armenier und Juden gehetzt", so Schreiber.

"Schule ohne Rassismus" mobbt jüdischen Schüler

Ein aktueller Zwischenfall an einer Berliner Gemeinschaftsschule bestätigt, welches massive Problem der unter arabischen und türkischen Jugendlichen grassierende Antisemitismus darstellt. Eine jüdische Familie sah nach wiederholten verbalen und körperlichen Attacken auf ihren 14jährigen Sohn keine andere Wahl, als ihr Kind von der Schule zu nehmen. Drei Viertel der Schüler an dieser Einrichtung, die sich im Projekt "Schule ohne Rassismus" engagiert, haben Migrationshintergrund.

Daß Antisemitismus in aller Regel heute nicht mehr "aus der Mitte der deutschen Gesellschaft", sondern aus muslimischen Einwanderermilieus kommt, stellt linke Politiker und Journalisten vor ein Dilemma. Einige Medien, so beispielsweise *Spiegel Online*, verschwiegen in ihren Berichten zum Vorfall kurzerhand den ethnisch-religiösen Hintergrund der Täter.

Gefährlich ist der Aufruf zum Haß auf Andersgläubige

Aber so kommen wir nicht weiter. Die Fakten müssen auf den Tisch. Einiges, was Constantin Schreiber in "Inside Islam" ausgräbt, klingt alarmistisch. Daß Christen vergessen haben, sich als Gläubige der Mission verpflichtet zu sehen, ist ein Problem der Christen, nicht der Moslems. Daß in Predigten zur Glaubensstrenge aufgerufen wird, wünschte man sich auch mehr von Pfarrern. Gefährlich ist aber der Aufruf zum Haß auf Andersgläubige und den Staat.

Hier haben wir in Deutschland vor einem halben Jahrtausend im Dreißigjährigen Krieg blutig lernen müssen, religiöse Konflikte durch Säkularisierung, Verfassungen und Rechtsstaatlichkeit zu neutralisieren. Mit dem konfessionellen Gegensatz unter Christen zu leben hat Jahrhunderte gebraucht. Unkontrollierte Einwanderung von Moslems macht Integration zu einer irgendwann schlicht quantitativ nicht mehr beherrschbaren Aufgabe und ist damit ein Programm zum Bürgerkrieg. Das sollte die Politik endlich beherzigen.<<

Prof. Dr. Günter Buchholz veröffentlichte am 13. April 2017 die sogenannte "Frankfurter Erklärung" über die islamische Expansion (x994/...): >>**1.400 Jahre islamische Expansion, islamischer Imperialismus und islamischer Sklavenhandel**

"Nach knapp 470 Jahren islamischer Expansion durch das Schwert (632 n. Chr. bis 1099 n. Chr.) beginnen zwei Jahrhunderte der christlichen Kreuzzüge. Nachher geht der Jihad ungebrochen weiter - bis heute." ...

"Rund 60 Millionen Christen wurden während der Eroberungszüge durch den Jihad vernichtet. Die Hälfte der glorreichen Hinduzivilisation wurde ausradiert; 80 Millionen Hindus wurden umgebracht. Der Jihad zerstörte den ganzen Buddhismus entlang der Seidenstraße. Zirka 10 Millionen Buddhisten kamen um. Die Bezwingung des Buddhismus ist das praktische Re-

sultat von Pazifismus.

In der Zeit seiner Existenz hat der Islam mehr als 1 Mio. Europäer versklavt und verkauft, mehr als 2 Millionen kamen dabei zu Tode. Islamische Sklavenhändler verkauften bis zu 12 Millionen Afrikaner gen Westen (Nord und Südamerika) und weitere 18 Millionen verschleppten sie in die islamischen Kernlande. Auf einen Sklaven kamen dabei im Durchschnitt 3 Verluste (Tote!). Was die Zahl afrikanischer Opfer des Islam auf bis zu 120 Millionen anschwellen läßt. In Afrika fielen demnach während der letzten 1.400 Jahren über 120 Millionen Christen und Animisten dem Jihad zum Opfer.

Ungefähr 270 Millionen Ungläubige starben während der letzten 1.400 Jahren für den Ruhm des politischen Islam ..." ...

Literatur: Egon Flaig: Weltgeschichte der Sklaverei, 2. Aufl., Verlag C. H. Beck / beck'sche Reihe 1.884 / München 2011, ISBN 978 3 406 584503

Hans-Peter Raddatz: Von Allah zum Terror? - Der Djihad und die Deformierung des Westens, Herbig-Verlag, 2. Aufl. 2002, ISBN 3-7766-2289-X<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 20. April 2017: >>>**Bundeswehr: Kaputte Truppe**

Die Bundeswehr kann nur 30 bis 70 Prozent ihrer Waffensysteme einsetzen, der Rest ist defekt und wartet auf Reparatur. Wir zeigen, was noch fährt, fliegt und schwimmt.

Die Bundeswehr hat viele Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber und Schiffe. Doch nur ein kleiner Teil davon ist einsatzfähig. Mehr als ein Dutzend Auslandseinsätze verschleißten das Material, den Werkstätten fehlen das Personal oder auch die Ersatzteile, weil - wie beim Eurofighter - zwar neue Waffen gekauft, aber nie genug Nachschubteile dafür bestellt wurden. 30 bis 70 Prozent der Waffensysteme der Bundeswehr stehen daher kaputt herum.

Ob das Transportflugzeug A400M oder der Schützenpanzer Puma - immer wieder sorgen defekte Waffen der Bundeswehr für Schlagzeilen. ZEIT ONLINE hatte 2014 schon einmal gezeigt, wie hoch die Ausfälle beim Material insgesamt sind.

Damals hatte das Verteidigungsministerium dem Bundestag versprochen, künftig regelmäßig über den "Klarstand" zu informieren, also über die Waffen, die wirklich eingesetzt und für die Ausbildung genutzt werden können. Einmal im Jahr meldet nun der Generalinspekteur der Bundeswehr die "materielle Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme". ZEIT ONLINE liegt die aktuelle Version der Liste vor. Hier eine Übersicht über die wichtigsten Waffensysteme und ihren Zustand:

GTK Boxer

Heer

Voll einsatzfähig: **102** von 142 (72 %)

2014: 70 von 70 (100 %)

SPz Puma

Heer

Voll einsatzfähig: **23** von 48 (48 %)

Leopard 2

Heer

Voll einsatzfähig: **132** von 167 (79 %)

2014: 232 von 232 (100 %)

Panzerhaubitze 2000

Heer

Voll einsatzfähig: **41** von 61 (67 %)

2014: 76 von 76 (100 %)

KHS Tiger

Heer

Voll einsatzfähig: **12** von 27 (44 %)

2014: 10 von 10 (100 %)

NH-90

Heer

Voll einsatzfähig: **9** von 29 (31 %)

2014: 2 von 8 (25 %)

Patriot

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **6** von 10 (60 %)

2014: 7 von 12 (58 %)

C-160 Transall

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **18** von 29 (62 %)

2014: 21 von 43 (49 %)

A400M

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **1** von 3 (33 %)

Tornado

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **28** von 74 (38 %)

2014: 36 von 66 (55 %)

Eurofighter

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **41** von 79 (52 %)

2014: 8 von 42 (19 %)

CH-53

Luftwaffe

Voll einsatzfähig: **18** von 42 (43 %)

2014: 7 von 16 (44 %)

U-Boot 212 A

Marine

Voll einsatzfähig: **2** von 4 (50 %)

2014: 1 von 1 (100 %)

Mk 88 Sea Lynx

Marine

Voll einsatzfähig: **5** von 18 (28 %)

2014: 0 von 18 (0 %)

Mk 41 Sea King

Marine

Voll einsatzfähig: **4** von 14 (29 %)

2014: 3 von 15 (20 %)

Fregatten

Marine

Voll einsatzfähig: **7** von 7 (100 %)

2014: 7 von 8 (88 %)

Korvette K 130

Marine

Voll einsatzfähig: **3** von 4 (75 %)

2014: 2 von 2 (100 %)

Stand: November 2016. Quelle: Bundeswehr

Die aktuelle Meldung für 2016 zeigt, daß die Lage ein klein wenig besser geworden ist. Vom gepanzerten Truppentransporter Boxer sind zum Beispiel inzwischen sehr viel mehr Fahrzeuge einsatzfähig und auch die Marinehubschrauber fliegen wieder.

3,2 Milliarden für Reparaturen pro Jahr

Der Bericht des Generalinspektors zeigt aber auch, daß das grundsätzliche Problem noch immer nicht behoben ist. Obwohl die Bundeswehr 2017 nun 3,2 Milliarden Euro für die Instandsetzung einplant, stehen viele Waffen weiterhin herum, weil sie schneller kaputt gehen als ursprünglich geplant wurde und weil die Reparatur zu lange dauert. Denn um Geld zu sparen, werden neue Panzer oder Flugzeuge vom Verteidigungsministerium gern ohne ausreichende Instandsetzungseinrichtungen bestellt.

Oder die Waffen sind bereits so alt, daß es für sie gar keine Ersatzteile mehr gibt. Der Hubschrauber Sea King beispielsweise kann nur noch durch "unkonventionelle Ersatzteilgewinnung" repariert werden, wie es im Bericht des Generalinspektors heißt. Was bedeutet, daß die Bundeswehr ihre Flotte nur noch am Leben erhalten kann, indem sie in anderen Ländern ausgemusterte Hubschrauber dieses Typs kauft und ausschlachtet.

Die Bundeswehr versucht einiges, um diesen Zustand zu verändern. Das zeige langsam Wirkung, heißt es in dem Bericht. Dort steht aber auch: "Sprunghafte Verbesserungen der materiellen Einsatzbereitschaft sind allerdings nicht zu erwarten."

Nachtrag zum besseren Verständnis der Zahlen: Die Bundeswehr gibt für jedes Waffensystem drei Werte an, den Gesamtbestand der existierenden Waffensysteme, den Verfügungsbestand und die Zahl der einsatzbereiten Systeme. Wir haben nur die letzten beiden Kategorien dargestellt und aus den monatlichen Angaben einen Durchschnittswert für das gesamte Jahr gebildet.

So taucht beispielsweise das U-Boot, das Ende 2016 neu in Dienst gestellt wurde, darin noch nicht auf. Die Marine listet es zwar im Gesamtbestand, aber es steht ihr noch nicht für Einsätze zur Verfügung. Der Gesamtbestand ist bei jedem System noch viel höher, aber die Fahrzeuge sind beispielsweise zur Erprobung beim Hersteller oder lagern in einem Depot. Daher haben wir diese Zahl nicht gezeigt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. April 2017 (x887/...):

>>Das Ende der Täuschungen

Erdogans Osmanen fordern uns heraus - Deutschland reagiert ratlos

Beschwichtigungen sollen das Resultat des Türkei-Referendums relativieren. Doch es hilft nichts mehr, die Wahrheit ist zu hart.

Das Ergebnis des türkischen Referendums stellt die deutsche Politik und Öffentlichkeit vor eine dramatische Frage: Wie verhält man sich, wenn einem ein Konflikt aufgedrängt wird, den man nicht wollte?

63 Prozent der türkischen Wähler in Deutschland haben Erdogans autoritäres Regime bei dessen Machtergreifung unterstützt. Alle Beschwichtigungen können das nicht verwischen, auch nicht der Hinweis, daß nur die Hälfte der in Deutschland wahlberechtigten Türken überhaupt zu den Urnen gegangen sei. Niemand weiß, wie die Nichtwähler abgestimmt hätten.

Überdies darf nicht vergessen werden, daß mehr als ein Viertel der türkischen Staatsangehörigen in Deutschland zu Minderheiten wie den Kurden, Aleviten oder (assyrischen, aramäischen, armenischen) Christen zählt, von denen aus Gründen der kulturellen Selbsterhaltung so gut wie niemand hinter Erdogan stehen dürfte. Auf die ethnischen, sunnitischen Türken fokussiert ergibt sich daher beinahe das Bild einer antidemokratischen Einheitsfront ohne wesentliche Opposition.

Darauf muß Deutschland reagieren - aber wie? Zunächst dadurch, daß es sich endlich von Täuschungen nicht mehr blenden läßt und sich von seinen Selbsttäuschungen befreit. Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad schreibt: "Kein Mensch kann mir nun erzählen, daß die In-

tegration nicht gescheitert ist." Er verweist darauf, daß es nicht die benachteiligten oder arbeitslosen Türken gewesen seien, die in Deutschland Propaganda für Erdogan gemacht hätten, sondern "jene Krawatten-Türken, die gute Berufe haben und perfekt Deutsch sprechen" sowie "jene grinsenden Kopftuch-Muslimas, die uns verkaufen wollen, daß das Kopftuch ein Zeichen ihrer Emanzipation sei".

Diese Kräfte führen Erdogans Krieg gegen Europa, gegen Deutschland, die Demokratie und die Kultur des Abendlandes in unseren eigenen Grenzen. Dennoch genießen ihre Organisationen staatliche Unterstützung - durch viel Geld und öffentliche Anerkennung.

Den Doppelpaß mißbrauchen sie, um ihren Einfluß auf die deutsche Politik systematisch auszubauen. Die Doppelstaatlichkeit, die ihnen großzügig angeboten wird, ist keine Brücke der Integration, sondern ein Brückenkopf, den wir freiwillig unseren Feinden zuweisen, die uns von dort noch erfolgreicher bedrängen können. Wer diese Analyse für übertrieben, gar hysterisch hält, der höre einem Erdogan nur zu und beachte, wie viel er schon umgesetzt hat von seinen scheinbar nur lächerlichen, effekthascherischen Sprüchen.

Natürlich sind die EU-Beihilfen für das Neuosmanische Reich sofort einzustellen, ist die Bundeswehr von dort wegzuverlegen. Auch muß, bei Wahrung des Asylrechts, verhindert werden, daß Erdogan seine Kritiker millionenfach ins (deutsche) Ausland drängt, um zu Hause noch freiere Bahn zu haben. Ob die deutsche Politik zu alldem willens und imstande ist, steht tragischerweise dahin.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 21. April 2017 (x887/...): >>"Koranisierung" der Sprache

Für den türkischen Staatspräsidenten Erdogan sind verbale Entgleisungen ein Mittel der Politik

Obwohl der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seit 2003 an der Regierung beteiligt ist, haben viele offenbar erst jetzt durch seine verbalen Entgleisungen sein wahres Gesicht erkannt. Viele Analysten waren sich bisher nicht sicher, ob Erdogan nur ein konservativer Muslim ist oder bereits ein Vertreter des fundamentalen Islam. Zumindest in der Rhetorik ist er in der Endphase des Wahlkampfes dem Haß-Vokabular der Dschihadisten des Islamischen Staats (IS) sehr nahe gekommen.

Bei einem Wahlkampfauftritt in Ankara bezeichnete er die EU als "Kreuzritter-Allianz". Damit spielte er auf eine Audienz der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten bei Papst Franziskus in Rom an. Anlaß war der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Erdogan beschuldigte weiter "europäische Parlamentarier und Anführer", sich vor der Volksabstimmung über das von ihm angestrebte Präsidialsystem auf die Seite seiner Gegner geschlagen zu haben. "So Gott will, wird das türkische Volk, werden 80 Millionen den Anführern des Westens die größte Lektion erteilen."

Mit dieser Formulierung ahmt Erdogan die vom IS stabsmäßig betriebene "Koranisierung" der Sprache nach. "Eine Lektion erteilen" wollen auch die Terroristen des IS in vielen Internetvideos ihren Feinden. Nur bei diesen Lektionen gehören Erdogan und seine Türken selbst zu den Lektionsempfängern. Weiter sagte Erdogan: "Wartet auf den Frühling, und alle Terrorgruppen, PKK, YPG, IS, FETÖ, werden sehr nette Überraschungen erleben."

Interessant ist, daß zunächst die beiden kurdischen genannt werden, danach erst folgen der IS und die Gülen-Bewegung (FETÖ). Bei der Wortwahl fällt auf, daß sowohl der IS als auch allgemein die Salafisten immer wieder ihren Gegnern "nette Überraschungen bereiten" wollen. Auch hier ist Erdogan also ganz auf das koranisierende Vokabular der IS-Terroristen und ihrer Unterstützer oder das eines Osama Bin Laden aufgesprungen. Denn auch im Koran ist an verschiedenen Stellen von "netten Überraschungen" als Bestrafung von Ungläubigen die Rede. Offenbar will Erdogan dies auch gar nicht mehr verbergen, wie er das noch vor einiger Zeit getan hat.

Erdogan setzt seine verbalen Provokationen bewußt ein, wie der Italiener Silvio Berlusconi oder der verstorbene venezolanische Präsident Hugo Chávez. Wie diese irritiert er hin und wieder mit absurden Äußerungen, wie beispielsweise mit der Behauptung, Muslime hätten "Amerika entdeckt". Im Jahre 2014 sagte er zum Thema Frauen und Gerechtigkeit: "Man kann Frauen und Männer nicht gleichstellen. Es läuft der Natur zuwider." Gleichberechtigung sei ebenfalls "gegen die Natur". Auch das waren keine unglücklichen Ausrutscher, sondern gezielt als Mittel der Politik eingesetzte Tabubrüche. In Zusammenhang mit dem Verfassungsreferendum setzte er diese sogar noch zielgerichteter ein.

Der türkischstämmige Kabarettist Serdar Somuncu wirft Erdogan vor, bewußt zu provozieren, damit die Situation eskaliert und er dann als Ordnungsstifter gerufen wird. Ähnlich hätte es auch mit dem stümperhaften Putsch vom Juli vergangenen Jahres gewesen sein können. Vielleicht hat Erdogan ihn bewußt provoziert, um sich durch die lang vorbereitete Niederschlagung als starker Mann zu profilieren.<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 24. April 2017: >>**AfD-Parteitag in Köln: Jagdszenen am Rhein - Kolumne**

Demokratie und Feigheit Jagdszenen am Rhein

Wo ist eigentlich der Bundespräsident, wenn man ihn braucht? In Köln wurden AfD-Delegierte von der Antifa drangsaliert und bedroht - und die politische Klasse in Deutschland scheint das völlig in Ordnung zu finden.

Eine Kolumne von *Jan Fleischhauer*

Gibt es im Schloß Bellevue einen Fernseher? Hat der Bundespräsident die Straßenszenen vor dem AfD-Parteitag aus Köln gesehen? Oder bekommt er die Nachrichten erst mit dem offiziellen Pressespiegel seines Amtes vorgelegt?

Ich habe auf ein Wort des Bundespräsidenten gewartet. Ihm liege die Verteidigung der Demokratie besonders am Herzen, hat Frank-Walter Steinmeier zur Amtseinführung gesagt. Wir müßten nicht nur über Demokratie reden, wir müßten wieder für sie streiten. "Demokratie ist die Staatsform der Mutigen", sagte er, deshalb dürfe man von ihm erwarten, daß er parteiisch sein werde, parteiisch für die Sache der Demokratie.

Eine Partei, die in elf Landtage eingezogen ist, zum Teil mit zweistelligen Ergebnissen, hält in einer deutschen Großstadt einen Bundesparteitag ab. Schon vor dem Termin wird das Hotel, in dem der Parteitag stattfinden soll, bedroht, um eine Stornierung der Buchung zu erreichen. Die Mitarbeiter erhalten Todesnachrichten; der Direktor verläßt das Hotel nicht mehr, weil die Polizei ihm sagt, daß sie andernfalls nicht für seine Sicherheit garantieren könne.

Zum Auftakt des Parteitags können Delegierte nur unter Polizeischutz den Tagungsort erreichen. Stahlgitter und Wasserwerfer sind aufgefahren, um die Veranstaltung zu schützen. Wo die Beamten nicht schnell genug sind, werden Delegierte nicht nur beschimpft, sondern auch körperlich attackiert. Auch Journalisten müssen mit Schikanen rechnen, wenn sie sich nicht sofort als solche zu erkennen geben.

"Bist du Nazi?" - "Journalist." - "Weis dich aus!" Der Dialog stammt nicht von einer Pegida-Demo, die für das Dunkeldeutschland symbolisch geworden ist, sondern vom Rand der Proteste, die nach Auskunft der Veranstalter ein offenes, tolerantes, buntes Köln zeigten. Berichtet hat ihn Miriam Hollstein, die für die "Bild am Sonntag" akkreditiert war. Es ist ein kleiner Ausschnitt dessen, was sich am Wochenende in Köln zugetragen hat, aber ein vielsagender.

Bin ich der Einzige, der es verstörend findet, wenn eine Partei in Deutschland nur noch unter Polizeischutz ihr Programm debattieren kann, und niemand in der politischen Elite des Landes daran etwas auszusetzen hat? In den Berichten zum AfD-Parteitag in Köln wurde nahezu einhellig gelobt, wie friedlich die Stimmung auf den Protestveranstaltungen geblieben sei. Man kann auch sagen: Die demokratische Öffentlichkeit ist bescheiden geworden. Wenn sich die Antifa anmeldet, um ihr Verständnis von Toleranz zu demonstrieren, gilt es schon als Erfolg,

wenn anschließend nicht die halbe Stadt brennt.

Es sei eine "Provokation", daß die AfD ausgerechnet Köln als Versammlungsort gewählt habe, hat die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker erklärt. Auch die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft benutzte das Wort. "Es ist eine Provokation. Aber sie haben die falsche Stadt und das falsche Bundesland ausgesucht", war ihr Kommentar anlässlich des traurigen Umstands, daß es 4.000 Polizisten brauchte, um 516 AfD-Delegierten die freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Kraft meinte mit dem Satz nicht die Demonstranten, die die im Einsatz befindlichen Polizeibeamten als Faschistenbeschützer beschimpften, sondern die Delegierten, die von ihrer Versammlungsfreiheit Gebrauch machten.

Eine Provokation? Wo hätte sich die AfD denn statt dessen versammeln sollen, um ihr Programm für die Bundestagswahl zu beraten: in Duisburg, in Essen? Oder besser nirgendwo in NRW, weil ein AfD-Parteitag das Wir-Gefühl stört, das die SPD im Wahlkampf plakatiert? Aber was wäre dann nach Meinung der Ministerpräsidentin ein geeigneter Ort gewesen: die Hallig Hooge?

Mir fallen tausend Dinge ein, was ich an der AfD auszusetzen habe. Mit Leuten wie Alexander Gauland an der Spitze ist die Partei auf dem Weg in die Einöde der politischen Randzone. Spätestens nach dem Parteitag in Köln ist klar, daß man in der AfD alles sagen darf, ohne daß es Konsequenzen hat: Man kann in dieser Partei Reinhard Heydrich für einen ordentlichen Mann halten und Anders Breivik für jemanden, der aus Verzweiflung zum Massenmörder wurde. Gauland ist der Letzte, der den Willen und die Courage hat, solchen Irrsinn abzustellen.

Aber die AfD ist keine verbotene Partei. Bislang ist sie noch nicht mal ein Fall für den Verfassungsschutz. Ich kenne außerdem eine Reihe von Politikern, von denen ich mir wünschen würde, sie hielten den Mund, ohne daß ich auf die Idee käme zu verlangen, daß man sie am Reden hindert. Ich finde auch die Positionen der Linkspartei unangenehm. Dennoch würde ich das Gleiche schreiben, wenn rechtsradikale Hooligans versuchten, einen Parteitag der Linken zu unterbinden.

Das ist ein reizvolles Gedankenspiel: Glauben wir, daß die politische Klasse in Deutschland stumm bliebe, wenn rechte Horden Abgeordnete der Linken auf dem Weg zum Parteitag drangsalieren würden? Meine Vermutung ist: eher nicht.

Der Bundespräsident bricht diese Woche zu einer großen Deutschlandreise auf, um, wie sollte es anders sein, die Demokratie zu stärken. Die erste Etappe ist Bayern, das ist natürlich eine untadelige Wahl. Aber vielleicht könnte Steinmeier auch einen Halt in Köln einlegen, um den Demokratiebewahrern dort zu sagen, daß jedenfalls nicht viel Mut dazugehört, wenn man mit 10.000 Gleichgesinnten gegen 500 Andersdenkende antritt.

Mutig ist es, gegen die Mehrheit zu stehen. Leider wird beides in Deutschland oft verwechselt. Das ist, wenn man so will, unsere Tragik.<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 26. April 2017: >>**Rechtspopulismus: Und wenn die AfD Recht hat?**

Auch wenn die AfD gerade mit sich selbst befaßt ist - sie wird nicht einfach verschwinden. Der Erfolg der Partei hat mehr mit uns zu tun, als wir glauben.

Von Jana Hensel

Das kleine Erdbeben ist in Erinnerung geblieben. Es fand im Sommer 2011 statt und wurde von Frank Schirrmacher, dem damaligen Herausgeber der FAZ, ausgelöst. Für das Erdbeben reichte ein einziger Satz. Er lautete: "Ich beginne zu glauben, daß die Linke recht hat."

Damals ging es noch nicht um die Flüchtlingskrise. Es ging auch noch nicht um die Griechenland- oder Eurokrise, die folgten wenig später, nein, damals war die sogenannte Bankenkrise das Thema. Eine Krise, zu deren Lösung die betroffenen Staaten milliardenschwere Rettungspakete schnürten, um den drohenden Bankrott globaler Bankhäuser zu verhindern. Staatliches

Geld, Steuergeld, Geld des kleinen Mannes und der kleinen Frau.

Schirmmacher kam das wie ein Ausverkauf des Neoliberalismus und jener Werte vor, die dieser Neoliberalismus lange gepriesen hatte: "Freiheit, Autonomie, Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Zählung des Staates und seiner Allmacht." Deshalb wechselte er einmal gedanklich die Seiten und schaute sich die Gegenwart aus der Perspektive jener an, die politische Gegner waren, die anders dachten als er und seine Leute. Die Linken.

Jana Hensel

Die Schriftstellerin und Publizistin wurde 2002 mit dem Buch *Zonenkinder* bekannt. Im Herbst erscheint ihr erster Roman.

Heute, einige Krisen später, soll einmal dasselbe versucht werden, in umgekehrter Richtung. Die Perspektive soll gewechselt werden, auch um Selbsttäuschungen auf die Schliche zu kommen. Die AfD sitzt in elf Länderparlamenten. Auch wenn ihre Umfragewerte im Moment sinken, ist eine Sorge vor der Bundestagswahl berechtigt. Werden die Vorhersagen uns erneut täuschen? Werden, auch wenn die AfD sich gerade auf ihrem Parteitag einstweilen zerlegt hat, am Ende mehr Leute AfD gewählt haben, als viele progressive Deutsche es heute glauben, so wie man sich schon bei Trump getäuscht hatte?

Vielleicht hilft es zu fragen: Wo hat die AfD recht? Gibt es gute Gründe für den Aufstieg der AfD, den zeitweisen Aufstieg von Pegida? Gründe, die ihre Anhänger und Wähler zu Pegida und AfD trieben. Gründe, die man kennen sollte.

Unsere Scham

Sich zu fragen, wo die AfD recht hat: Warum fällt das eigentlich so schwer? Es ist eine Sache, sich als Konservativer für die Länge eines Gedankenexperiments auf die Seite der Linken zu schlagen. Aber es scheint eine völlig andere zu sein, die Perspektive von AfD- und Pegida-Anhängern einzunehmen. Wer das tut, setzt sich dem Vorwurf aus zu verharmlosen. Als verbreiteten die Rechtspopulisten eine Aura, gegen die man sich nicht wehren könne; als gäbe es keine rationalen Gegenargumente; als würden sie jeden, der sich ihnen nähert, willenlos in ihren Bann ziehen.

In der AfD gibt es Menschen wie den Thüringer Björn Höcke, der in einer Diktion hetzt, wie es zuletzt im Nationalsozialismus üblich war. Auf Pegida-Demos in Dresden und auf manchen AfD-Demos in Thüringen wurde ein Haß auf Flüchtlinge und alles Fremde, Andere, Nichtdeutsche laut, der an finsterste Zeiten erinnerte.

Davon versucht man, sich zu distanzieren, da versucht man, Abstand zu halten. Dafür stellt man die AfD lieber in immer neuen Schreckensbildern dar, statt sich zu fragen, ob etwas von dem stimmen könnte, was sie sagt. Viele glauben, man dürfe mit denen nicht mal reden. Überhaupt sind viele froh, daß die AfD und Pegida im Osten erfolgreicher sind als im Westen. Aber der Osten ist nicht nur eine Himmelsrichtung, er ist eine Haltung. Er steht für eine Erfahrung.

Wenn man einen ersten Grund nennen soll, warum es die AfD und Pegida gibt: "Wir Demokraten" versuchen, die neuen Rechten von "uns" fernzuhalten. Sie haben sich in dem Niemandsland unserer Ambivalenz eingerichtet, sie profitieren davon, daß wir die Auseinandersetzung scheuen. Unser schlechtes Gewissen ist ihre Heimat.

Unsere Ängste

Seit dem Mauerfall erleben wir einen Epochenwandel: Ende des Kalten Krieges, Neoliberalismus, Europäische Union, der 11. September, Globalisierung, Digitalisierung, Einführung des Euro, die neuen Kriege, der Terror. Das sind abstrakte Schlagworte, die man benutzt, ohne noch viel über sie nachzudenken. Wir haben verstanden, daß sie unsere Gegenwart prägen, vergessen aber oft, daß sich hinter jedem dieser Worte schwer zu überschauende Veränderungswelten verbergen.

Denn die große Geschichte greift wie ein Räderwerk in die kleine, die in jedem Einzelnen von

uns stattfindet. Auch hier sind die Dinge in Bewegung geraten. Erwerbsarbeit ist mittlerweile so prekär geworden, daß ältere Generationen nicht mehr verstehen, wenn einige Jüngere das als einen Vorteil, eine Herausforderung, einen Lebensstil gar betrachten. Alles ist immer im Wandel. Womöglich sind deshalb auch Familienverhältnisse prekär geworden, immer öfter emotionale Vereinbarungen auf Zeit, äußerlich mehr oder weniger feste Arrangements, denen man, wenn ihre Zeit abgelaufen ist, durch Patchworkmodelle innerlich eine Kontinuität zu geben versucht, geben muß.

Dramatische Appelle

Seit 1989 ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Im Osten nicht und auch im Westen nicht. Diese Veränderungen haben Ängste und Verunsicherungen ausgelöst, nicht nur bei jenen, die AfD wählen.

Man muß sich einmal ein paar wenige Buchtitel in Erinnerung rufen, die in den vergangenen Jahren auf den Bestsellerlisten zu finden waren. 2002: Meinhard Miegel, *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*. 2007: Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?* 2008: Heinz Bude, *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. Im selben Jahr: Michael Winterhoff, *Warum unsere Kinder Tyrannen werden*. 2010: Kirsten Heisig, *Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Straftäter*. Auch 2010: Stéphane Hessel, *Empört euch!* 2012: Heinz Buschkowsky, *Neukölln ist überall*. Und im selben Jahr: Manfred Spitzer, *Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen*.

Die Autoren dieser Bücher stammen aus allen Berufen und politischen Lagern, ein jeder ist auf seine Art Experte auf seinem Gebiet. Keinem kann man vorwerfen, AfD oder Pegida herbeigeschrieben oder das auch nur intendiert zu haben.

Seit ein paar Jahren jedoch mischen sich immer mehr andere Bücher darunter. Allesamt ebenfalls Bestseller. Es begann im Jahr 2010 mit Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab*, ging 2014 weiter mit Akif Pirinccis *Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer* und Udo Ulfkottes 2015 erschienenem Buch *Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken*.

Der Graben zwischen den zuerst und den zuletzt Genannten ist breit. Dennoch ist er mit einem, sagen wir, laienhaften Auge nur schwer zu erkennen: Während die einen unsere demokratischen Werte verteidigen, wollen die anderen sie abschaffen. Mit Überhöhung, Zuspitzung und dramatischen Appellen aber arbeiten sie alle.

Warnen oder übertreiben?

Die *Spiegel*-Journalistin Melanie Amann beschreibt in ihrem gerade erschienenen Buch *Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD* folgende Begebenheit: Im Oktober 2015 steht Björn Höcke auf dem Magdeburger Marktplatz und rechnet den Leuten vor, daß "jeden Tag 10.000 bis 12.000 Asylsuchende nach Deutschland" kommen. Daß das "15 Großstädte von der Größe Magdeburgs in einem Jahr" seien. Daß damit "unsere über Jahrhunderte gewachsene Vertrauens- und Solidargemeinschaft" in Gefahr sei und daß er, "wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen", einen "Bürgerkrieg" prognostiziere.

15 Großstädte, in einem Jahr? Eine vollends unrealistische Zahl. Höckes Hochrechnung war unseriös. Er hat übertrieben. Aber haben das jene Autoren, die aus sicher gut gemeinten Gründen warnen, daß unsere Kinder zu Tyrannen werden könnten, daß die Digitalisierung Demenz auslöst und damit uns und unsere Kinder um den Verstand bringt, nicht auch getan?

Ein zweiter Grund für den Aufstieg von AfD und Pegida ist also, daß die Veränderung unserer Gesellschaft in den vergangenen 25 Jahren dauerhaft mit dramatischen Appellen, Krisenszenarien und einer stets zugespitzten Rhetorik beschrieben wurde.

Alle Seiten betreiben Geschäfte mit Ängsten, nicht nur die AfD. Man kann sich in Untergangsszenarien verlieren, man kann Angst bekommen, daß hier irgend etwas nicht stimmt.

Verlieren nicht auch jene, die nicht zu den AfD-Anhängern gehören, manchmal den Mut? Befällt sie nicht ebenfalls manchmal Zukunftsangst?

Früher war alles besser

Es gehört zu den großen, oft geäußerten Mißverständnissen, daß die Rechtspopulisten sich den sozialen Problemen nicht widmen würden. Sie tun es auf ihre Art. Die AfD gründete sich im Jahr 2013 als Reaktion auf die Rettungspolitik der EU während der Bankenkrise, also aus einem ganz ähnlichen Unwohlsein heraus wie jenem, das Frank Schirrmacher in seinem Text beschrieb. Pegida nahm erst in der sogenannten Flüchtlingskrise wirklich Fahrt auf.

Gänzlich unterschiedliche Milieus fanden sich in der AfD und unter ihren Sympathisanten zusammen, und bis heute ringen sie innerhalb und außerhalb der Partei miteinander. Marktliberale Eurogegner, wütende Modernisierungsverlierer, verängstigte Mittelschichtler und anti-liberale Wohlstandsbürger.

Ein geniales Rezept

Kein Wunder, daß weder AfD noch Pegida ihrer heterogenen Anhängerschaft kohärente sozial- und wirtschaftspolitische Antworten anbieten, sie betreiben Identitätspolitik im streng nationalen Sinne. Und sie haben ein fast schon genial einfaches Rezept für die ganz verschiedenartige Wut und Verunsicherung ihrer Anhänger gefunden. Es lautet: Früher war alles besser.

Früher, das war, als Wohlstand in Westdeutschland wohlfahrtsstaatlich organisiert war und ständig wuchs. Als Männer arbeiteten und Frauen zu Hause blieben; sich um Kinder kümmerten. Und auch, als Migranten in Westdeutschland noch Gastarbeiter hießen und in der DDR Vertragsarbeiter. Die Idee war dieselbe: Irgendwann sollten alle in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Der westdeutsche AfD-Frontmann Alexander Gauland streite für ein Land, das an jenes Deutschland von vor 30 Jahren erinnere, schreibt auch Melanie Amann in ihrem Buch: "Mit mehr Ordnung, mehr Ruhe, mehr Stabilität. Keine sperrangelweit offenen Grenzen, keine EU-Diktate aus Brüssel, keine Globalisierung, keine *Political Correctness*."

Die Ostdeutsche Frauke Petry schwärmte in ihrer letzten Neujahrsansprache: "Es gab einmal eine Bundesrepublik ohne islamischen Terror und ohne explodierende Gewalt. Ein Gestern, in dem es undenkbar war, daß Frauen und Mädchen massenhaft sexuell belästigt und vergewaltigt wurden. Es gab ein Gestern, als die wenigsten Menschen Angst hatten, ihre Meinung offen zu äußern, ein Gestern, in dem es keine staatlich finanzierte Gesinnungskontrolle im Internet gab, ein Gestern, in dem kein systematischer staatlicher Rechtsbruch stattfand. Ich weiß, daß es viele Menschen gibt, die sich nach diesem friedlichen Gestern zurücksehnen."

Die erste Ost-West-Partei

Hört man Frauke Petry und Alexander Gauland zu, lösen sich die Gegensätze zwischen Jung und Alt, Frau und Mann, Ost und West, Reich und Arm wie in Luft auf. Es geht nur noch um ein warmes, weiches, besseres Gestern.

Das wäre ein dritter Grund für den Erfolg der AfD. Sie konnte sich etablieren, weil ihr gelang, woran die anderen bisher gescheitert sind: Sie vereint Ostalgie und Westalgie. Sie ist die erste wirkliche Ost-West-Partei; sie nimmt das alte Kohlsche Versprechen von den blühenden Landschaften noch einmal auf und macht es zu einer nostalgischen Zukunftsvorstellung.

Pegida dient ihr dabei als eine Art außerparlamentarischer Vorbote, Pegida versieht die AfD mit dem, was den anderen Parteien fehlt: *street credibility*.

Ich bin ein Verlierer, Baby

Frank Schirrmachers Text erschien, wie gesagt, im Sommer 2011. Die AfD gründete sich wiederum im April 2013. Und im Jahr dazwischen tanzten die jungen Menschen in den Clubs dieses Landes nach der Musik einer genauso jungen Band aus Chemnitz. Die Band heißt Kraftklub und ihr Album *Mit K* landete noch in der Woche des Erscheinens auf Platz eins der

Charts. Eine ihrer Hymnen trägt den Titel *Karl-Marx-Stadt*, und der Refrain, von dem man sich vorstellen kann, daß die jungen Menschen ihn auf den Konzerten laut mitsangen, geht so: "Ich komm aus Karl-Marx-Stadt, bin ein Verlierer, Baby, original Ostler."

Sogar die *Tagesthemen*, die in den Wochen zuvor viel über die Entdeckung des NSU berichtet hatten, stellten die fünf Musiker vor, obwohl das Lied wie folgt weitergeht:

"Ich steh auf keiner Gästeliste, ich bin nicht mal cool in einer Stadt, die voll mit Nazis ist, Rentnern und Hools. Ich cruise Banane essend im Trabant um den Karl-Marx-Kopf, die Straßen menschenleer und das Essen ohne Farbstoff. Diskriminiert, nicht motiviert, von der Decke tropft das Wasser, nix funktioniert. Und so wohnen wir in Sachsen auf modernden Matratzen, immer gut drauf, auch ohne Kohle in den Taschen."

Auch im Westen feierte man Kraftklub als Sound einer neuen Generation. Vielleicht, weil man damals Hoffnung hatte, dieses verdammte Verlierergefühl, das seit dem Mauerfall an den Ostdeutschen klebt, ließe sich einfach wegtanzen. Doch Kraftklub blieb nichts als eine Anekdote, ein Zeichen, daß man sich die Großzügigkeit nahm, geflissentlich zu übersehen, was im Osten wirklich geschah. Eines von vielen Zeichen. Ein paar Jahre später sandte der Osten ein ganz anderes Signal seiner Kraft. Pegida versammelte sich montags.

Unsere Lebenslügen

Wer wissen will, ob etwas von dem stimmt, was die Rechten sagen, der muß in den Osten schauen. Denn auch wenn die AfD eine bundesweit erfolgreiche Partei ist, ihr Popularitätssprung im Osten ist augenscheinlich. Der Historiker Philipp Ther ist ein Westdeutscher, der sich mit dem Osten wirklich auskennt. Ther leitet das Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität in Wien; er hat vor drei Jahren ein Buch veröffentlicht, das den Titel *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent* trägt und die erste Geschichte des Neoliberalismus in Europa ist.

Seine Beobachtung: Nach 1989 setzte sich überall in Osteuropa eine neoliberale Wirtschaftsordnung durch. Sie war durch Deregulierung, Privatisierung, Sozialstaatsabbau und die Akzeptanz gesellschaftlicher Ungleichheit gekennzeichnet. Der Staat zog sich aus immer mehr Verantwortungsfeldern zurück; so, hoffte man, würde man denselben Wohlstand erreichen wie in Westeuropa. Das ging schief. Aber nicht nur das, auch die Hoffnung des Westens erwies sich als trügerisch, daß nach dem Fall des Eisernen Vorhangs alles beim Alten bleiben würde. Die Einführung von Hartz IV ist das große Monument dieses Umbruchs. Ther nennt sie deshalb eine Kotransformation Westdeutschlands.

Das Spannendste an Thers Buch ist, daß er Ostdeutschland wie selbstverständlich zu Osteuropa zählt. In keinem anderen Land sei die Wirtschaft so stark zusammengebrochen wie im Osten nach Währungsunion und Wiedervereinigung, sie verlor 27 Prozent gegenüber dem Wert von vor 1989. Nur in Bosnien und Herzegowina findet man ähnliche Zahlen - allerdings nach dem Jugoslawienkrieg. In jedem anderen Land hätte "eine derartige Katastrophe massenhafte Proteste und die Abwahl der Regierung" nach sich gezogen, schreibt Ther. Statt dessen stimmten die Ostdeutschen mit den Füßen ab und zogen nach Westen. Junge, Schlaue, Frauen.

"Das erzeugt Protestpotential"

Auch deshalb plädiert Ther in Bezug auf die AfD für einen Perspektivwechsel: "Das Wählerverhalten der Ostdeutschen liegt im osteuropäischen Schnitt und ist gar kein überraschendes Phänomen. Die sozialen Verwerfungen treffen im Osten breitere Schichten, selbst jene, die Arbeit haben, haben eher ungute Perspektiven. Sie werden schlecht bezahlt oder oft nur befristet beschäftigt. Das erzeugt ein Protestpotential." In Polen regiert die nationalkonservative PiS, in Ungarn der autoritäre Viktor Orbán mit seiner rechten Fidesz, in der Slowakei sitzen Nationalisten mit in der Regierung und in Tschechien wirtschaftsliberale Populisten.

Das ist ein weiterer, nunmehr vierter Grund für den Erfolg der Rechtspopulisten: Der Osten ist nach dem Mauerfall zu einem Raum geworden, in dem sich alle Faktoren noch einmal radika-

lisieren. Der Großteil der Menschen lebt in weniger Wohlstand als diejenigen im Westen. Diese Verwerfungen finden ihren Ausdruck in radikaleren politischen Ansichten. Im Protest gegen die etablierten Parteien artikuliert sich das Gefühl, zu schwach für neue Herausforderungen und nochmalige Veränderungen zu sein. Aber diese Schwäche ist keine irrationale Angst, sondern sie ist für nennenswerte Teile der Gesellschaft Realität.

Unsere Ungerechtigkeit

Wenn man also sagt, der Osten ist keine Himmelsrichtung, sondern er steht für eine Erfahrung, dann ist es die des sich nicht einstellenden Wohlstands.

Echter Wohlstand ist für viele Ostdeutsche nach dem Mauerfall eine Fiktion geblieben, den vieler Westdeutscher jedenfalls werden sie nie erreichen: Weniger als zehn der 500 reichsten Deutschen leben in den neuen Bundesländern; laut Statistischem Bundesamt verfügte ein westdeutscher Haushalt im Jahr 2013 über ein Nettovermögen von durchschnittlich 140.300 Euro, der Wert im Osten lag bei 61.200 Euro.

Ostdeutsche verdienen nicht nur weniger, sie besitzen auch weniger Immobilien, Aktien, Lebensversicherungen und Sparguthaben. Dieses Wohlstandsgefälle wird sich in den nächsten Generationen fortsetzen: Westdeutsche Akademikerkinder erben größere Summen, Ostdeutsche und Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten oder Arbeitslosen im Normalfall kaum etwas.

Es betrifft auch den Westen

Wenn die Rechtspopulisten im Osten, in diesem geschwächten Raum, leichter Fuß fassen können, kann der Rest des Landes das zwar ignorieren, aber nur so lange, bis das Phänomen auch dorthin schwappt. Auch in Westdeutschland gibt es strukturschwache Regionen, gibt es eine Mittelschicht, die Angst vor dem Absturz hat.

Wohlstand durch Arbeit, Aufstieg durch Bildung, das war über Jahrzehnte ein milieübergreifendes Narrativ, eine identitätsstiftende Erzählung, eine beinahe religiöse Formel. Eigentlich in beiden deutschen Ländern. Aber diese Erzählung glauben heute viele nicht mehr. Erkannt haben das längst eigentlich alle Parteien, wirklich reagiert hat darauf aber nur die AfD.

Die Rechtspopulisten, und das ist ein weiterer, fünfter Grund für ihren Erfolg, haben dieses Vakuum zum Kern ihrer Botschaft gemacht. Sie sprechen für jene, die das Gefühl haben, mit ihnen und für sie spreche niemand mehr. Im Moment scheint diese Symbolpolitik zu genügen. Im Moment reichen zwei einfache neue Feindbilder: die Eliten und die Fremden, die Flüchtlinge, die Anderen.

Unsere Zukunft

Warum kümmert sich die Politik nicht mehr um Fragen der gerechten Verteilung von Wohlstand und Vermögen? Warum ist in Ostdeutschland ein Raum entstanden, in dem sich alle Faktoren radikalieren können? Die AfD hat mit ihren Antworten nicht recht, aber mit manchen ihrer Fragen. Und sie spricht in Wahrheit zu jenen, die sie nicht wählen.

Auch deshalb schert sie sich nicht viel um ein Programm, scheint sich in ihren eigenen Strömungen zu verlieren und immer wieder selbst zu zerlegen. Sie sammelt mit teils rassistischen Parolen den Protest von der Straße auf und trägt ihn in die Gesellschaft, in die Medien und in die Parlamente, sie nimmt eine Kommunikation wieder auf, die lange brachgelegen hat. Sie widmet sich dabei nicht der Frage, wer wir eigentlich sein wollen, aber vielleicht muß sie das aus ihrer Sicht auch nicht.

Die AfD hat keine Lösungen, aber sie zeigt Probleme auf. Wenn man daran etwas Positives finden will: Immerhin macht es Politik lebendiger. Nun ist es an uns, über uns, unser Land und unsere Zukunft anders nachzudenken. Gerade weil die bisherigen Antworten nicht mehr allen genügen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...):
>>"**Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein**"

von *Eva Herman*

Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. Der Rechtsanwalt und studierte Türkeiwissenschaftler ist Chef der liberaldemokratischen Partei und sitzt im russischen Parlament. Die Sichtweise der Russen, die Schirinowski hier vertritt, steht im konträren Widerspruch zu den Aussagen der deutschen Politiker und Medien. Um so interessanter ist es, diesen selten zu findenden Aussagen zuzuhören.

Gleich vorweg: Am Ende des Interviews stellte Schirinowski fest, daß man von russischer Seite aus bereit sei, die berühmte Frage der "deutschen Ostgebiete" zusammen mit Deutschland zu lösen. Vogt dazu: "Damit stellt sich Wladimir Schirinowski in eine über 70-jährige Tradition sowjetisch/russischer Politik. Schon Stalin hatte 1952 mit seiner berühmten Stalinnote die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NATO angeboten.

Nikita Chruschtschow wiederholte ein solches Angebot 1955, Andropow in den 80er Jahren und bei der deutschen Wiedervereinigung kam im Sommer 1990 ein neues Angebot über die Rückgabe des sowjetischen Teils Ostpreußens mit Königsberg von Gorbatschow."

Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Michail Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten.

Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau beknetet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden."

Zu den derzeit aktuellen Themen traf Schirinowski ebenfalls klare Aussagen, wie man sie in westlichen Medien nur zu selten hört. Zum Thema einer angeblichen Annexion der Krim von seiten Rußlands stellte der russische Politiker wörtlich klar:

"Die Krim ist russische Erde, sie gehörte immer zum russischen Reich oder der Sowjetunion. Und die absolute Mehrheit der Krimbewohner kehrte mit Vergnügen in die Struktur Rußlands zurück. Es gibt keine Annexion. Wir haben kein fremdes Land erobert. Ab dem Moment der illegitimen Teilung der UdSSR haben sie immer ihre Unabhängigkeit für sich reklamiert und haben stets die Rückkehr nach Rußland gefordert. Das ging über 26 Jahre. Es gab keine bewaffneten Auseinandersetzungen während des Anschlusses der Krim. Und jetzt überhaupt: Es herrscht eine vollkommene Feststimmung. Alle sind zufrieden, und das alles sind die Wünsche der Krimbewohner und der Bewohner unseres Landes."

Michael Vogt sprach die aktuelle Lage in der Ukraine an. Die Antworten Schirinowskis klingen ähnlich gegensätzlich zum deutschen Massenmedien-Einheitsbrei, wie es schon zur Krim-Thematik und zu den deutschen Ostgebieten der Fall ist. Es sind Antworten, die wir dort niemals zu lesen bekommen würden: "Meine persönliche Meinung: Die ganze Ukraine sollte zurückkehren und Teil Rußlands werden. Ein Gouvernement, wie es zu Zeiten des Zaren war. Wenn die Ukrainer das nicht wollen, dann wird das Land, wie in Afrika, zu einer Art Somalia:

Krieg, innere Fehden, Provokation, nichts Gutes, weder für Rußland, noch für Europa." Unheilvolle Worte Schirinowskis folgten zur derzeitigen Lage Europas:

"Zwischen den bekannten deutschen Repräsentanten wird darüber gesprochen, daß es ein Szenario gibt, nach dem ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland auf dem Territorium der Ukraine - und zwar wegen der Ukraine - stattfinden soll. Es gibt einen solchen Plan. Der Krieg sollte schon im Sommer 2016 anfangen, er hat nicht angefangen. Jetzt planen sie ihn für den Sommer 2017."

Schirinowski verurteilte die NATO-Osterweiterung, vor allem in den baltischen Ländern. Sie stelle eine immense Gefahr für den Frieden in Europa, ganz speziell für Deutschland, dar: "Wir haben Deutschland gebeten, aus der NATO auszutreten. Und es würde ein großes Deutschland sein, ohne Besatzungstruppen, das demokratischste in Europa. Aber, nein! Und die DDR wurde hineingezogen, und sie alle zusammen sind jetzt in der NATO. Die deutschen Soldaten sind schon im Baltikum! Doch warum machen sie das?"

Dieser Krieg wird der letzte sein. Alles wird vernichtet. Ganz Europa wird vernichtet. Man sollte darüber nachdenken. Amerika ist weit weg. Und wir haben noch hinter dem Ural genug Territorium. Und was bleibt von Europa nach dem Krieg?"

Schirinowski erläuterte die seit nahezu 200 Jahren verursachten Störungen der russisch-deutschen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Frankreich. Ihnen sei die russisch-deutsche Allianz ein Dorn im Auge, die zu friedvoller Macht führen und ihnen deshalb gefährlich werden könnte. Und so würden seit 200 Jahren Konflikte und Störungen produziert:

"Man soll damit Schluß machen. Deutschland ist doch eine kluge Nation. Es ist an der Zeit, sich endlich aus der Falle zu befreien, in die Deutschland seit fast 200 Jahren getrieben wurde und endlich mit Rußland zusammenzuarbeiten. Wir mischen uns nicht ein in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. In erster Linie sollte es aufhören, ein besetztes Land zu sein und immer nach Washington zu fahren und um Erlaubnis nachzufragen. Es soll vollständig selbstständig sein, und ich bin sicher, daß die meisten Deutschen für ein Bündnis mit Rußland sein werden anstatt für das Bündnis mit Amerika."

Falls es dazu käme, daß das deutsche Volk Rußland um Hilfe bäte, wie würde Rußland entscheiden, fragte der Journalist schließlich. Die Antwort Schirinowskis dürfte so manchem Hoffnung und Trost geben: "Hilfe für Deutschland? Und Europa? Wir leisten jede Hilfe. ... Es ist die Bestimmung Rußlands, in kritischen Momenten Hilfe zu leisten bei der militärischen Lösung jedes Problems, jeder Frage."

Schirinowski beendete das Interview mit der bereits zu Anfang erwähnten Thematik der deutschen Ostgebiete: "Wir haben den Deutschen die östlichen Gebiete weggenommen und den Polen gegeben. Aus welchem Grunde befinden sich heute die Polen auf dem deutschen Territorium? Man kann alles Deutschland wiedergeben. Dabei können wir helfen. Beim deutschen Hafen Memel, Klaipeda, wir können dabei helfen, für Deutschland das ganze Preußen wieder herzustellen. Keiner hilft, nur wir!"<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...):

>>**Billionen-Dispo für die Eurozone**

Wegen offener Forderungen: Deutsche Berufstätige profitieren nicht vom Exportüberschuß
Die Schulden, die andere Euro-Notenbanken bei der Bundesbank angehäuft haben, nähern sich der 1.000-Milliarden-Euro-Grenze. Das Geld wird nicht verzinst. Daß es je zurückkehrt, ist zumindest nicht sicher. Echte Werte als Sicherheit gibt es nicht. Anlagevermögen, welches andere Länder mit großem Exportüberschuß wie das Ölland Norwegen für ihre Überschüsse erwerben, kauft Deutschland für das Geld auch nicht.

Im Schatten von Griechenland-Rettung und Euro-Rettungsfonds haben die Deutschen ein weiteres Haftungsrisiko übernommen, das bislang nur wenig beachtet wird. Die Deutsche Bun-

desbank wies in ihrem sogenannten Monatsbericht für den März mit mehr als 829 Milliarden Euro ein neues Allzeithoch beim Target2-Saldo aus. Hinter dem hohen Milliardenbetrag verbergen sich offene Ansprüche der Bundesbank im Rahmen des gemeinsamen Verrechnungssystems der Euro-Zentralbanken, über das unter anderem die Exporte abgewickelt werden.

Liefert ein deutscher Maschinenbauer beispielsweise Waren nach Italien, überweist der Käufer dort das Geld über seine Hausbank nach Deutschland. Hier sorgt die Bundesbank dafür, daß der deutsche Lieferant auf seinem Konto eine Gutschrift für seine Ware erhält.

Eigentlich müßte die italienische Notenbank der Bundesbank die Summe erstatten. Doch insbesondere seit Ausbruch der Euro-Krise ist keineswegs sicher, daß die Italiener der Bundesbank den fälligen Betrag anschließend auch zeitnah erstatten. Erstaunlicherweise sind im Zuge der europäischen Währungsunion nämlich keine Fristen vereinbart worden, bis zu denen die Zentralbanken für einen Ausgleich zu sorgen haben.

Im Gegensatz dazu besteht für die Regionalbanken des Federal Reserve Systems in den USA die Pflicht, regelmäßig für eine Glattstellung ihrer Verbindlichkeiten im Verrechnungssystem zu sorgen. Im Falle des Eurosystems fehlt allerdings nicht nur eine Zahlungsfrist. Die Forderungen werden zudem auch nur mit dem Leitzins der Europäischen Zentralbank verzinst. Da dieser derzeit bei Null liegt, besteht für säumige Zentralbanken auch von dieser Seite kein Anreiz für eine zügige Glattstellung.

Auf dem Papier als Echtzeitverrechnungssystem zwischen den Euro-Zentralbanken konzipiert, hat sich Target2 so zu einem Diskredit für ganze Volkswirtschaften entwickeln können. Als Resultat geht die Bundesbank zumindest für einen Teil der deutschen Exporte in die Eurozone als Kreditgeber in Vorleistung. Quasi zwangsweise stellt sie einen Kreditrahmen zur Verfügung, der sich inzwischen langsam der 1.000-Milliarden-Euro-Marke nähert.

Somit finanzieren die Deutschen die Bezahlung für die von ihnen hergestellten und exportierten Waren selbst, ohne sicher sein zu können, den Betrag jemals wiederzusehen. Möglicherweise liegt hier auch eine Ursache dafür, daß die Deutschen in ihrer Lohnentwicklung nur wenig sehen von Deutschlands Rang als "Exportweltmeister". Sie bezahlen einen Gutteil ihrer Ausfuhrerlöse quasi selbst.

Schlimmer noch: Auch wenn ein reicher Grieche seine Milliarden nach Deutschland schafft, müssen die Deutschen das Geld per Bundesbank nach Griechenland erstatten: Wohlhabende Käufer aus den Euro-Südländern treiben hierzulande mit dem Geld nicht nur die Preise für Immobilien mit in die Höhe, sondern auch die Verbindlichkeiten ihrer Zentralbanken gegenüber der Bundesbank.

In letzter Zeit werden auch die Wertpapierkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) als weitere Triebkraft hinter dem rasanten Anstieg der Salden genannt. Grenzüberschreitende Anleihenverkäufe werden dabei direkt über das Target2-Zahlungssystem abgewickelt.

Um die Südländer vor der Pleite zu bewahren, kauft die EZB deren Staatsschulden von Investoren aus Euro-Krisenstaaten, die bisher die Staatsanleihen ihrer Länder als Anlage gehalten hatten.

Diese "herausgekauften" Anleger überweisen offenbar ihre Erlöse aus dem EZB-Kaufprogramm dann gern in den "sicheren Hafen" Deutschland.

Der Gesamtmix dieser Faktoren spiegelt sich immer stärker im Zahlungssystem der Eurozone wider. Allein die Verbindlichkeiten der Banca d'Italia, des größten Schuldners im Verrechnungssystem, sind bis März auf über 419 Milliarden Euro gestiegen. Binnen eines Monats war dies ein Zuwachs von mehr als 33 Milliarden Euro. Auch die Verbindlichkeiten der spanischen Zentralbank kletterten im März auf gut 374 Milliarden Euro. Die Notenbanken Griechenlands und Portugals stehen im Target2-System ebenfalls mit beachtlichen Beträgen in der Kreide. Erhebliche Forderungen haben wiederum die Zentralbanken der Niederlande, Finnlands und Luxemburgs in ihren Büchern stehen. Mit ganz großem Abstand hat sich allerdings

die Bundesbank zum größten Kreditgeber in der Euro-Zone entwickelt.

Angesichts der Regelbrüche im Zuge der bisherigen "Euro-Rettung" kann zumindest bezweifelt werden, daß diese ausstehenden Rechnungen jemals beglichen werden. Daher werden Experten langsam nervös. Bislang fordern aber nur einzelne Ökonomen und Politiker Änderungen beim Target-System oder eine Risikoversicherung.

Der Volkswirt Thomas Mayer bezeichnete es in einem Beitrag für die "Wirtschaftswoche" als denkbar, daß die Bundesbank Druck ausübt, "indem sie beispielsweise ihre Mitgliedschaft bei Target2 einfriert und den Interbankenzahlungsverkehr separat in einem System abwickelt, das zum Ausgleich der Salden zwingt".

Eine andere Möglichkeit wäre es, sich Sachwerte etwa in Form von Gold oder Staatsbesitz der Schuldnerländer übertragen zu lassen. Norwegen hat mit seinen Ölexporterlösen einen gewaltigen Staatsfonds aufgebaut. Warum tut dies nicht auch Deutschland mit Hilfe seiner Ausfuhrüberschüsse?

Die Goldreserven der Bundesbank etwa gehen auf die deutschen Exporterfolge der frühen Nachkriegsjahrzehnte zurück. Damals wurden die Exportüberschüsse im goldgedeckten Weltwährungssystem mit dem Edelmetall ausgeglichen - wobei zurzeit umstritten ist, ob dieses Gold wirklich vollständig vorhanden ist.

Heute indes ist die einzige Währung, welche die Deutschen für den gewaltigen Erlös ihrer Ausfuhren verlangen - Vertrauen. Vertrauen, das die Deutschen selbst gegenüber ihren Schuldnern aufbringen sollen. Dieses Vertrauen könnte auf Sand gebaut sein. Dann hätten die Deutschen für nahezu 1.000 Milliarden Euro quasi umsonst gearbeitet.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtete am 1. Mai 2017: >>ARD bezeichnet Weidel als "Nazi-Schlampe"

Kaum ist der nur mit großem Polizeiaufgebot möglich gewesene AfD-Parteitag vorüber, da versuchen ARD und ZDF erneut, alles in den Dreck zu ziehen, was mit der AfD zusammenhängt. Und die Methoden werden immer übler. Zuerst schlug "Monitor" zu, bevor "Extra 3" dann einen neuen Tiefpunkt der Hetze erreichte.

Nachdem viele gehofft hatten, die Alternative für Deutschland würde sich auf ihrem Parteitag am letzten Wochenende selbst zerlegen, verlief dieser dann aber letztlich doch recht gut. Die AfD wählte Alexander Gauland und Alice Weidel zum Spitzenteam für den Bundestagswahlkampf, und in der Demoskopie geht es wieder etwas nach oben. Nun ziehen die hegemonialen Mainstream-Medien erneut alle Register, um die Partei niederzuschreiben und schlechtzureden. Ein weiterer, trauriger Tiefpunkt wurde hierbei in der ARD erreicht.

Zuerst fing es bei "Monitor" an, dann ging es bei "Extra 3" direkt weiter: Hetze ohne Ende und das auf teilweise aller übelste Art. Ausdrücke wie "braune Suppe", "rechts", "Fremdenfeindlichkeit" fielen in Variationen immer und immer wieder.

Hier einige weitere Zitate: *"Ich würde auch nicht vor die Tür gehen, wenn ich weiß, daß der Meuthen da rumläuft", "brauner Rauch stieg auf", "Endsieg", "Rechtsradikale von der AfD", "es hat sich sehr viel geändert, zum Beispiel hat sich schon lange keiner mehr in seinen Bunker verkrochen und seinen Schäferhund vergiftet", "Sie sprechen die Partei mit dem Herzen an und wie ist das, wenn immer nur ein Arsch antwortet?", "es herrscht blanker Haß in der Partei", "bei Alice Weidel ist rechts kein Platz mehr frei" (soll heißen: weiter rechts geht es nicht mehr), "die AfD ist wie ein Teller Chicken Wings, da gibt es auch viele Flügel, aber solange alle braun sind, ist das in Ordnung".*

Alexander Gauland, der Grandseigneur der Partei, wurde als "brauner Hetzer" und "senil" tituliert. Und dann der Höhepunkt: Dr. Alice Weidel, seit langem Mitglied des Bundesvorstandes der AfD, wurde als "Nazi-Schlampe" bezeichnet.

Ich hatte den Eindruck, das hört gar nicht mehr auf. Gefühlte ging das in beiden Sendungen zusammen mindestens 20 bis 30 Minuten, alleine bei "Extra 3" tatsächlich gestoppt über 13

Minuten non stop nur gegen die AfD, siehe ab Minute 23:22, und anschließend kam dann gleich Marine Le Pen auch noch dran.

Stigmatisierung und Diffamierung durch Konditionierung

Die Masche ist klar. Gewisse Kräfte in der Gesellschaft haben es durch jahrzehntelange Indoktrination geschafft, bestimmte Ausdrücke wie zum Beispiel "rechts" vollkommen zu diskreditieren. "Rechts" klingt inzwischen für die meisten negativ, was völlig ungewöhnlich ist, hat dieses Wort doch ursprünglich eine sehr positive Bedeutung von "den rechten Weg finden", "rechtschaffen", "Rechtsstaat", "Recht und Ordnung" usw. "Rechts" ist eigentlich eng verwandt mit "richtig" im Gegensatz zu "links", das an linkisch (ungeschickt, plump), an "falsch" im Sinne von hintertrieben erinnert usw.

Der Stigmatisierungs- und Diffamierungs-Trick funktioniert wie folgt: Man arbeitet zunächst daran, einen Ausdruck, hier "rechts" über Jahrzehnte hin extrem negativ zu konnotieren, am besten mit schrecklichen Bildern - die meisten denken bei "rechts" heute an Hitler und den Holocaust, also die allerschlimmsten Verbrechen. Sie denken nicht an Freiheitsliebe, was in Wahrheit viel mehr mit rechts zu tun hat. Und diese negativen Assoziation werden immer und immer wieder heraufbeschworen.

Die Steigerung von "rechts" ist zunächst "rechtsgerichtet", dann "rechtsradikal" und der Superlativ der Stigmatisierung ist schließlich "Rassist" oder "Nazi". Schafft man es, jemanden als Rassisten oder Nazi abzustempeln, ist er verloren. Kein Mensch hört ihm dann noch unvoreingenommen zu. Ja, so kann man Leute regelrecht zerstören.

Und genau das ist von den Akteuren, die so operieren, auch gewollt. Denn schafft man es, ein Etikett "Nazi" auf eine Flasche Wein, hier die AfD zu kleben, so wollen 80 bis 90 Prozent diesen Wein nicht mehr trinken, weigern sich strikt, die Flasche zu öffnen und auch nur einen Schluck zu probieren, egal wie der Wein in der Flasche tatsächlich schmeckt. Ihnen reicht der Anblick des Etiketts, das in ihnen ein Übelkeits-Empfinden und Angst-Gefühle evoziert, um diese auf den Wein in der Flasche zu übertragen. Sie sind dann absolut unfähig, sich davon nochmal zu lösen. Die Übertragung und Kopplung ist wie bei Pawlows Hund kaum rückgängig zu machen.

Das Etikett ist dann erfolgreich verpaßt. Die Assoziationen laufen unterhalb der Bewußtseins-Ebene: *rechts - rechtsradikal - braun - braune Suppe - eklig - Nazi - AfD - widerwärtige Partei - nicht wählbar - muß bekämpft werden - muß vernichtet werden - mit allen Mitteln - Hitler hat man damals nicht gekriegt, leider! - aber jetzt! - die sind fällig - wenn wir die jetzt leiden lassen und fertig machen, richtig fertig, dann können wir vielleicht die nie gesühnte Schuld von damals doch noch abtragen ...*

Es ging niemals wirklich um Höcke

Was gestern auffiel und das scheint mir sehr aufschlußreich zu sein: Nachdem Höcke sich selbst aus dem Schußfeld genommen hat, indem er dem Parteitag vollkommen fern blieb - das Maritim-Hotel hatte ihm wohl sogar Hausverbot erteilt -, schoß man nun gegen andere: Meuthen, Gauland und auch Weidel. Alle wurden niedergemacht. Alle!

Das ist ein Beleg für die Vermutung: Es geht und ging in Wahrheit niemals um Höcke. Wenn der weg wäre, würde man sich sofort den nächsten aussuchen und dann den gezielt abschießen. Dann den übernächsten und überübernächsten und immer so weiter. Sollten die AfD-ler auf diesen Trick reinfallen, dann müssen sie wohl damit rechnen, daß dies niemals aufhören wird. Denn sobald deren zahlreichen Feinde merken, daß sie mit dieser Strategie Erfolg haben, die eine völlig gängige Kriegsführungs-Praxis darstellt - immer einen am Rand abzuschießen und wenn der gefallen ist, den nächsten -, dann werden sie damit immer weitermachen. Und das wird niemals enden.

Einzig sinnvolle Gegenstrategie: Geschlossenheit

Wenn die AfD gut beraten ist, dann sollte sie also nicht auf all die Schlaumeier hören, die von

strategischem Denken meist so viel Ahnung haben wie eine Kuh von der Käseherstellung und die meinen, wenn man Höcke und einige andere opfere, dann werde das aufhören, dann wäre man plötzlich ganz lieb zur AfD, die Diffamierungen hörten dann auf, man würde dann endlich fair berichten und die "bürgerliche Mitte" wählte dann plötzlich in Scharen die AfD. Gegen dieses gezielte Abschießen Einzelner am Rande, welcher sich dadurch natürlich immer weiter verschiebt, wird es nur eine sinnvolle Gegenstrategie geben: alles abprallen lassen. Absolute Geschlossenheit.

Man sollte sich innerhalb der Partei klar machen: die am Rand gehören dazu und schützen die anderen. Also müssen diese ihnen Rückendeckung geben, auch wenn sie eine andere Position haben als jene. Das gehört nun mal zu einer Partei dazu, die ein gewisses Spektrum abdecken will. Und wenn die AfD eine Volkspartei werden oder sein will - das Zeug dazu hat sie allemal -, dann muß sie genau das aushalten.

Wichtig wird sein, daß alle eine gemeinsame Basis haben und bei aller Unterschiedlichkeit für den gemeinsamen Erfolg kämpfen. Die sachlichen und auch menschlichen Differenzen gilt es auszuhalten und auf faire Art und Weise auszutragen. Nach außen aber wird nur Geschlossenheit helfen können gegen diese massiven Diffamierungen und böartigen, niveaulosen Attacken unterhalb sämtlicher Gürtellinien.

Ausblick

Die Gegner dieser Partei, die auf absehbare Zeit viel mächtiger sind und nicht nur die Medien vollkommen unter ihrer Kontrolle haben, werden alles versuchen, die AfD auseinander zu dividieren. Dabei werden sie insbesondere immer wieder versuchen, einzelne Leute rauszuschießen. Läßt die AfD sich darauf ein, wird das niemals aufhören. Denn hat der Gegner erstmal Blut geleckt, wird er das immer weiter treiben. Jetzt sind schon Meuthen und Weidel dran. Wer hätte das vor einigen Wochen oder Monaten gedacht?

Vielleicht ein kleiner Trost für die AfD und ihre Anhänger: Auf lange Sicht setzt sich die Wahrheit fast immer durch. Manchmal dauert es nur schrecklich lange. Das antidemokratische, faschistoide Parteien-Kartell wird sich auf Dauer nicht durchsetzen. Die Leute sind zwar meist ein bißchen blöd, die meisten aber nicht völlig. Immer mehr werden merken, was hier abläuft. Die Parole der AfD könnte also lauten: durchhalten und strategisch denken. Das wird ein langer Kampf, der aber durchaus zu gewinnen ist.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. Mai 2017: >>**Merkel besichtigt Zuwanderer: "Gut Ding will Weile haben."**

Die Kanzlerin geht auf Tuchfühlung mit dem Volk - wie sie es definiert. Am Mittwochvormittag besuchte Angela Merkel eine Einrichtung in Stralsund, in der Migranten Sprachkurse erhalten. Ein denkwürdiger Auftritt ...

Aufregung im Integrationsprojekt Grünhufe in Stralsund: Am Mittwochvormittag steht die Open-Border-Kanzlerin plötzlich persönlich vor der Tür!

"Hast Du da Gel drin?" fragt Merkel einen irritierten Jungen vor dem Eingangsbereich. "Ja, Gel", erwidert der Bub der kinderlosen Kanzlerin, die mit einer Armlänge Abstand dessen Schopf betastet. Wieder was dazugelernt!

Das Mimen von Herzlichkeit und Wärme sind für Merkel bekanntlich Herkulesaufgaben. Gewohnt verkrampft geht es also drinnen weiter. Bei Kaffee und Kuchen erkundigt sich die CDU-Frau über den Kenntnisstand der deutschen Sprache. "Deutsch ist keine einfache Fremdsprache, das wissen wir", gesteht sie aus eigener Erfahrung sprechend. "Aber wenn man übt, wird es schon was."

Merkel verpaßt es nicht, den Anwesenden noch besonders wichtige Tips für das Leben in der deutschen Gesellschaft mitzuteilen. So erklärt sie u.a. endlich den Unterschied zwischen einem Bürgermeister und einem "Ooobürgermeister".

"Wir haben ein Sprichwort", plaudert sie mit dem Charisma eines erstarrten Komiker-Leich-

nams auf einer Bühne stehend. "Ich weiß nicht, ob Sie das verstehen, aber einige verstehen es." Gut zu wissen. Nach einer kurzen Kunstpause geht es weiter: "Gut - Ding - will - Weile - haben." Sie erläutert: "Das heißt, es dauert 'ne Weile. Und, ähm, danach kann man sagen, wird es dann aber irgendwann auch was."

Besser wär's... Wegen des Ausmaßes von Ausländerkriminalität, hat das Bundeskriminalamt in seinem diesjährigen Kriminalstatistikbericht schon eigens die neue Unterkategorie "Zuwanderer" geschaffen (konkret gemeint: "tatverdächtige Personen mit Aufenthaltsstatus 'Asylbewerber', 'Duldung', 'Kontingentflüchtling/Bürgerkriegsflüchtling' und unerlaubt").

Von solchen Belanglosigkeiten ließ sich Merkel aber nicht den Vormittag vermiesen. Nach der Stippvisite gab es noch ausreichend Gelegenheit für Selfies. Falls der Familiennachzug nicht schnell genug in Schwung kommt? ...

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern im September letzten Jahres zog die AfD an der CDU vorbei. Die Parteichefin erklärte danach, nicht von ihrer Flüchtlingspolitik abweichen zu wollen. Nach dem angenehmen Vormittag im Haus Grünhufe dürfte sie sich erst Recht fragen: Warum auch?<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>Die Zeit der Wahrheit

Ausgerechnet der "Europäer" Macron wird das EU-Gebälk zum Zittern bringen

Das Aufatmen in Berlin wird nicht lange anhalten. Macron muß die Deutschen mit maßlosen Forderungen konfrontieren.

Das gesamte politische Establishment in Paris wie in Berlin und bei der EU hat sich parteiübergreifend hinter den siegreichen Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron gestellt. Das macht eine grundlegende Veränderung in der politischen Landschaft Europas sichtbar.

Hier wurde die Zerstörung des seit dem Weltkrieg geltenden politischen Koordinatensystems offenkundig. Das alte Trio Konservativ-Liberal-Sozialdemokratisch verschwindet.

Daher trug die "Macron-Begeisterung" der Etablierten denn auch sichtlich Züge der Verzweiflung. Sie erschien wie das letzte Aufbäumen eines Kartells, das bislang alles unter sich aufteilen konnte und nun erleben muß, wie neue Kräfte und Konstellationen mit Wucht in die Gefilde der bislang sicher geglaubten Macht eindringen. Es ist noch mal "gut gegangen", aber für wie lange noch?

Macrons Präsidentschaft steckt von Beginn an zwischen Baum und Borke. Und er wird seine deutschen Partner in eine ähnlich prekäre Lage manövrieren - ja, aus Selbsterhaltungstrieb sogar manövrieren müssen.

Der Neue im Elysée hat "Reformen" angekündigt, die im Vergleich zu jenen Gerhard Schröders bestenfalls als homöopathisch zu bezeichnen sind. Doch selbst dafür schlug ihm schon am Tag nach der Wahl der erbitterte Widerstand einer radikalen Linken entgegen, die sich nach den fast 20 Prozent ihres Kandidaten beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zu Recht stark fühlt.

Als Zuckerstück für die reformunwilligen Franzosen betreibt Macron die Vergemeinschaftung der Schulden der EU-Staaten und fordert ein EU-Finanzministerium sowie eine gemeinsame EU-Arbeitslosenversicherung. Das heißt: Vor allem die Deutschen sollen dafür zahlen, daß in Frankreich mit seiner 35-Stunden-Woche, seinem Sozialstaat, seiner Schuldenpolitik und seiner vergleichsweise weniger wettbewerbsfähigen Wirtschaft möglichst wenig verändert werden muß.

Die derart zur Kasse gebetenen Deutschen werden ihre Politik bald fragen, warum sie die Last der Hartz-Reformen ertragen und dem Wegschmelzen ihrer Ersparnisse zugunsten der Staatskasse per Nullzins zugesehen haben, wenn die Früchte ihrer Entbehrungen nun über den Rhein getragen werden. Der Appell an ihre "europäische Solidarität" muß da wie Hohn klingen, der Hinweis, sie profitierten ja in Wahrheit am meisten, wie eine dreiste Lüge.

Die Politik der Einheitswährung und der sinnlosen "Umverteilung" in Europa, die erst zu dem heftigen Aufeinanderprallen der so unterschiedlichen Volkswirtschaften geführt hat, ächzt immer vernehmlicher unter den eigenen Widersprüchen. Der "Europäer" Macron könnte es sein, der das morsche Gebälk an seine Belastungsgrenze führt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>**Rückkehr der Seuchen**

Asylsucher schleppen häufig Antibiotika-resistente Krankheitserreger ein

In letzter Zeit häufen sich die Meldungen über gefährliche "Superbakterien" sowie "Killerkeime". Und tatsächlich besteht hier eine Bedrohung - sogar in doppelter Hinsicht. Zum einen, weil nun längst überwunden geglaubte Seuchen zurückkehren, zum anderen wegen der zunehmenden Resistenz der Erreger.

Vermeintlich "mittelalterliche" Krankheiten wie Pest oder Lepra starben nie völlig aus. Die Bakterien überlebten in vielen entlegenen Regionen der Welt und sorgten dort permanent für weitere Infektionen. Im Falle des "Schwarzen Todes" resultierte dies daraus, daß immerhin 200 Säugetier- und 80 Floh-Arten Träger des Pest-Bazillus (*Yersinia pestis*) sind. Das blieb lange ein lokales Problem, bis sich dann durch Globalisierung, Tourismus sowie Migrationsbewegungen neue und bessere Ausbreitungsmöglichkeiten ergaben.

So grassiert die Pest derzeit in Madagaskar und könnte von dort aus schnell per Linienflugzeug nach Europa gelangen. Ebenso präsent ist der "Schwarze Tod" in Zentralafrika, Südost- und Mittelasien sowie einigen westlichen Bundesstaaten der USA, wo regelmäßig Menschen erkranken, darunter auch Urlauber.

Die aktuell größte Gefahr geht aber von den Asylsuchern und Bürgerkriegsflüchtlingen aus, die in Massen nach Europa strömen. In Deutschland werden die Neuankömmlinge zwar grundsätzlich bei der Erstaufnahme auf meldepflichtige Krankheiten untersucht, aber zahlreiche tauchen vor ihrer Registrierung ab. Obwohl sie nun allerlei ansteckende Leiden behandeln müssen, die bisher bloß in ihren Lehrbüchern vorkamen, spielen manche Mediziner das Problem auf ignorante Weise herunter. Man verfüge doch hierzulande über ein hervorragendes Gesundheitssystem und hochwirksame Medikamente, argumentieren sie.

Dabei könnte sich zumindest letzteres sehr bald ändern, denn die Asylsucher bringen nicht nur altbekannte Keime mit, sondern auch erst kürzlich entdeckte Mikroben wie Carbapenem-resistente Enterobakterien (CRE). Gegen die hilft teilweise nicht ein einziges der derzeit verfügbaren Antibiotika, und sie sind zudem noch leicht von Mensch zu Mensch übertragbar. Einige dieser Superkeime stammen aus den Abwässern asiatischer Pharmafabriken, wie kürzlich durch Recherchen deutscher Medien aufgedeckt wurde. Andere wiederum finden sich vor allem in Nordafrika und auf dem Balkan.

Solche Erreger lauern dann im Organismus der Asylbewerber, die auf diesem Wege nach Deutschland gelangen. Das zeigen unter anderem Untersuchungen des Instituts für Medizinische Mikrobiologie der Universität Frankfurt am Main. In 61 Prozent der analysierten Proben von Asylsuchern aus Somalia, Syrien und Afghanistan entdeckten die Wissenschaftler multi-resistente Bakterien - eine Quote, die sehr viel höher liegt als bei Menschen, "die schon länger hier leben."

Hauptursache für das häufige Vorkommen solcher Keime bei Zuwanderern ist die falsche medizinische Behandlung im Herkunftsland. Oft werden dort nämlich billige, aber ungeeignete Antibiotika verabreicht, oder man bricht die Behandlung zu zeitig ab. Die Einschleppung multiresistenter Erreger könnte zu einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes führen, wenn auch so lebensgefährliche Mikroben wie das Pestbakterium immun gegen Antibiotika werden würden.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>**Schluß mit Muhammad!**

China verbietet muslimische Namen in Unruheprovinz Xinjiang

Die chinesischen Behörden haben eine Liste mit zwei Dutzend muslimischen Vornamen mit einer separatistischen und extremistischen Nebenbedeutung aufgestellt, die ab sofort nicht mehr vergeben werden dürfen. Darunter sind Namen wie Muhammad, Arafat und Dschihad, aber auch Islam, Koran, Mekka, Imam, Saddam, Haddsch und Medina gehören dazu. Grund ist der Kampf gegen Extremismus. Betroffen sind vor allem Einwohner des westlichen Gebietes Xinjiang, in dem überwiegend Muslime leben, und wo es in der Vergangenheit vermehrt zu terroristischen Übergriffen gekommen war.

Namen sind im Orient immer von religiöser Bedeutung. Wer zum Islam übertreten will, benötigt einen neuen islamischen Namen. Das Verbot der am meisten bekannten muslimischen Namen soll den "religiösen Eifer" in der Unruheprovinz bremsen.

China hatte in den vergangenen Monaten bereits mehrere Erlasse gegen die muslimische Minderheit umgesetzt: So dürfen Frauen, die einen Gesichtsschleier tragen, keine Bahnhöfe und Flughäfen mehr betreten. Männer mit langen Bärten dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen. Selbst religiöse Beerdigungs- und Hochzeitszeremonien und Hinweise auf muslimische Symbole wie Stern oder Halbmond sind den Uiguren von der Kommunistischen Partei verboten worden.

"Menschen mit verbotenen muslimischen Namen werden in Zukunft keine Anmeldung mehr am Wohnsitz bekommen", sagte ein Polizeibeamter. Kinder ohne Anmeldung bekommen keinen Zugang zur Ausbildung, zum Gesundheits- und Sozialschutz, so der Beamte. In Xinjiang leben mehrheitlich turksprachige Uiguren (60 Prozent) und nur 40 Prozent ethnische Chinesen. Viele Uiguren und Menschenrechtsorganisationen klagen über staatliche Unterdrückung. Andererseits galt für die Uiguren das "Ein Kind Gesetz" lange Zeit nicht.

In Xinjiang kämpfen islamistische Radikale für den unabhängigen Staat "Östliches Turkestan". Seit 1990 starben Hunderte Menschen bei terroristischen Anschlägen wegen Xinjians Konfrontation mit Peking. Der schlimmste Anschlag fand vor zwei Jahren in einem buddhistischen Schrein in Bangkok in Thailand statt.

Die chinesische Regierung betrachtet Xinjiang als eine Brutstätte des islamischen Extremismus, der Gewalt und separatistischer Bestrebungen. Zugewanderte Chinesen aus dem Kernland, die sich auch äußerlich stark von den Uiguren unterscheiden, pflegen zudem einen ausgeprägten Rassismus. Viele Uiguren machen die staatlichen Beschränkungen der Religion und der Meinungsfreiheit für die Spannungen in der Region verantwortlich.

Die Regierung hat in Gesetzen 15 religiöse Verhaltensweisen aufgelistet, die angeblich die säkulare Ordnung stören. Eltern werden verpflichtet, ihre Kinder künftig an staatlichen Schulen anzumelden, islamische Schulen sind nicht mehr erlaubt. Und Zugang zu den Moscheen erhalten Muslime erst ab dem 18. Lebensjahr.

Die durch Terror gekennzeichnete weltweite islamische Wiedergeburt hat längst auch das größte Land der Erde erfaßt. Die kommunistische Partei versucht jedoch, das Übel des Terrors mit den Methoden der Kulturrevolution auszumerzen. Ob das gut geht, darf bezweifelt werden. Der IS, der längst auch in China seine Netze hat, hat bereits angekündigt, daß in "China bald ein Blutstrom strömen wird".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>**Wir sind selbst schuld**

von *Eva Herman*

Es sieht leider nicht danach aus, als ob die Politiker der EU und Deutschlands die Einwanderungskatastrophe, die derzeit Europa heimsucht, je in den Griff bekommen werden. Es ist gar nicht möglich, wenn sie so weitermachen. Wir sprechen mittlerweile von möglicherweise hunderten Millionen Menschen, die bereits auf gepackten Koffern sitzen. Wie es aussieht, scheint dieses Szenario offenbar einkalkuliert zu werden. Was das bedeuten würde, weiß jeder

von uns. Zwar wiederholt die deutsche Kanzlerin seit dem EU-Gipfel im Dezember 2016 gebetsmühlenartig das inzwischen nur noch propagandistisch wirkende Mantra: Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen, doch handeln tut sie nicht danach, außer ein paar Millionen Fördergeldern, die in die afrikanischen Länder gepumpt werden für den Aufbau einiger Flüchtlingscamps und weiterer Maßnahmen. Schrecklich zynisch!

"Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen", sagt also Merkel jetzt. Das wäre tatsächlich der richtige Weg. Denn seien wir ehrlich: Haben wir uns nicht längst mehr als genug versündigt gegen die heutigen Fluchtländer, durch NATO-Angriffskriege und finanzwirtschaftliche Ausbeutung?

Gib einem Hungernden nicht einen Fisch. Schenk ihm deine Angel. So lautet ein Sprichwort, das eine erfrischende Überlebenslogik enthält. Nehmen wir den afrikanischen Kontinent, der derzeit schwer beladen ist. Die von globalistischer Gier geleiteten Regierungen und Machtkartelle haben den Kontinent ausgeplündert, er blutet aus:

Die Rohstoffe, die seine Erde birgt, gehören ihnen, die Völker Afrikas darben vor sich hin - die Bevölkerung explodiert. Hungersnöte, soweit das Auge reicht: Not, Elend, Schmerzen, Todesqualen, Millionen sind es, Kinder, Alte, Frauen und Männer - während der zivilisierte Europäer des Abends im Polstersessel, mit dem Rotweinglas in der Hand, den Hungernden in Afrika großzügig 20 Euro spendet.

So sprachen die Vereinten Nationen jetzt, angesichts der Hungersnot in Somalia, von der größten humanitären Krise nach dem Zweiten Weltkrieg. Etwa sechs Millionen Menschen brauchen dort dringend Lebensmittel. Doch auch im Südsudan, Nigeria und im Jemen, der durch eine vom Westen unterstützte Militärintervention inzwischen nahezu brachliegt, verschärfen sich die Hungerkrisen stetig.

Und so beklagen sich die Vereinten Nationen darüber, daß in vielen Flüchtlingslagern die Nahrungsmittelhilfe sogar gekürzt werden mußte. Wie bitte? Gekürzt? Warum denn das? Weil das Geld nicht ausreicht? Genau so sieht es aus. Es trifft die Ärmsten der Armen, denen letztlich doch nichts anderes übrig bleibt, als zu fliehen. So, wie es im Frühjahr 2015 geschah, als die winzige Überlebenssumme für Flüchtlinge von etwas über 30 Dollar im Monat auf unter die Hälfte gekürzt wurde: zum Sterben zu viel, doch zum Leben zu wenig. Millionen traten den Weg nach Europa an, und die Verantwortlichen wußten es genau.

Die Welt steht nun vor der größten humanitären Katastrophe seit 1945. Mit diesem dramatischen Appell hatte sich der Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen, Stephen O'Brien, vergangene Woche an die internationale Gemeinschaft gewandt. Rund 20 Millionen Menschen in den vier Krisenstaaten Somalia, Südsudan, Nigeria und Jemen drohe der Hungertod. Die UN benötigen bis Mitte dieses Jahres 4,4 Milliarden Dollar, um das Schlimmste zu verhindern.

Ansonsten werden die Menschen dort schlicht und einfach den Hungertod sterben. So heißt es ganz offiziell. Wir wiederholen: 4,4 Milliarden Euro! Wir merken uns diesen Betrag, mit dem laut den UN das Leben von zirka 20 Millionen Menschen gerettet werden könnte.

Und nun schalten wir um nach Deutschland. Hier lesen wir Anfang des Jahres 2017 in der Presse, Deutschland habe 2016 bislang etwa 22 Milliarden Euro für die Bewältigung der sogenannten Flüchtlingskrise ausgegeben. Doch dabei werde es natürlich nicht bleiben. Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Asylsucher würden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 sogar knapp 50 Milliarden Euro kosten. Pro Jahr, versteht sich.

Bernd Raffelhüschen, Professor für Finanzwissenschaft und Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, rechnet gar mit 75 Milliarden pro Jahr. Das alles bei nur einer Million Immigranten (was ja längst um mindestens das Doppelte überschritten ist).

Der Finanzwissenschaftler hat berechnet, "daß eine Million Flüchtlinge den deutschen Staat per saldo und auf die Dauer 450 Milliarden Euro kosten würden, also 450.000 Euro pro Kopf". Bei seiner Rechnung unterstellt er, daß sie nach sechs Jahren so integriert sein würden, "wie es die bislang schon in Deutschland anwesenden Altmigranten im Durchschnitt sind". Somit ergeben sich 75 Milliarden Euro pro Jahr - bei nur einer Million Asylsuchern. Im Vergleich zu den Gesamtausgaben des Haushaltsplanes 2015 von 299,1 Milliarden Euro ist das ein Viertel aller Staatsausgaben - 25,07 Prozent.

Wir sollten jedoch gleich realistisch rechnen, denn, wie erwähnt, sind seit 2015 nicht eine Million, sondern inzwischen, offiziell, mindestens zwei Millionen Einwanderer nach Deutschland gekommen. Die Dunkelziffer indes dürfte weitaus höher liegen, alleine die hohe Zahl der Illegalen fällt bei all den Statistiken unter den Tisch. Zentral erhoben werden schließlich nur die gestellten Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Dunkelziffer der eingewanderten Sozialbetrüger, die bis zu zwölf Mal unter jeweils anderer Identität in unterschiedlichen Gemeinden Deutschlands sich haben Sozialbeiträge auszahlen lassen, rechnen wir hier jetzt auch nicht mit ein.

Viele andere Kosten, die in den hier vorliegenden Statistiken nicht mit aufgeführt werden, die beispielsweise mit der extrem hohen Kriminalitätsrate in Zusammenhang stehen, lassen wir ebenfalls außer Acht. Wir multiplizieren die von Raffelhüschen errechneten 75 Milliarden Euro pro Jahr mit zwei (Millionen Asylsucher). Das macht mindestens 150 Milliarden Euro pro Jahr, die Deutschland aufbringen muß für die sogenannte Flüchtlingskrise.

Nun schauen wir noch einmal zurück zu dem jüngst von den Vereinten Nationen veröffentlichten Hilferuf: Die UN benötigen bis Mitte 2017 ganze 4,4 Milliarden Dollar, um das Schlimmste zu verhindern. "Ansonsten werden 20 Millionen Menschen dort schlicht und einfach den Hungertod sterben." Doch, so die "Tagesschau", "das nötige Geld kommt nicht zusammen". Im laufenden Jahr haben die UN gerade mal sieben Prozent der geforderten Spenden erhalten.

"In einer Verteilstation in einem entlegenen Dorf in Somaliland kam es zu Tumulten unter den hungrigen und durstigen Menschen. Weil sie wußten, daß die Reissäcke nicht für alle ausreichen werden. Weil viele von ihnen ein krankes, manche sogar ein sterbendes Kind in den Armen hielten." Im Jemen warnen Hilfsorganisationen vor einer Katastrophe "biblischen Ausmaßes". Diese drohe spätestens, sollte Saudi-Arabien mit Hilfe der USA die Hafenstadt Hudaida erobern.

Was machen wir hier nur? Wo sind Verstand, Logik und Herz geblieben? Können Sie eigentlich noch ruhig schlafen?<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>**Liebet eure Feinde - aber bitte nicht die AfD**

Mit unversöhnlichem Haß reagieren die Kirchenoberen auf die neue Partei, dabei findet sie gerade unter Christen viele Anhänger

Der evangelische Kirchentag in Berlin und Wittenberg vom 24. bis 28. Mai ist keine Ausnahme: Die Vertreter der AfD werden weitgehend ausgegrenzt, die Partei als unchristlich verdammt. Nichts könnte falscher sein.

Jeder Event, jedes Festival hat seinen Star. Der Deutsche Evangelische Kirchentag auch. 2003, beim ökumenischen Großtreffen in Berlin, war es der Dalai Lama. In diesem Jahr, wieder in der Bundeshauptstadt und mitten im Luther-Gedenken, wird Barack Obama der Publikumsmagnet sein. Der ehemalige US-Präsident, Mitglied der United Church of Christ, will am 25. Mai am Brandenburger Tor mit Bundeskanzlerin Angela Merkel diskutieren. Das eher profane Thema: "Engagiert Demokratie gestalten - Zuhause und in der Welt Verantwortung übernehmen."

Das kommt längst nicht bei allen gut an. "Reine Politshow", sagt der ZDF-Moderator und

evangelikale Bestsellerautor Peter Hahne: "Warum spricht Obama nicht mit jungen Christen über Jesus, Glauben, Bibel, Luther?" Die Antwort, das weiß der ehemalige EKD-Synodale Hahne nur zu gut, liegt auf der Hand: Weil sich in der zerklüfteten Kirche der Reformation weithin Sprachlosigkeit in Glaubensdingen ausgebreitet hat. Politik sticht Theologie aus.

Wie sagte der damalige Ratsvorsitzende Manfred Kock 1998 auf der Synode im westfälischen Münster: "Wir trauen der christlichen Botschaft nicht zu, die Ohren und Herzen der Zeitgenossen zu erreichen und stürzen uns deshalb auf die aktuellen Fragen, von denen in der Öffentlichkeit die Rede ist." Es sei ein Irrglaube anzunehmen, die Kirche würde dadurch mehr Aufmerksamkeit erreichen.

Das sieht, von eher liberaler Warte her, Friedrich Wilhelm Graf ähnlich. Graf ist emeritierter evangelischer Theologieprofessor. Er hat über Jahrzehnte das öffentliche Gebaren von "Gottes Bodenpersonal" verfolgt. Seine Beobachtungen faßte er in einem Katalog von "Kardinal-Untugenden" protestantischer und auch katholischer Amtsträger zusammen. Graf rügte den "autoritären, oft auch besserwisserischen Habitus, mit dem manche Bischöfe in den öffentlichen politischen Streit intervenieren".

Als sein schmales Bändchen "Kirchendämmerung" 2011 erschien, war noch nicht von der AfD die Rede. Doch läßt sich mit Grafs Befund haargenau die Selbstherrlichkeit belegen, mit der Repräsentanten der Amtskirchen der noch relativ jungen Partei begegnen.

Zum 36. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin und Wittenberg, einem Großereignis im Luther-Jahr unter dem etwas schlichten Motto "Du siehst mich", bei dem etablierte Parteien in Gruppenstärke Schau laufen, hat man halbherzig und erst nach einigen verbalen Verrenkungen eine (!) AfD-Vertreterin zu einem Streitgespräch mit dem Berliner Bischof Markus Dröge eingeladen: Anette Schultner, Sprecherin der Bundesvereinigung "Christen in der AfD".

Selbst gegen diese Mini-Vertretung regte sich Widerstand. Die Kirchentagsleitung wurde massenhaft mit Petitionen eingedeckt, die Zulassung wieder zurückzunehmen. Immerhin: Es bleibt dabei. Die Dame wird es freilich nicht leicht haben. Der geplante Disput ist Teil des, man staune, Schwerpunktprogramms "Reiz und Risiko von Verschwörungstheorien" und "Wiederkehr des völkischen Denkens".

Wie immer man zu dieser kleinen Lösung stehen mag: Die Protestanten machen etwas, was die katholischen Geschwister, genauer: die Leitung des 100. Deutschen Katholikentages 2016 in Leipzig abgelehnt hatte. Der kategorische Ausschluß der AfD von den Podien dieses Laientreffens wurde in der öffentlichen Wahrnehmung zur eigentlichen Botschaft aus der Messestadt an der Pleiße. Es hatte durchaus Warnungen vor einer "Ausschließeritis" gegeben. Durchgesetzt hat sich aber dann das (was für ein martialisches Wort) Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).

Dabei war man, und das gilt für beide Konfessionen, stets stolz auf die "gesellschaftlichen Labore", wie die großen Christentreffen genannt wurden. Es konnten neue, auch unbequeme, radikale Positionen diskutiert werden. In Leipzig hingegen blieben die Menschen mit der politisch korrekten Gesinnung unter sich. Das ging selbst dem Chef der Katholischen Nachrichten-Agentur, Ludwig Ring-Eifel gegen den Strich. Zweifelnd fragte er in seinem Kommentar "Ob das eine freie Gesellschaft weiterbringt?"

Der schroffe Umgang der ZdK-Spitze mit der AfD hat einen sachlichen Diskurs über die Flüchtlingsfrage verhindert. Beide Seiten verhedderten sich in Polemik. Von AfD-Seite wurde die Kirche als "Asylindustrieverband", der das Gespräch mit der Partei wegen der Angst vor "Geschäftsschädigung" ablehne, geschmäht. Die Bischofskonferenz antwortete: "Gequatsche". Und während des jüngsten Bundesparteitages der AfD in Köln lud die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) zu Veranstaltungen unter dem anzüglichen Motto "Unser Kreuz hat keine Haken" ein. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentierte: "Kirchen sind

weder Verfassungsschutz noch politische Parteien noch öffentliche Hygieneanstalten."

Das begreift die Basis besser als die Spitze: Es geht ein Riß durch die Kirchen. Die Herde folgt nicht unbedingt ihren Hirten. 15 Prozent der Katholiken würden der AfD ihre Stimme geben, hat das Erfurter Meinungsforschungsinstitut Insa herausgefunden. Am Umgang mit dem Asylproblem scheiden sich die Geister.

Vielen als konservativ bezeichneten Christen stößt bitter auf, daß Kirchenleiter, was die Aufnahme von Asylbewerbern und Zuwanderern angeht, keinen Unterschied zwischen den Religionen und Konfessionen machen. "Sind wir schon soweit, daß wir aus Gründen der Politischen Korrektheit die Mahnung des Apostels Paulus vergessen haben?", meldete sich im Internet ein katholischer Philosophieprofessor zu Wort. "Helft zuerst Euren Brüdern", lautet die Forderung des Apostels.

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry, eine Protestantin, hat Anfang des Jahres in einem Streitgespräch mit dem rheinischen Präses Manfred Rakowski den Kirchen vorgehalten: "Wer für unsere Situation das Gleichnis vom barmherzigen Samariter heranzieht, vergewaltigt biblisches Wissen." Der Kirche gehe das Bewußtsein dafür verloren, daß Barmherzigkeit und Toleranz gegenüber Fremden nur möglich seien, wenn der Rechtsstaat funktioniere, also kein "Staatsversagen" vorliege.

Die EKD schwingt die Keule gegen jeden, der Barmherzigkeit anders buchstabiert als die Apologeten einer naiven "Willkommenskultur". In Einzelfällen mag das berechtigt sein. Wenn allerdings Kritik an der Zuwanderung und der Ruf nach einer "Willkommenskultur für einheimischen Nachwuchs" pauschal als unchristlich verdammt werden, überdehnt die Kirche das von ihr reklamierte gesellschaftliche Wächteramt.

Vor dem Kirchentag in Berlin und in der Lutherstadt Wittenberg lohnt sich ein Blick auf die politische Szene in Sachsen-Anhalt. Gottfried Backhaus ist Landtagsabgeordneter und Gründungsmitglied der "Christen in der AfD". Die Kirchen, sagt er, agierten wie rot-grüne Arbeitskreise, sie grenzten Andersdenkende in ihren Gemeinden aus: "Man will gar nicht reden. Mir ist fast die Zeit zu schade, immer und immer wieder den Austausch zu suchen." Dabei ist seine Partei diejenige, die in jüngster Zeit "klare Kante" in ethischen Fragen gezeigt hat.

Man muß sie ja nicht mögen, aber man sollte nicht darüber hinweg sehen: Entschiedener als andere, etwa SPD, Grüne und FDP, die selbstverständlich bei Kirchentagen gern gesehen sind, hat sich die AfD klar für den Lebensschutz eingesetzt. Sie bekennt sich zur Ehe als einer Verbindung von Mann und Frau, offen für Kinder. Sie tritt der - von der EKD gepflegten - modernistischen Gender-Ideologie, für die vor Jahren im hessischen Gelnhausen ein eigenes Studienzentrum eingerichtet worden war, entgegen.

Zum Christentreffen in Berlin und Wittenberg hat die von Bischof Dröge geleitete Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz ein besonderes Event geplant: eine "Trauung für alle". Auf der Facebookseite des Kirchentages beschrieb eine Teilnehmerin ihre Erwartungen: "Ich freue mich besonders auf die Trauung homosexueller Paare." Ein anderer Forumsteilnehmer konterte kurz und knapp: "Abscheulich, was dieser 'Kirchentag' hier veranstaltet."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>**Inquisition**

Erschütterndes hat sich im französischen Illkirch, Standort des unter Terrorverdacht stehenden Bundeswehroffiziers Franco A., ereignet, wurden in der Kaserne doch "Hinweise auf rechtes und völkisches Gedankengut" gefunden, wie die Bundeswehr mitteilte. Konkret geht es um ein Gewehrgehäuse, in das ein Hakenkreuz eingeritzt ist.

So etwas zu tun, ist zweifellos dumm und geschmacklos, aber nicht unbedingt ein Hinweis auf eine rechtsextremistische Gesinnung. Außerdem entdeckten die Ermittler in einer Toilette eine Kritzelei, die "H ... H" heißen könnte. Und das kann selbstverständlich für nichts anderes als

für "Heil Hitler" stehen. Oder auch nicht, denn die Ermittler mußten zugeben, daß es auch "H ... J" heißen könnte. Ganz schlimm ist aber, daß in einigen Räumen "Devotionalien der Wehrmacht" wie die gerahmte Abbildung eines Wehrmachtsoldaten in einem Aufenthaltsraum zu finden waren.

Letzteres hat sogleich Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf den Plan gerufen. Die will jetzt das Traditionsverständnis in der Bundeswehr überprüfen. Bei einem Besuch in Illkirch erklärte sie, die Wehrmacht dürfe "in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr" sein. Einzige Ausnahme seien "einige herausragende Einzeltaten im Widerstand". Ansonsten habe die Wehrmacht "nichts mit der Bundeswehr gemein". Daß sie dafür aus den Reihen der Bundeswehr keinen Widerspruch erntet, versteht sich von selbst.

Was aber mag ihr Amtsvorgänger und Kabinettskollege Thomas de Maizière davon halten? Immerhin war dessen Vater Generalstabsoffizier eben dieser Wehrmacht und später mit zehntausenden anderen ehemaligen Wehrmachtsoldaten am Aufbau der Bundeswehr beteiligt, in der er sogar zum Generalinspekteur aufstieg. Und das ganz ohne jegliche Widerstands-Meriten.

Es ist eine für uns Deutsche schmerzliche historische Tatsache, daß die Wehrmacht auch ein Instrument des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges war. Dementsprechend war ein Teil ihrer Angehörigen an Verbrechen beteiligt.

Die allermeisten Soldaten haben jedoch in tadelloser Haltung ihren Dienst versehen und ritterlich gekämpft. Ein Pauschalurteil über nicht weniger als 19 Millionen Menschen, die in der Wehrmacht gedient haben, verbietet sich.

Wie gut, daß sich die Ministerin bei ihrem Gesinnungs-Feldzug auf gehorsame Inquisitoren wie Generalmajor Bernd Schütt, Kommandeur der 10. Panzerdivision, verlassen kann. Angehörige seiner Division berichten aus verschiedenen Standorten übereinstimmend, daß auf seinen Befehl Ende vergangener Woche sämtliche Kasernenräume durchsucht, "verdächtige" Materialien fotografiert, dokumentiert und die Soldaten, denen solche Materialien zugeordnet werden konnten, erfaßt wurden.

In der Wehrmacht gab es die Funktion des "Nationalsozialistischen Führungsoffiziers", der für die weltanschauliche Zuverlässigkeit der Truppe zu sorgen hatte. Darüber, wie diese Funktion in der Bundeswehr heißen soll, ist noch nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Aber offensichtlich haben die Wehrmacht und die Bundeswehr eben doch mehr gemein, als die Chef-Inquisitorin von der Leyen glaubt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Mai 2017: >>**Energiewende durch die Hintertür**

EU sagt der Braunkohle den Kampf an - Berliner Senat will den Ausstieg bis Ende des Jahres

Die Landesregierungen in Potsdam und Dresden wollten der Braunkohlewirtschaft in der Lausitz eigentlich noch eine längere Perspektive geben. Eine neue EU-Regelung macht nun allerdings einen vorzeitigen Ausstieg immer wahrscheinlicher.

Bereits am 9. Mai hat der Berliner Senat den Entwurf für eine Novelle des Berliner Energiewendegesetzes beschlossen. Nach dem Willen der rot-rot-grünen Koalition soll in der deutschen Hauptstadt bereits bis Ende dieses Jahres der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung erfolgen. Bis 2030 will der Senat zudem auch auf Steinkohle als Energieträger verzichten. Bislang nutzen sechs Berliner Kraftwerke Kohle zur Erzeugung von Strom oder zur Fernwärmeversorgung.

Eine andere Entwicklung könnte für die Braunkohletagebaue in der Lausitz noch stärkere Folgen haben. Ende April hat die EU gegen die Stimmen Deutschlands, Polens und Tschechiens eine Verschärfung der Emissionswerte von Kraftwerken auf den Weg gebracht. Bis 2021 müssen die EU-Mitgliedsstaaten nun die strengeren Grenzwerte für Stickoxide, Schwefeldi-

oxid, Feinstaub und Quecksilber in nationales Recht umsetzen. Das Bundesumweltministerium begrüßte zwar den Großteil des Beschlusses, auf Ablehnung stößt allerdings die neue Obergrenze von 175 Gramm Stickoxid pro Kubikmeter für Braunkohlekraftwerke, die als "nicht sachgerecht" bezeichnet wird.

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) kritisiert die Verschärfung der Grenzwerte im Ton deutlich schärfer. Der Bundesregierung warf Tillich fehlendes Engagement zur Verhinderung der Neuregelung vor und warnte vor einem Braunkohleausstieg durch die Hintertür.

Gegenüber dem Sender MDR sagte Tillich, daß Sachsen gegenüber der Bundesregierung deutlich gemacht habe, "daß nicht nur die Braunkohleförderländer, sondern auch die deutsche Industrie diese Werte beim Stand der Technik weltweit durch keines der Kohlekraftwerke einhalten kann und dies eine Belastung der Kohleverstromung bedeuten würde".

Aus Sicht des sächsischen Ministerpräsidenten könnten die Betreiber der Kohlekraftwerke in der Lausitz nun zu einer Stilllegung bis 2030 gezwungen sein. Der genannte Zeitrahmen hat einen ganz konkreten Hintergrund. Zum einen kommen auf die Kraftwerksbetreiber beträchtliche Kosten zu, wenn sie ältere Anlagen mit Katalysatoren nachrüsten müssen. Eine Sonderregelung sieht wiederum vor, daß Kraftwerke als Ausnahme behandelt werden, wenn sie bis zum Jahr 2030 stillgelegt werden. Beide Faktoren könnten den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung tatsächlich beschleunigen.

Die Verschärfung der Grenzwerte droht allerdings nicht nur für die Tagebaue im Nordosten Sachsens Folgen zu haben. Laut einer Untersuchung des Institute for Energy Economics and Financial Analysis werden die verschärften EU-Grenzwerte dazu führen, daß das bereits 1981 in Betrieb genommenen brandenburgische Kohlekraftwerk Jänschwalde nach 2021 wahrscheinlich keine wirtschaftliche Zukunft mehr hat.

Der Betreiber des Kraftwerks, die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG), hatte erst im März ein neues Revierkonzept vorgelegt, das ohnehin bereits von deutlicher Skepsis geprägt war. Im Papier enthalten war ein Verzicht auf eine Erweiterung des Tagebaus Jänschwalde und auch die Erklärung, vorerst keine neuen Tagebaue erschließen zu wollen. Erst in zirka drei Jahren will die LEAG über ein weiteres Vorgehen entscheiden, wenn mehr Klarheit über die weiteren Rahmenbedingungen herrscht. Mit dieser Entwicklung ist fraglich, ob die Braunkohleverstromung in der Lausitz als "Brückentechnologie" tatsächlich noch eine jahrzehntelange Perspektive hat.

Dessen ungeachtet hat Brandenburgs Landesregierung vor kurzem ein politisches Signal gesetzt. Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) erklärte am 10. Mai, die Landesregierung wolle an der Braunkohle festhalten. Gerber kündigte zudem an, noch bis zum Herbst eine Energiestrategie bis zum Jahr 2030 vorzulegen, in der die Braunkohle eine zentrale Rolle spielen soll.

Tatsächlich hätte ein baldiges Aus für die Kohleverstromung weitreichende Folgen: Mehrere Zehntausend Arbeitsplätze und Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung hängen in Brandenburg und Sachsen direkt und indirekt von der Braunkohle ab. Trotz des Ausbaus der Erneuerbaren Energien wird zudem auch immer noch gut ein Viertel des Stroms in Deutschland über den Energieträger Braunkohle erzeugt. Damit nicht genug. Deutschlands Kohlekraftwerke leisten mit ihrer Grundlastfähigkeit bislang einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Im Gegensatz zu den Windenergie- und Photovoltaikanlagen liefern sie nämlich mit konstanter Zuverlässigkeit Strom und sorgen für eine Frequenzstabilität im Stromnetz.

Der Bundesverband Braunkohle hat zudem auf Prognosen hingewiesen, wonach in den nächsten drei Jahrzehnten noch einmal mit einem deutlichen Anstieg der Stromnachfrage zu rechnen sein soll.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Mai 2017 (x887/...):

>>Stoff für ein Erdbeben

Die Steuer- und Abgabenbelastung der Deutschen ist ein Skandal

Steuerzahler werden mit den weltweit zweithöchsten Sätzen geschröpft, Sparer enteignet. Wo bleibt die Entrüstung der Bürger?

Die Frage nach möglichen Steuerentlastungen hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" mit einer denkwürdigen Einlassung gekontert: Die Menschen sollten wissen, "daß Geld nicht alles ist". Aus diesen Worten spricht eine Herablassung gegenüber den Bürgern und Steuerzahlern, die (zumal in einem Wahljahr) nur jemand öffentlich preiszugeben wagt, der sich sehr, sehr sicher fühlt in seiner Macht.

Schäuble meint, es sich leisten zu können. Die Schulz-Euphorie ist jäh verebbt, die AfD dümpelt dahin und die Deutschen scharen sich laut Umfragen wieder um Kanzlerin Merkel. Der Sieg der Union in vier Monaten scheint so gut wie ausgemacht zu sein.

Die bemerkenswert stümperhaft vorgetragenen Steuervorstellungen der SPD tun ein Übriges: Dort geht es in der Tendenz sogar um noch höhere Belastungen der Bürger, obwohl Deutschland schon heute weltweiter Spitzenreiter bei der Steuer- und Abgabenbelastung ist, der nur noch vom kleinen Belgien übertrumpft wird.

Doch wie es derzeit aussieht, bleibt dieser Skandal bei den Bundestagswahlen im September ungestraft. Dabei bildet die Statistik selbst nur einen Teil der tatsächlichen Summen ab, die der Staat den Deutschen abknöpft. Er geht ihnen auch direkt an die Ersparnisse. Die DZ Bank schätzt, daß den Bürgern der Bundesrepublik seit 2010 satte 436 Milliarden Euro an Zinseinnahmen entgangen sind, wenn man die Zinssätze der Jahre 1998 bis 2008 zum Vergleich nimmt.

Die Ersparnisse lagern großenteils in Renten- oder Lebensversicherungen, deren Träger das Geld laut Gesetz hauptsächlich in Staatsanleihen anlegen müssen. Es ist also der Staat, der seinen Bürgern per Euro-Nullzinspolitik die Zinsen vorenthält und sie auf diese Weise mittels Geldentwertung Schritt für Schritt enteignet.

Wo das viele Geld bleibt? Offensichtlich versandet ein Gutteil in einem ineffizienten, aufgeblähten Apparat. Es sind vor allem die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, welche die Deutschen überdurchschnittlich stark schröpfen. Sie kosten deutlich mehr als in den skandinavischen Ländern, die mit viel weniger Geld ein vorbildliches Sozialsystem finanziert bekommen.

Dann kostet die Asylflut vermutlich schon mehr als die Verteidigung. Und schließlich geht die Bundesrepublik immer weiter steigende Garantien für reformunwillige, klamme Euro-Südstaaten ein. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) hat erst dieser Tage wieder gefordert, noch mehr deutsche Milliarden ins bankrotte Griechenland zu pumpen.

All das sollte bei den Wahlbürgern eigentlich ein politisches Erdbeben auslösen. Schäubles offene Arroganz deutet jedoch darauf hin, daß dies niemand in Berlin befürchtet.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 1. Juni 2017 (x1.000/...):

>>Wie die 68er-Bewegung die Schlüsselpositionen im Staat besetzte

... Nach der russischen Oktoberrevolution 1917 versuchten die Kräfte hinter ihrem Anführer Lenin, den Kommunismus weltweit zu verbreiten. In Deutschland scheiterten Versuche, eine offene Revolution loszutreten am mangelnden Interesse der Bevölkerung. Weil in Deutschland eine Machtergreifung der Kommunisten mittels Revolution - wie 1917 in Rußland - nicht möglich war, mußte eine andere Strategie zum Zuge kommen. In seinem Buch "Rot-Grüne Lebenslügen" beschrieb Torsten Mann, wie die Kommunisten in Deutschland den Weg der Langzeit-Unterwanderung gingen.

Umgesetzt wurde diese durch die 68er-Bewegung, die Schlüsselpositionen im Staat besetzte. Man prägte seit den 50er Jahren gezielt Studenten mit den Lehren der marxistischen "Frank-

furter Schule". Die "Frankfurter Schule" wurde 1923 als "Institut für Marxismus" gegründet und später umbenannt in "Institut für Sozialforschung". Das Leitmotiv hieß: "Kritisieren bis zur Zersetzung". Das meint, die Ablehnung und Zersetzung jeder bestehenden Ordnung. Ziel war die traditionelle Familie aufzulösen und zu ersetzen durch: andere Lebensgemeinschaften, Feminismus, schrankenlosen Sex und antiautoritäre Erziehung.

Der Kampf galt der bürgerlichen Moral, den christlichen Werten und jeglicher Autorität. Durch die Propaganda der "Frankfurter Schule" entstand eine rebellierende Studentenbewegung - die 68er-Bewegung, - die sich auf die etablierten Parteien verteilte, ohne ihre marxistische Gesinnung offen zur Schau zu tragen.

Die 68er vollzogen demnach den von Wortführer Rudi Dutschke geforderten "Langen Marsch durch die Institutionen" - das heißt, anstelle einer schnellen Revolution besetzten sie in vielen Schritten über lange Zeit hinweg die Schlüsselpositionen im Staat: vor allem im Bildungswesen, in der Justiz und in den Medien. So begann man von innen her schrittweise das umzusetzen, was auf revolutionärem Wege nicht gelang.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 5. Juni 2017 (x1.064): >>**Deutschland - ein besetztes Land**

Merkels Deutschland, Merkels Europa - ein lauer deutscher Sommerabend und eine spontane Diskussion an einem Stammtisch in Köln-Ehrenfeld.

von *Werner Rügemer*

Ich ging an diesem lauen Abend durch die Straßen meines Stadtteils, in dem ich schon lange wohne. Als ich an einer der zahlreichen Szenekneipen vorbeikam, die hier seit einigen Jahren sich immer zahlreicher ausbreiten und viel jugendliches Publikum anziehen, viele Studenten, junge Medienleute, auch ein hier geachteter Witzemacher wie Jan Böhmermann wohnt um die Ecke - als ich also an einer dieser Kneipen vorbeikam, sah ich unsere Bundeskanzlerin auf dem üblichen großen TV-Bildschirm. Sie hielt tapfer einen gläsernen, dicken, halbleeren Ein-Liter-Bierkrug in die Höhe und lächelte.

Sie guckte in einer Mischung zwischen frech und unsicher und schien Zustimmung zu erwarten. Sie saß in einem Bierzelt im Münchner Vorort Trudering, in einer Veranstaltung ihrer bayerischen Schwesterpartei CSU, so wurde erklärt. Da ich mich unter anderem für die heute wichtigen Formen des Populismus interessiere, besonders der Variante der angeblich christlichen deutschen Regierungschefin, blieb ich stehen und beugte mich durchs offene Fenster, um die Merkel besser mitzukriegen. Sie hatte jetzt den Bierkrug nicht mehr in der Hand und deklamierte an einem Pult ins Mikrofon: "Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen."

Eine Gruppe junger Frauen und Männer saß in der Nähe des Fensters um einen runden Tisch. Einer erkannte mich und rief - wir hatten schon ein paarmal kurz diskutiert, in meiner Stammkneipe in der Nachbarstraße: "He, komm doch rein! Du kennst dich doch aus! Die Merkel erzählt doch Unsinn! Das ist doch die mächtigste Arschkriecherin Europas, stimmt's oder hab ich recht?"

Ich setzte mich zu den jungen Leuten, die mir freundlich einen Stuhl beizogen. "Mächtigste Arschkriecherin Europas? Wie kommt Ihr darauf?" fragte ich. Eine junge Frau warf sofort ein: "Das hat der Jörg gesagt. Ich finde aber, daß die Merkel recht hat. Wir Europäer müssen uns endlich von den Amis selbständig machen, jedenfalls wenn sie von diesem Trump regiert werden."

Ich ergriff gern die Gelegenheit und begann der aufmerksamen Runde meine angesammelten Kenntnisse in meiner rein sachlichen Weise auszubreiten. Ich begann damit etwas zwinkernd oberlehrerhaft, was aber scheinbar nicht schlecht ankam: "Ihr wißt ja, daß Deutschland Mitglied der NATO und der wichtigste Freund der USA in Europa ist, oder?" Alle nickten ungeduldig. "Ok", fuhr ich fort, "dann wißt Ihr auch, daß die USA in Deutschland mehr militäri-

sche Stützpunkte betreiben als in jedem anderen Staat der Welt."

Da blickten sie ungläubig. "Also dann ratet mal, wieviel und was für Militärstützpunkte die USA in Deutschland betreiben", gab ich in die Runde. Sie blickten sich fragend an. "Ja, in Ramstein", antwortete einer, der türkisch aussah, "da haben die einen Flugplatz und ein großes Krankenhaus. Ich glaube, das liegt in der Eifel. Truppen- und Materialtransporte nach Afghanistan, in den Irak und so weiter." "Und Drohnen-Station", rief ein anderer. Ich fragte nach: "Und was haben wir da noch?" Da gebe es vielleicht noch ein paar Standorte, die nach dem letzten Krieg hier eingerichtet wurden und noch nicht abgezogen sind, wurde vermutet.

"Um es kurz zu machen", erklärte ich, "die USA haben in Deutschland ungefähr zwei Dutzend Militärstandorte. Da hat die Bundesregierung nichts zu sagen. Die werden laufend modernisiert. Dazu gehört die Lagerung von Atomsprengköpfen. Dazu gehören auch ganz neue Standorte wie AFRICOM bei Stuttgart, von wo aus Afrika überwacht wird und Drohnen gelenkt werden. Dazu gehören europäische Kommandozentralen für das US-Militär und auch für die NATO. Dazu gehört der Rüstungskonzern General Dynamics, der in Kaiserslautern produziert und dessen Produkte nicht der deutschen Exportkontrolle unterliegen, und so weiter."

Ich brach die Aufzählung ab. Eine junge Frau fragte zögernd: "Dann sind wir ja ein besetztes Land, wenn das stimmt? Wieso sagt die Merkel nichts dazu?" Da fühlte sich der junge Mann bestätigt, der mich gerufen hatte: "Genau, sag ich's doch: Die Merkel ist die mächtigste Arschkriecherin Europas, die Amis haben kein Land so im Griff wie Deutschland. Ich sage nur: Edward Snowden! NSA! Merkel-Handy!"

Der laue Sommerabend in der offenen Kneipe wurde noch lang, da wurde noch einiges an Fritz Kola, Wasser, Rosé und auch ein bißchen Kölsch getrunken. Eine freundliche junge Frau mit dunklen lockigen Haaren bediente uns. Wie sich rausstellte, hatten doch alle irgendwas gehört, jeder und jede erzählte was: Die schon von Obama angeordnete Aufrüstung der europäischen NATO-Staaten und der Aufmarsch an der russischen Grenze. Die CIA-Folterungen in osteuropäischen Gefängnissen, jedenfalls vor ein paar Jahren.

Die US-Militärstadt Bondsteel im Kosovo. Die vielen neuen NATO-Mitglieder in Osteuropa und auf dem Balkan. Aus einem jungen Mann mit kleinen Eisenringen an beiden Ohrläppchen, der bisher nichts gesagt hatte, brach es plötzlich heraus: Die USA hätten den von Merkel geförderten Anwärter auf das Präsidentenamt in der Ukraine, den Boxer Klitschko - den hätten die USA einfach beiseitegeschoben und ihren eigenen Favoriten durchgeboxt! Und diese Frau, diese Abteilungsleiterin aus dem amerikanischen Außenministerium hätte doch "Fuck Europe!" gerufen!

Eine junge Frau, die an der Kölner Uni Politik studiert - mit kurzem Blick auf mich fügte sie das hinzu -, warf die Frage auf: Bricht denn unsere Bundeskanzlerin nicht das Grundgesetz und ihren Amtseid? Sie läßt doch zu, daß die von US-Präsidenten ohne Gerichtsverfahren angeordneten Drohnen-Tötungen über eine deutsche Relaisstation geleitet werden! Ein junger Mann, eifriger Verfasser von Wikipedia-Einträgen, behauptete:

Deutschlands und Europas Bürger und Regierungen und Unternehmen und öffentliche Einrichtungen werden nicht nur von US-Geheimdiensten ausgespäht, sondern auch von den US-Internetgiganten Google, Facebook, Microsoft, Uber und so weiter. Ein stiller Teilnehmer der Runde, der als einziger Kölsch trank, fügte plötzlich hinzu: "Und die müssen ihre Daten auch dem US-Heimatschutz-Ministerium zur Verfügung stellen, das habe ich irgendwo gelesen."

Die Runde redete sich immer tiefer hinein. Es drohte chaotisch zu werden. Der Abend war leicht und lau, die Fenster standen offen. Von den Tischen auf der Straße schwirrten gedämpfte Gesprächsfetzen herein. Einzelgänger, Gruppen und Paare schlenderten vorbei. Es war friedlich. Unvermeidlich wurde der Kampf gegen den Terrorismus gestreift und daß die USA seit Jahrzehnten islamistische Terrorgruppen ausbilden. Der Zwischenruf "Aber Putin ist doch auch böse" blieb freundlich ohne Resonanz, ich wunderte mich.

Nach Mitternacht waren noch ganz neue Stichworte aufgetaucht. Einer meinte: McKinsey sitzt im Verteidigungsministerium, in den Jobcentern, und McKinsey berät das Migrationssamt, wie Flüchtlinge möglichst schnell und kostengünstig abgeschoben werden. Eine andere Teilnehmerin unseres Stammtisches glaubte sich zu erinnern, irgendwo im Internet aufgeschnappt zu haben: In der Commerzbank, bei Daimler und jetzt auch in VW sitzen Beamte des FBI mitten in den Vorstandsbüros und müssen an das US-Justizministerium melden, was ihnen auffällt. Ich konnte mir gar nicht alles merken, was da noch alles durcheinander erzählt wurde.

Der Stammtisch, der durch Merkels Bierzelt-Auftritt zustande gekommen war, kam zu dem Beschluß: Da ist noch einiges zu klären! Der Agitator, der mich gerufen hatte, trank im Aufstehen sein Glas aus und wiederholte: "Die Merkel ist die mächtigste Arschkriecherin Europas, das ist doch wohl klar, oder?" Ich machte der Runde den Vorschlag, über eine mehr sachliche Kennzeichnung der deutschen Bundeskanzlerin nachzudenken, zum Beispiel "populistisches Vasallentum". Das schien nicht so gut anzukommen. Aber man war sowieso schon im Aufbruch.

Wir waren schon alle aufgestanden, wir waren fast die letzten Gäste. Der Pächter hatte draußen die Stühle und Tische verkettet, damit sie nicht geklaut werden - da kam die junge Griechin zu unserem Tisch, die uns den Abend über bedient hatte. Sie hatte ihre Schicht beendet und ihre Schürze abgelegt. Sie sprudelte los, als würde sie eine vorbereitete Wahlkampfreden halten. "Ich habe ja mitgekriegt, was Ihr da die ganze Zeit diskutiert habt.

Merkel will Europa stärken. Scheiße dieses starke Europa! Ich bin ausgewandert, weil ich in Griechenland nach dem Studium keine Arbeit gefunden habe. Bei uns regieren die Oligarchen, der Internationale Währungsfonds und die Deutsche Bank! In Slowenien, in Kroatien, im Kosovo sieht es noch schlimmer aus. Reiche Oligarchen und Investoren, Auswanderung, Verarmung. Das ist euer Merkel-Europa. Das solltet Ihr auch mal bedenken!"

Die Runde blickte sich etwas müde, aber interessiert an. "Wann treffen wir uns das nächste Mal?" fragte einer. "Wann sind denn deine Schichten?" fragte die Politikstudentin die griechische Bedienung.

Josef Foscepoth: Überwachtes Deutschland. Göttingen 2012 Christoph Franceschini u.a.: Spionage unter Freunden, Berlin 2017 Werner Rügemer: Der Blackrock-Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2016 Werner Rügemer: Ratingagenturen. Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart, Bielefeld 2012 Werner Rügemer: Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder, Köln 2017

Werner Rügemer

Werner Rügemer, interventionistischer Philosoph, ist Mitbegründer von "aktion gegen arbeit-sunrecht" und "Gemeingut in Bürgerinnenhand". Zuletzt erschien von ihm "Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder aus Politik und Wirtschaft, Geschichte und Kultur". ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. Juni 2017: >>**Perfider Ramadan-Rummel**

Polizisten sollen Moslems, die wegen ihrer grotesken Fastenbräuche noch reizbarer sind als sonst, in dieser Zeit erst recht mit Samthandschuhen anfassen, Schülerinnen, die zum politisch korrekten Flüchtlingsverstehen und -bewundern in eine Asylunterkunft beordert werden, mögen sich doch bitte gerade jetzt den Korangläubigen zuliebe islamkonform verhüllen, Lehrer und Arbeitgeber sollen Rücksicht auf von Fasten-Exzessen geschwächte Schüler und Mitarbeiter nehmen - hört man den Polit- und Mediengouvernanten so zu, scheint der islamische Fastenmonat Ramadan längst das wichtigste Ereignis im deutschen Festkalender geworden zu sein.

Vom politischen Aufgalopp mit Ramadan-Grußbotschaften und alljährlichem Wettlauf um

den wirksamsten Medientermin beim "Fastenbrechen-Besuch" ganz zu schweigen. Vielleicht wüßte es die immer noch christliche Bevölkerungsmehrheit im Lande ja auch zu schätzen, wenn ihre politischen Repräsentanten außer der allweihnachtlichen Volkspädagogik auch mal Grußbotschaften zu Ostern und Pfingsten senden und sich vorbildgebend in einer Kirche blicken ließen - aber da denken die nicht mal dran.

Islamisierung ist kein Hirngespinnst

Der Tanz um das goldene Kalb einer intoleranten Minderheit belegt vor allem eines: Islamisierung ist kein Hirngespinnst, sondern im vollen Gange, und die Meinungsführer im Lande haben ihre Selbst-Islamisierung bereits so verinnerlicht, daß sie sie gar nicht mehr wahrnehmen. Für die angestammte Bevölkerung ist es eine Zumutung, sich unablässig mit den archaischen Selbstaussgrenzungsbräuchen eines eingewanderten vormodernen Kults auseinandersetzen zu müssen.

Wer meint, er müsse im 21. Jahrhundert in Mitteleuropa unsinnige Religionsvorschriften wortwörtlich befolgen, selbst wenn sie der eigenen Gesundheit schaden, verdient weniger Rücksicht als Mitleid. Der allgegenwärtige Ramadan-Rummel ist Gift für die Integration und bestärkt fanatische Moslems in ihrem Auserwähltheits-Wahn: Für sie sind die Toleranz- und Rücksichtsapelle keine höfliche Geste, sondern ein weiterer Schritt zur selbstverständlich erwarteten Unterwerfung.

Die neuen Herren nur nicht provozieren

Statt den eigenen Bürgern Anpassung an islamische Rituale zu predigen, täten Medien und Politik besser daran, sie vor erhöhter Terrorgefahr und Gewaltbedrohung im Ramadan zu warnen. Für Dschihadisten gilt der Kampf gegen Ungläubige im moslemischen Fastenmonat als besonders verdienstvoll; kaum zufällig häufen sich im islambeglückten Europa in dieser Zeit alljährlich die Anschläge. Und der Anblick Ungläubiger, die ihre Bräuche nicht befolgen, ist für Islam-Besessene im Ramadan bekanntlich erst recht unerträglich. Da sitzen Fäuste und Wurfgeschosse, Messer oder auch der Nothammer dann schon mal besonders locker.

Aber solche Warnungen wären ja das Eingeständnis, mit dem Hereinlassen dieser Heerscharen einen fatalen Fehler begangen und ohne Not die eigenen Bürger gefährdet zu haben. Lieber also schiebt man denen prophylaktisch den schwarzen Peter zu und ermahnt sie, die neuen Herren nur ja nicht zu provozieren. Das macht die scheinbar so weltoffenen und verständnisvollen Aufrufe der Ramadan-Versteher zu einem perfiden und zynischen Selbstrechtfertigungs-Manöver.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Juni 2017 (x892/...): >>**Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt**

Buchbesprechung Josef Kraus:

Gleich vorab: der Mann weiß, wovon er spricht, und das sagt er seit langem schon laut und deutlich nicht nur in einer großen Zahl von Artikeln, in Talk-Shows und in Büchern. Josef Kraus ist kein Schreibtisch-Pädagoge, sondern ein Mann der Praxis, den es von Pult, Lehrzimmer und Verbandsarbeit an die Front außerhalb der Schule getrieben hat. Und er bringt so manchen Pädagogik-Apparatschik mächtig ins Schwitzen: jetzt wieder mit seinem neuen Buch.

Wer ihn auf dem 9. Civitas-Kongreß im vergangenen Jahr in Bonn erlebt hat, der weiß, wie punktgenau und kompetent Kraus seine Argumente, seine Analysen und Warnungen anbringt. Und so wird die Lektüre von "Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt" dann auch zu einem eher bedrückenden Erlebnis, zu einer Pädagogik-Tour der im Endeffekt depressiven Art, weil sie einem jegliche Illusion über das Bestehende nimmt.

Deutschland hatte ein weltweit angesehenes, effektives Bildungssystem, in dem jeder nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten optimal gefördert wurde. Derart geförderte Begabungen waren letztlich auch zum Vorteil für den fördernden Staat, konnte er doch so auf bestens aus-

gebildete Kräfte zurückgreifen.

Die höchst beeindruckenden Leistungen Deutschlands auf allen Gebieten, die enorm hohe Zahl an Nobelpreisen in den verschiedensten Disziplinen, die Wissenschaftler anderer Nationen, die weltweit eifrig deutsch als führende Wissenschaftssprache büffelten: all das ist so lange her, so lange her - genauer gesagt: es war in der "Kaiserzeit", vor allem unter dem aus durchsichtigsten Motiven von den Gegnern bzw. Konkurrenten geschmähten Wilhelm II. Es war ein Erbe, von dem noch weit über 60 Jahre später gezehrt werden konnte.

"Und was Eltern jetzt wissen müssen" ist der zweite Teil des Buchtitels. Was mit den Kindern und Jugendlichen im Schulsystem der BRD heute geschieht, wie katastrophal die Zustände sind, das zeigt Kraus detailliert, sauber belegt und messerscharf analysiert. Wer immer noch glaubt, das Schulsystem der BRD sei zumindest in einigen Ländern der BRD noch leistungsfähig, der wird sehr schnell und durchaus unsanft auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt, und der Aufprall wird nicht schmerzfreier, wenn man weiß, daß es anderswo in Europa und der Welt noch weitaus schlimmer ist.

Jahrzehnte sozialistischer Menschenversuche auch und vor allem an den Schulen, die Orientierung des BRD-Schulsystems an unterlegenen Ausbildungsgängen wie z.B. dem Bachelor (was eigentlich Abiturient bedeutet), dem Master, das Abitur schon fast als Rechtsanspruch und notfalls auf dem Gnadenweg: wer all das als Grund für den deutlich sichtbaren Niedergang unserer Bildung sieht, der wird hier bestätigt. Wer das immer noch nicht sieht, braucht dieses Buch (ebenso wie die anderen Veröffentlichungen von Josef Kraus) dringend als Einordnung auf die Realität.

Daß die Kritik nicht um der Kritik Willen, nicht um des bloßen Aufzeigens von argen Mißständen stattfindet, zeigt ein Aufsatz in der sehr empfehlenswerten Zeitschrift "Mut" (Ausgabe April 2017), in dem Kraus unter dem Titel "Europa zwischen Leitkultur oder Kultur light" seine weite Sicht über unsere Kultur und deren Gefährdung darlegt - es ist ja nicht nur das Schulsystem, das in unserem Europa immer mehr darniederliegt.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um das Überleben dieser unserer wunderbaren und großen Kultur. Wenn dafür nicht mehr in der Schule die Grundlage gelegt wird, dann ist diese Kultur verloren. Und da sieht es - eben! - ziemlich übel aus. Und doch: das Schlußkapitel heißt "Was Eltern trotz allem tun können", und es zeigt, daß "trotz allem" noch gehandelt werden kann. Wir dürfen "denen" das Feld nicht überlassen. Nirgendwo.

Josef Kraus: Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt und was Eltern jetzt wissen müssen. 267 S.; München (Herbig) 2017 ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Juni 2017: >>>**Der Gefahr ins Auge sehen**

von *Hans-Jürgen Irmer*

In Deutschland hat nie eine Diskussion darüber stattgefunden, daß wir von Menschen, die aus vielen Gründen nach Deutschland kommen, erwarten müssen, daß sie sich an deutsche Gesetze, Normen und Werte halten, die aus der Aufklärung herrühren und konstitutiv für unser friedliches Zusammenleben sind. Als Friedrich Merz vor 17 Jahren von der Notwendigkeit der Leitkultur sprach, hagelte es Kritik aus der Welt der "Political Correctness".

Während andere Länder klar definieren, was sie von Zuwanderern verlangen - Sprachbeherrschung, Gesetzestreue, Integrationsbereitschaft (wem das zu beschwerlich ist, hat jederzeit das Recht, wieder zu gehen) -, haben wir in Deutschland aus falsch verstandener Toleranz nicht diesen notwendigen Mut besessen, sondern der Intoleranz den Weg ebenso geebnet wie der Entwicklung von Parallelgesellschaften, No-go-Areas, und der Segregation Vorschub geleistet.

Zeichen gelungener Integration?

Ist es Integration, wenn in Neuss in einem Bad nur noch Hühnchen und keine Bockwurst mehr

angeboten wird, wenn in Kassel in einem Kindergarten keine Weihnachtslieder mehr gesungen werden, wenn in Hannover zweieinhalb Jahre akzeptiert wird, daß eine Schülerin vollverschleiert im Unterricht erscheint, wenn in Berlin eine Lehrerin keine christliche Kreuzkette tragen darf, wenn in Freiburg muslimische Frauen in einem Damenbad keine männlichen Bademeister akzeptieren, wenn in Mannheim eine muslimische Pflegerin sich weigert, männliche Patienten zu waschen, wenn in Berlin muslimische Eltern gegen einen homosexuellen Erzieher demonstrieren, wenn in Hessen eine Muslima als Rechtsreferendarin sich weigert, vor Gericht das Kopftuch abzulegen?

Gehört es auch zur Integration, eine Teilnahme an Klassenfahrten zu verweigern, gegen Koedukation im Sport- und Schwimmunterricht zu kämpfen, zu versuchen, islamische Kindergärten und Schulen zu errichten, einen islamischen Wohlfahrtsverband aufzubauen, bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht mit einer kritiklosen Verherrlichung Mohammeds einzuführen? Gehören erste muslimische Listen bei Kommunalwahlen dazu, Zuckerfest statt Weihnachtsfest?

Islamisierung fester Bestandteil des Islam

Einzelfälle? Nein! Nur ein kleiner Auszug aus der Lebenswirklichkeit. Rund sechzig Prozent der Deutschen haben Sorge wegen einer zunehmenden Islamisierung. Zu Recht: 1970 lebten etwa 300.000 Muslime in Deutschland, im Jahr 2000 ca. drei Millionen, heute etwa sechs bis sieben Millionen. Und im Jahre 2025 und 2040?

Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi weist darauf hin, daß die Islamisierung der Welt ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung ist. Was machen unsere christlichen Volkskirchen? Bischof Reinhard Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm verzichten bei einem Besuch auf dem Tempelberg mit einem muslimischen Scheich auf das Tragen ihrer Amtskreuze. Ein fatales Signal.

Ziel ist die Weltherrschaft

Was macht parteiübergreifend die Politik in Deutschland? Sie denkt von Wahltermin zu Wahltermin und befaßt sich nicht vertiefend mit dem Problem einer Religion, die als Ziel die Weltherrschaft hat. Der Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: "Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 haben 45 islamische Staaten darauf verwiesen, daß die Menschenrechte immer unter dem Vorbehalt der islamischen Rechtsordnung der Scharia stehen, denn diese sei Allahs Gebot und damit bindend - und nicht der von Menschenhand formulierte Grundsatz der UN-Menschenrechtskonvention.

Koran unvereinbar mit dem Grundgesetz

Wann fordert der Westen die islamischen Staaten auf, sich von diesen Beschlüssen zu distanzieren? Warum fordert die europäische Staatengemeinschaft nicht täglich, die Verfolgung der Christen in praktisch allen islamischen Staaten endlich zu beenden? Wann demonstrieren die Muslime hier lautstark gegen islamistische Terroranschläge, so wie es geschieht, wenn es um Proteste gegen harmlose Mohammed-Karikaturen geht? Wann endlich gibt es die Aufklärung im Islam, die klarstellen muß, daß die rund 200 Stellen im Koran, die zum Kampf gegen die "Ungläubigen" und deren Vernichtung aufrufen, nur im Kontext der damaligen Zeit zu sehen sind und heute keine Bedeutung mehr haben?

Solange dies nicht geschieht, muß man den Koran als unvereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnen. Die Wahrscheinlichkeit eines aufgeklärten Reformislams ist allerdings gering, wenn man weiß, was der türkische Präsident Erdogan diesbezüglich gesagt hat:

"Es gibt keinen moderaten oder nichtmoderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich."

Oder der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu:

"Es steht außerhalb jeder Erörterung, daß das, was im Koran steht, gilt."

Minderheit darf keine Mehrheit werden

Etwas mehr Nachdenklichkeit in Deutschland wäre daher angebracht, zumal wenn man weiß, daß Takija, also die bewußte Täuschung des "Ungläubigen", fester Bestandteil muslimischer Politik ist. Wie antwortete doch der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Na-deem Elyas, auf die Frage, ob der säkulare Rechtsstaat die unumstößliche Grundlage sei? "Ja, solange Muslime in der Minderheit sind."

Damit aus der Minderheit keine Mehrheit wird, dürfen wir unsere eigene Identität ebensowenig aufgeben wie unsere Werte und unsere Leitkultur auf der Basis des Grundgesetzes. Wenn Muslime heute bewußt Islam mit Friedfertigkeit statt Unterdrückung übersetzen, dann wollen wir das gerne glauben, wenn in allen 57 islamischen Staaten Religion und Politik getrennt sind, der Dschihad und die Scharia genauso aufgegeben werden wie der Anspruch auf Vorrherrschaft und religiöse Überlegenheit, wenn es Geschlechtergleichheit und Glaubensfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und freie Wahlen gibt. Aber keinen Moment früher.

Hans-Jürgen Irmer ist CDU-Abgeordneter im Hessischen Landtag.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Juni 2017 (x892/...): >>**Ostdeutsche Bischöfe gegen Wahl der AfD**

Wie sehr die deutschen Bischöfe inzwischen zu Propagandisten des linken deutschen Mainstreams und Teil des Establishments geworden sind, zeigt eine soeben veröffentlichte sogenannte "sozialethische Expertise" im Auftrag der Bischöfe der östlichen Bundesländer. Wir wollen als Civitas Institut nicht die AfD verteidigen oder zu deren Wahl aufrufen, aber was die deutschen Bischöfe in den letzten Monaten in Bezug zur AfD von sich gegeben haben, ist nicht nur extrem ungerecht, sondern schlicht linksideologisches dummes Geschwätz.

Wenn sich die Bischöfe bereits anmaßen, in den Wahlkampf einzugreifen, und die Frage stellen, ob ein Katholik eine bestimmte Partei wählen darf, dann müßte man dies auch in Bezug auf die postkommunistische "Linke", die radikalsozialistischen "Grünen" oder die linkssozialistische SPD sowie die CDU tun.

Doch davon keine Spur. Die deutschen Bischöfe arbeiten mit Spitzenvertretern dieser radikal antikatholischen Parteien, die die katholische Soziallehre und das Naturrecht seit Jahrzehnten auf den Kopf stellen und die schlimmsten menschen- und gottesfeindlichen Gesetze erlassen haben, einträchtig zusammen. Wie sollte es auch anders sein. Längst gehören diese Bischöfe - von Gott ernannte Hirten für ihre Gläubigen, die sie mehr und mehr verraten - zum Establishment.

Was das Establishment ist, sagt der Sohn des namhaften Publizisten Joachim Fest, Nicolaus Fest, der in diesem Jahr als Kandidat der AfD für den Bundestag kandidiert in einem Interview mit Katrin Krips-Schmidt für "Die Tagespost" am heutigen Samstag:

"Establishment bezeichnet längst keine soziale Klasse mehr, sondern eine moralische, nämlich die der Verkommenheit - also Leute, die auf Kosten der Gemeinschaft rücksichtslos ihre eigenen Interessen durchsetzen, sowie ihre Claqueure und Herolde. Konkret: Viele Banker und Manager, für deren Fehlentscheidungen der Steuerzahler aufkommen mußte; dann die EU-Nomenklatura mit ihrer skandalösen Selbstversorgung, sowie die Vertreter parasitärer Wirtschaftszweige, wie Windenergie und Sozialdienste; schließlich die meisten Journalisten. Und es gehören auch alle diejenigen dazu, die Politik vor allem dazu nutzen, um höchst-dotierte Jobs zu ergattern - bei der Bahn, bei Mercedes, VW, den Energieunternehmen und Lobbyverbänden. Da gibt es viele Beispiele. Ob auch Kirchenvertreter dazugehören, muß jeder selbst entscheiden."

Das Interview mit Nicolaus Fest ist übrigens lesenswert, wenn es auch einen stark propagandistischen Anstrich hat. Es ist leider derzeit nicht online verfügbar.

Zur Verteidigung des katholischen Glaubens, der katholischen Soziallehre und des Naturrechts können wir Laien uns schon lange nicht mehr auf unsere Bischöfe verlassen. Im Gegen-

teil: sie gehören zu denen, die diese Grundlagen unseres Staates und des Grundgesetzes mit-helfen zu zerstören. Es wird Zeit, daß wir diese Aufgaben selbst in die Hand nehmen, um Christus in Staat und Gesellschaft zu verteidigen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Juni 2017 (x892/...): >>"Gast? Gastgeber? Mir reicht's jetzt!"

Niemand wird sagen können, er habe nichts gewußt. Die Verhältnisse sind nur allzu offen-sichtlich, und zwar für jeden - auch für den, der sich das Hirn von Presse und TV weichspülen läßt. In diesem Sinne übernehmen wir einen weiteren Beitrag "aus fremder Feder":

Vor zehn Jahren machte ich den ersten Versuch, einen Roman zu schreiben. Er hatte einen schockierenden Einstieg, schöne Szenen in der Mitte und erst ein trauriges und dann ein sehr überraschendes Ende. Im Schreiben noch recht ungeübt, fehlten mir im Mittelteil irgendwann etwa zweihundert Seiten Handlung, und ich hatte ein wichtige Lektion gelernt: Eine gute Idee allein macht noch keinen Roman.

Meine größte Furcht allerdings bestand darin, daß auch andere Autoren auf meine brillante Idee verfallen könnten. Und so kam es. Es sind Michel Houellebecq und Boualem Sansal. Ja, auch mein Roman spielt in einer fernen Zukunft, in der Europa einer faschistisch-religiösen Diktatur unterworfen ist.

Nur soviel: Die Protagonistin ist eine privilegierte junge Frau, die sogar Abitur machen darf, obwohl das nur sehr wenigen Mädchen in ihrem Land möglich ist. Ihr Vater ist Arzt, er verdient gut, nicht zuletzt, weil er Beamter der Regierung ist und bei den öffentlichen Hinrich-tungen den Tod feststellen und zu amputierende Gliedmaßen betäuben darf. Die Protagonistin und ihre Freundin stolpern eines Tages über ein Geheimnis: Die Welt, in der sie leben, war nicht immer so, wie sie ist.

Aber wie war sie vorher? Und wie kam es dazu, daß in der islamischen Republik Almanya, in der sie leben, keine Frau mehr unverhüllt auf die Straße darf, Mädchen mit vierzehn verhei-ratet und im St. Pauli-Stadion Menschen per Schwertstreich geköpft werden?

Nun, das schilderte ich anhand der auf dem Dachboden aufgestöberten Tagebücher der Ur-großmutter. Die Muslime im Land wurden immer mehr, die Christen immer weniger, Israel verschwand aus dem Nahem Osten und die überlebenden Juden nach dem letzten ungläubigen Land der Welt, das Amerika heißt. Es kam zu immer mehr und immer grausameren Terroran-schlägen, bis schließlich ein klerikalfaschistischer Umsturz á la Iran 1979 passierte.

Bessere Autoren und die Realität haben mich eingeholt

Nicht nur bessere Autoren haben mich inzwischen eingeholt, sondern auch in vielerlei Hin-sicht die Realität. Vor zehn Jahren wurde ich noch von anderen Autoren und Publizisten als paranoid hingestellt. In der Regel waren das Zeitgenossen, die nicht ihr ganzes Berufsleben in muslimischen Communities verbracht hatten, so wie ich. Inzwischen aber wagt man sogar, meine Bedenken zu teilen: "Wir islamisieren uns schleichend", schreibt Rainer Haubrich in der "Welt".

Inzwischen geschehen täglich Ungeheuerlichkeiten, für die meine blühende Phantasie einfach nicht ausgereicht hätte: Warum kam ich nicht auf die grandiose Idee, eine von allen guten Geistern verlassene Regierung könnte Millionen - Millionen! - von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis einladen, sich in Europa niederzulassen und ihre Großfamilien, nicht selten bestehend aus mehreren Ehefrauen und fünfzehn Kindern, mitzubringen?

Und daß von den Ehefrauen auch welche minderjährig und Verwandte ersten Grades sein könnten, was aber völlig in Ordnung ist, wie Ahmet Toprak auf "ZEIT ONLINE" bereits beschrieben hat ("Was für Kinderehen spricht"). Daß in der amerikanischen Teen-Vogue die Hirne verblödeter junger Frauen damit noch einige Grade weiter vernebelt werden könnten, weil sich man dort neuerdings nicht mehr über Lippenstifte, sondern über die Segnungen der Scharia ausschurbelt.

Daß sich Tausende - Tausende! - von amerikanischen Frauen unter der Oberhoheit einer islamischen Populistin dazu hergeben würden, unter Bildern von mit den Stars-and-Stripes verschleierten Weibern gegen ihren Präsidenten zu demonstrieren? Ehrlich, das hat nicht mal Donald Trump verdient. Oder daß man Schülerinnen des Schiller-Gymnasiums in Bautzen bei einem Besuch im Asylbewerberheim allen Ernstes dazu auffordern würde, dort nicht in schulterfreien Tops und Miniröcken zu erscheinen? Schließlich seien sie dort ja "nur zu Gast". Ich war in diesem Leben auch schon das eine oder andere Mal zu Gast, und daher kann ich unumwunden folgenden Sachverhalt feststellen:

Wenn ich als steuerzahlende Staatsbürgerin in ein staatlich finanziertes Asylbewerberheim gehe, dann bin ich dort nicht der Gast, sondern die Gastgeberin; diejenige, die Unterkunft, Kleidung, Ausbildung, Freizeitgestaltung, medizinische Versorgung und den Zahnersatz mitbezahlt. Das Grundgesetz garantiert mir, daß ich meinen eigenen Beruf und den Ehepartner wählen kann, daß ich ein Recht auf freie Ausübung meiner Sexualität und auf Unversehrtheit in der Öffentlichkeit habe und daß ich mich kleiden kann, wie es mir verdammt noch mal paßt. Das hat jeder zu akzeptieren, ohne Wenn und Aber, und wenn er oder sie hundertmal mein Gast ist.

Zum ersten Mal sehe ich mich auf der Rolltreppe um

Dabei spielt es möglicherweise schon bald keine Rolle mehr, welche Rechte das Grundgesetz den Frauen in diesem Land garantiert. Die Sicherheit für Frauen ist aus dem öffentlichen Raum verschwunden.

Keine Großveranstaltung mehr, wo nicht Hundertschaften von Polizisten notgeile und eventuell bewaffnete Männerhorden in Schach halten müssen, doppelt enthemmt durch Drogen, Alkohol und die Tatsache, daß die Familie, der Vater, der Onkel und der Imam Tausende von Kilometern weit weg sind und ihnen all das nicht verbieten können.

Es geschehen Tag für Tag für Tag sexuelle Gewaltverbrechen, angefangen bei Beleidigungen und Belästigungen, über Vergewaltigungen und Körperverletzungen bis hin zu Morden. Zum ersten Mal in meinem Leben sehe ich mich jedes Mal um, wenn ich auf der Rolltreppe stehe, wenn ich Treppen hinunter gehe, dicht an einer befahrenen Straße oder auf dem Bahnsteig stehe. Ich sehe mich um, ob eventuell jemand hinter mir steht, der vorhat, mich zu verletzen oder der meinen Totschlag billigend in Kauf nimmt. Und ich habe zum ersten Mal seit etwa zwanzig Jahren wieder richtig Angst vor sexuellen Übergriffen.

Wie gesagt, ich war lange in muslimischen Communities zuhause. Wenn Sie wissen wollen, was man dort über die dekadente westliche Zivilisation denkt, will ich es gern verraten: Die Männer sind schwanzlose, ehrlose Weicheier. Die Frauen sind alle Huren, jeder darf sie haben. Wenn, wie Behördenmitarbeiterinnen schon berichtet haben, Asylbewerber vor ihnen im Amtszimmer zu masturbieren beginnen, dann, weil sie davon ausgehen, daß das völlig in Ordnung ist und daß sie das auch dürfen. Deutsche Frauen wollen das so, daß hat Cousin Ali schon vor einem halben Jahr nach Jalalabad durchgesimt.

Und die deutsche rückgratlose Ranschmeißerei an den Islam, das Einknicken vor Imamen und Religionsbehörden und das vorauseilende Schweinefleischverbot in Kindergärten sind für Muslime ein Witz. Sie lachen über unsere Schwäche, unsere Blödheit und unsere Naivität. Wir erfüllen jedes Vorurteil, daß sie über ungläubige Dhimmis wie uns haben.

Und glauben Sie mir, sie haben eine Menge davon. Falls Sie es noch nicht wußten: Dafür sorgt man schon in den Moscheen in der Heimat, und Propagandafilme, die im Nahen Osten produziert werden, prägen das Bild des verderbten Kontinents der moralisch verkommenen Ungläubigen. In jedem Staat der Welt, in dem ein steter Zuwachs des muslimischen Bevölkerungsanteils nachzuweisen ist, bis dieser die Mehrheit darstellt, herrscht früher oder später der Islam und die auf ihm fußende Gesetzgebung, die Scharia.

Das ist eine historische und demographische Tatsache. Wenn wir es vor lauter Toleranzbe-

soffenheit nicht mehr schaffen, uns auf unsere Werte zu besinnen und diese mit aller Stärke zu verteidigen, sind die Freiheit des Individuums, die Demokratie, die Aufklärung und der Säkularismus irgendwann nur noch eine Fußnote der europäischen Geschichte.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juni 2017 (x892/...): >>**So sollen unsere Kinder und Enkel verdorben werden**

Sie dringen nur selten in die Öffentlichkeit, und noch seltener finden sie die Beachtung, die sie unbedingt finden müssen: die Pläne der rotgrünen (und manchmal auch schwarzen) Kinderverderber, die sich in unseren Kindertagesstätten ("Kitas") und Schulen an unseren Kindern und Enkeln vergreifen. Überall in der BRD. Hier ein (relativ "frühes") Beispiel aus jenem tiefroten Hamburg, das in jeder Hinsicht darunter leidet, immer wieder falsch zu wählen:

Mit welchen Inhalten Kinder konfrontiert werden (sollen), wie systematisch die natürliche kindliche Scham abgebaut wird, wie widerstrebende Kinder zum "Mitmachen" gebracht werden und, nicht zuletzt, wie man besorgte Eltern am besten runterbügelt, das alles und noch viel mehr findet sich in dieser offiziellen Broschüre.

Es ist dies die "Dokumentation einer Fachtagung" zum Thema frühkindliche Sexualerziehung aus dem Jahr 2005 (!!! - so lange und länger geht das schon!). Mit offiziellen Grußworten und kompletten Anleitungen. ...

Und es ist an den Eltern, nicht weiter blind ihre Kinder solchen Verderbern anzuvertrauen, sondern mutig, geschlossen und zahlreich dagegen vorzugehen und diejenigen zu unterstützen, die das bereits tun. Die richtige Schulwahl für ihre Kinder ist eine der wichtigsten Aufgaben der Eltern - sie in erster Linie sind verantwortlich für deren seelisches und körperliches Wohl!

Übrigens - in diesem Zusammenhang: wo waren Sie am 25. Juni, als in Wiesbaden genau dagegen demonstriert wurde, daß unsere Kinder solches in den "Kitas", an den Schulen erleben müssen bzw. sollen? Sie waren dabei? Gut! Sie waren nicht dabei? Nein? Na, dann aber das nächste Mal. Es geht um alles!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 28. Juni 2017: >>**Fünf vor Bürgerkrieg - Ist das jetzt Alltag?**

Eine langweilige Routinesituation für die Duisburger Polizei: "Guten Tag, Führerschein und Fahrzeugpapiere, bitte." Antwort des Verkehrsteilnehmers: "Nö." Polizei: "Och, bitte!" Antwort: "Noch mal nein!" Das Ende vom Lied? Sie ahnen es ...

Aus einer einfachen Verkehrskontrolle wird ein Großeinsatz. Rund 50 Beamte müssen am vergangenen Sonntag wegen einer solchen Lappalie anrücken - und stehen plötzlich 250 Menschen, die Polizei nennt sie "Störer", gegenüber. Die sind mit der Verhaftung des 49-jährigen Mannes nicht so richtig einverstanden. Die Polizisten allerdings wollen das deutliche "Nein" des renitenten Falschparkers auch nur ungern hinnehmen und ringen ihn zu Boden, bevor sie ihn mitnehmen.

Diese Aktion gestaltet sich - wegen des 250-köpfigen Protestkomitees, zu dem auch der Sohn des Verdächtigen, Murat K., gehört - mehr als schwierig, aber die Beamten bleiben stur, wollen auch in dieser Lage partout nicht von der gefährlichen Rechtsdurchsetzung absehen. Unterschiedliche Versionen zum Tathergang kursieren, unstrittig ist, daß mehrere Personen versucht haben, die Beamten von der Verhaftung des Betroffenen abzuhalten, dann daraus ein Handgemenge entstand, woraufhin die Polizeibeamten Pfefferspray einsetzten.

Der Bericht auf *Focus Online* über den Vorgang trägt den Titel "250 Anwohner gegen 50 Beamte - harmlose Verkehrskontrolle eskaliert" und stimmt nachdenklich: Während ein Polizeisprecher erklärt, daß sich der Festgenommene gegenüber der Polizei "von Anfang an aggressiv" verhalten und ein weiterer 37-Jähriger die Arbeit der Polizei trotz mehrfacher Warnung behindert und die Szene mit seinem Handy gefilmt habe, sehen Zeugen das forsche Durchgreifen der Beamten äußerst kritisch. Der einzige Zeuge, den *Focus* zitieren wollte und der das

ganze Geschubse und Gerangel beobachtet hat, ist zufällig ein Journalist namens Ali Osman Yayla. Den zitiert der *Focus* lang und breit als neutralen Beobachter. ...

Das von Yayla gefilmte Video ist mittlerweile von der *Bild-Zeitung* veröffentlicht worden:

Laut Yayla habe es entgegen anderer Behauptungen keinerlei Veranlassung für das gewaltsame Einschreiten der Polizei gegeben: "Meiner Meinung nach hätte die Eskalation vermieden werden können, wenn die Polizei nicht so brutal gegen den Autofahrer vorgegangen wäre", so der Zeuge.

Auf der Webseite *derwesten.de* wird die Schwester des Verhafteten mit folgender Bemerkung zitiert: "Der Polizist war böse. Er hat vollkommen übertrieben und unnötig mit dem Pfefferspray rumgesprüht." Ob das so stimmt? Was wäre gewesen, wenn der Mann einfach seine Papiere überreicht hätte, wie das in Deutschland Brauch ist, wenn einen der Schutzmann darum bittet? Ach, Papperlapapp! Die Polizei muß in dieser Zeit endlich das Gebot der Stunde kapieren: Nett fragen, ja. Durchgreifen? Klares Nein.

Gegenüber der Staatsanwaltschaft hatte der 49-Jährige überdies angegeben, daß die Polizei ihm bei der Verhaftung mehrfach gegen den Kopf getreten habe - was allerdings auf den Videos einer ganz in der Nähe befindlichen Überwachungskamera nicht zu sehen sein soll.

Das Klagelied des Verhafteten in Verbindung mit der Aussage des Herrn Yayla zeigt jedenfalls Wirkung. Nun soll doch tatsächlich die Polizei vor den Kadi, wegen "übermäßiger Gewaltanwendung". Wie man hört, sollen rund 250 Zeugen bereitstehen, um ihre Aussage gegen die Beamten zu machen. Die Staatsanwaltschaft Duisburg hat bereits ein Verfahren gegen die betroffenen Beamten wegen Körperverletzung eingeleitet.

Wir merken uns also für die Zukunft: In Deutschland dürfen Recht und Gesetz nicht mehr unterschiedslos durchgesetzt werden. Der Schutzmann darf den Schwarzparker beziehungsweise den Schwarzfahrer freundlich ansprechen, ihn um die Papiere oder das Ticket bitten, muß ein deutliches Nein eines Verdächtigen dann aber als Antwort hinnehmen. Der Rechtsstaat basiert also ab sofort auf Freiwilligkeit. Ist die nicht gegeben, hat der Polizist halt Pech. Anfassen geht gar nicht und die gewaltsame Durchsetzung von Regeln ist nur noch dann akzeptabel, wenn es sich bei den Betroffenen um Bio-Deutsche handelt, von denen keinerlei Widerstand und auch keine Anzeige wegen Rassismus zu erwarten ist. Korrekt?

Die logische Folge wird sein, daß es unsere "Bullen" - aus Angst vor arbeitsrechtlichen Konsequenzen - in Zukunft einfach ganz bleiben lassen. Pech fürs Dorf, wie der Volksmund sagt. Ein ganz ähnlich gelagerter Fall von antideutscher Schnullipulli-Rechtsbeugung ereignete sich übrigens gestern in der Münchner S-Bahn. Auch hier sahen sich die Fahrkartenkontrolleure gezwungen, einen Schwarzfahrer - unpassenderweise ein Mann mit dunkler Hautfarbe - aus dem Zugabteil zu entfernen. Da dies - aus nicht näher bekannten Gründen - nur mit erheblichem Kraftaufwand möglich war, wurde die Szene etwas unschön.

Zum Glück war auch hier eine Journalistin der *Huffington Post* zugegen (Natalija Miletic), die die ganze Situation filmte und danach ebenfalls von unnötiger und brutaler Gewaltanwendung durch das Bahn-Personal berichten konnte. Auf *Facebook* schreibt sie dazu: ... Rassismus! Rassismus! Rassismus!

Auch die Herren vom Sicherheitsdienst werden sich - wie im oben genannten Fall - bald vor Gericht verantworten und erklären müssen, warum sie überhaupt an diesem Tag ihrer Arbeit nachgehen wollten und ob sie den Mann nicht einfach - ob seiner mißlichen Lage - hätten laufen lassen können. Der Vorwurf lautet auf schwere Körperverletzung, wie erneut der *Focus* berichtet. In dem Bericht des Online-Magazins heißt es außerdem: "Im Netz machten daraufhin unter anderem Rassismusvorwürfe gegen den Sicherheitsdienst die Runde." Was zu erwarten war. ...

Womöglich stehen überhaupt große Umschulungen bei Polizei und Sicherheitsdiensten an. Einen möglichen Titel für die Sensibilisierungskurse hat Heiko Maas ja bereits vor einiger

Zeit - nur in etwas anderem Zusammenhang - vorgegeben: Nein heißt Nein!

Was Ihnen COMPACT zum Fall in Duisburg nicht vorenthalten will, ist ein kurzes Stimmungsbild aus den Leser-Kommentaren. In den Kommentarspalten geht es nämlich derzeit hoch her.

Hier die besten (weil repräsentativsten) zum Fall von Duisburg:

- Wie demotivierend für die Polizei ... Weiter so, kann ich da nur sagen ... irgendwann hat der Mob der Straße die Oberhand. Die Beamten können einem nur Leid tun.

Genau so muß es passieren. Die beteiligten Polizisten identifizieren und hart bestrafen. Wie können die es wagen, einfach so eine Verkehrskontrolle durchzuführen, wenn der zu Kontrollierende dazu gerade keine Lust hat. Außerdem haben doch 250 weitere Personen unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß man hier keine Polizei und schon gar keine Kontrollen oder Gesetze Deutschlands haben möchte. ... Ich glaube, es hackt. Justiz und Politik sollen sich gefälligst endlich hinter unsere ausführenden Organe stellen. Mir geht diese lasche Umgangsform gegen sich gegen unsere Gesetze stellenden Migrationsbürger, die meinen, sich hier alles herausnehmen zu können, gewaltig auf die Nerven. ...

Liebe Polizisten: Haltet durch. Ewig geht es bei Politik und Justiz so nicht weiter. Die deutschen Bürger brauchen Euch!

- Weigerung, sich auszuweisen, wüste Beschimpfungen und Provokationen des "Falschparkers" - und der Staatsanwalt ermittelt gegen die Polizei - warum steht der Staat nicht hinter seinen Beamten, bei Aussage gegen Aussage ohne Beweise steht man doch hinter den Gesetzeshütern und nicht hinter Gesetzesbrechern?

- Ich weiß, wir leben nicht in den USA oder Kanada. Da wird nicht lange gefackelt in solchen Situationen. Aber hier steht ja jeder Polizeibeamte/in bei jedem Einsatz mit einem Bein im Gefängnis. Haben wir schön den Linken und Grünen zu verdanken.

- Jeden Polizeibeamten kann man nur noch bedauern. Tagtäglich müssen die Beamten den Kopf für eine absolut verfehlt Politik hinhalten. Zum Dank werden sie noch strafrechtlich verfolgt, wenn sie mal etwas härter vorgehen müssen, um bestehende Gesetze durchzusetzen. Weshalb hat sich denn der kontrollierte Mann eigentlich nicht ausweisen wollen? Wird die Staatsanwaltschaft in diese Richtung auch aktiv, oder fällt das unter geringfügiges Delikt?

- Es gab eine Zeit, da reichte ein Schutzmann, hundert Randalierer zur Ordnung zu rufen. Der Respekt ist lange verfallen. Nun soll die Polizei das Land stabilisieren, das die Politik mutwillig zerstört hat. 250 gegen 50 ist das neue Verhältnis von Anarchisten gegenüber der Ordnung. Die nicht akzeptierte Ordnung wird aggressiv attackiert und schlägt dann doppelt aggressiv zurück.

Man soll ja die Hoheit behalten über den sozialen Konflikt. Die bürgerliche Gesellschaft endet im neuen sozialen Chaos der Buntheit von Staatsgegnern, die bis in die Politik reicht. Ich wundere mich über den Idealismus der jungen Polizisten. Ich hätte lange aufgegeben: Ihr wollt Chaos: dann lebt mit dem Chaos.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 30. Juni 2017 (x892/...): >>"Ehe" im Bundestag 30.06.2017: Abschied in Rekordgeschwindigkeit

Da soll doch noch jemand sagen, in der BRD werde nicht schnell und zielorientiert gearbeitet ... Innerhalb kürzester Zeit hat sich heute das BRD-Parlament aus Wertvorstellungen verabschiedet, die immer Grundlage des Zusammenlebens waren. Spätere Zeiten werden den heutigen Tag als denjenigen benennen, an dem der Bruch mit dem Naturrecht, dem BRD-Grundgesetz und unserer bisherigen Zivilisation vollzogen wurde.

Wir wollen unsererseits an dieser Stelle auf den erstaunlichen Zeitplan aufmerksam machen, der viel über die ganze Angelegenheit aussagt:

Heute morgen um **8.00 Uhr** wurde der Punkt der gleichgeschlechtlichen "Ehe" auf die Tagesordnung gesetzt.

Um **8.05** wurde das Gesetz den Abgeordneten bekanntgemacht bzw. vorgestellt.

Die Abstimmung begann um **8.59** Uhr.

Um **9.03** war der Gesetzesvorschlag "durch". 393 Abgeordnete stimmten dafür, 224 dagegen und 6 enthielten sich der Stimme.

In der Presse findet sich, die Vorsitzende der "CDU und Kanzlerin der BRD Frau Dr. rer. nat. Angela Merkel habe gegen das Gesetz gestimmt, gegen das sie den immer angekündigten Widerstand aufgegeben hat. ... Besonders wichtig zu wissen: Generalsekretär Peter Tauber stimmte mit ja zur Abschaffung der Ehe!

... Nicht abgegebene Stimmen aus der Union: Peter Beyer, Marlene Mortler, Volker Mosblech, Matthäus Strebl, Oswin Veith.

Enthaltungen aus der Union: Uda Heller, Silke Launert, Albert Weiler, Elisabeth Winkelmeier-Becker. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Juni 2017: >>**Kein**

Respekt

Wie der Islam freie Gesellschaften unterwandert

Ein erstaunliches Buch einer Muslimin, die 1981 als Siebenjährige mit ihren Eltern aus Skopje/Mazedonien kam, sich hier integrierte, alle Freiheiten unserer Rechtsordnung zu nutzen lernte, sich zum Urfeminismus bekannte und nun gegen ihre Glaubensschwestern nicht nur zu Felde zieht, sondern sie als "Gefahr" bezeichnet. Der Titel "Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen" weckt Neugier und hält, was er verspricht, wenn auch manches etwas übertrieben idealistisch klingt.

Unter einem "Hidschab" total verschleierte Musliminnen bezeichnet sie provokativ als "gesichtslose Stoffsäcke". Das Buch ist übersichtlich gegliedert und beginnt mit "Lektionen in gelebtem Islam". Hier schildert die Autorin familiäre Probleme, wie sie sich vom Islam emanzipierte, vor ihrer Mutter in ein "Frauenhaus" flüchtete und sich der CDU anschloß.

Im Kapitel "Die muslimische Frau - immer nur ein Opfer?" bezeichnet sie diese als "Täterinnen", denn diese erziehen die Kinder: "Mütter erziehen die Jungs zu Prinzen und Machos, die Mädchen zu ergebenen Dienerinnen der Männer. Die Frauen sind die größten Unterdrücker der Töchter. Die Hand einer muslimischen Mutter fliegt schnell!" Während die Mädchen zur Keuschheit verdammt seien, dürften die Jungen ihre Triebe ausleben. "Nichtmuslimische Frauen sind Freiwild."

Dann wirft die Autorin einen Blick "Zurück in die Vergangenheit". "Wo immer der Islam Gesetz wird, wo immer der politische Islam die Macht ergreift, hält die Verhüllung der Frauen Einzug." Das war in Kairo so, in Bagdad, in Kabul, in Teheran. "Jüngstes Beispiel eines solchen Backlashs ist die Türkei." Hier erlebten wir direkt, wie eine ehemals säkulare Gesellschaft Schritt für Schritt konsequent islamisiert wird: "Kopftuch und Vollverschleierung sind die Leichentücher der freien Gesellschaft." Die Islamisierung übertrage sich auf europäische Großstädte wie Den Haag, London, Madrid, Paris oder Berlin.

"Wir haben den Kampf gegen den Hidschab schon fast verloren. Weil wir als Gesellschaft so tolerant sind." Noch konkreter: "Verschleierung bedeutet Islamismus, Salafismus, Fundamentalismus, Scharia und Dschihadismus. Sie bedeutet Geschlechter-Apartheid und Demokratiefeindlichkeit. Wieso das die deutschen liberalen Kulturrelativisten nicht sehen wollen, ist mir schleierhaft."

Nach dem Kapitel "Falsche Feministinnen" widmet Ramadani sich der "Gewalttätigen Religion" und beschreibt "den Glauben als Grundlage für den islamistischen Terror". Ihre Meinung: "Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." In einem historischen Rückblick erörtert sie die Frage, woher Rückständigkeit und Gewaltneigung bei Muslimen kommen. Nur das Alevitentum könne "ein friedlicher EU-Islam" sein. Erörtert wird auch das Problem, wie das "Scharia-Recht" langsam das "deutsche Rechtswesen" unterwandert, "Parallelgesellschaften" wie "Par-

alle Justiz" entstehen. Der Islam vertrete die Einstellung: "Ungläubigen schuldet kein Muslim Respekt" und "Deutsche Männer sind Weicheier".

Interessant ist auch der Blick auf die "Tabus der Muslimfunktionäre", die "nicht nach den Fehlern ihrer Glaubensbrüder" stöberten, eher die Radikalisierung aktiv förderten. Das letzte Kapitel heißt "Aus Fehlern lernen". Die Autorin fordert die Politik auf, Alternativen anzubieten. "Wir müssen den Willigen helfen, sich aus ihrer Unmündigkeit zu befreien - und die Unwilligen des Landes verweisen."

Ihr Fazit: "Einen diesen Staat und diese Gesellschaft ablehnenden, radikalen, vorgestrigen, unmodernen Islam brauchen wir nicht. Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." Als Vorbild propagiert sie Kanada und fordert, die "Deutsche Islam Konferenz" aufzulösen, für gescheitert zu erklären. Um "die radikalislamischen Einflüsterer und Haßprediger in den hiesigen Moscheen kontrollieren zu können, müssen wir per Gesetz festlegen, daß dort in deutscher Sprache gepredigt wird".

Zana Ramadani: *"Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen"*, Europaverlag, Berlin 2017, ... 262 Seiten ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/60-62): >> **Die Deutschland-Abschaffer**

_ von Martin Müller-Mertens

Der Haß auf das eigene Volk gehört zur politischen DNA der Grünen. Ihre Ziele: Mehr Einwanderung, mehr Einbürgerungen und freie Bahn für Migrantengewalt.

Claudia Roth ist die Oma der Antideutschen. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut." Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomem und Bionade-Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität und ihr Evergreen "Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!" So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten.

Haß 1989, Pleite 1990

... Mit "Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter" zogen die Grünen im Herbst 1990 in den Wahlkampf für den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Ihr Anliegen: Statt über die ungeliebte Wiedervereinigung wollte die Partei über Umweltzerstörung und sauren Regen sprechen. Doch die demonstrativ zur Schau gestellte Gleichgültigkeit über das Ende der Teilung verfehlte in Westdeutschland mit nur 4,8 Prozent ihr Ziel. Dagegen konnte die ostdeutsche Partnerorganisation Bündnis 90 - die Deutschen votierten 1990 einmalig in zwei getrennten Wahlgebieten - von mageren 2,9 Prozent bei den Volkskammerwahlen im März auf 6,1 Prozent zulegen. Die erst drei Jahre später in den Grünen aufgegangene Bürgerbewegung hatte die Wetter-Parole nicht übernommen.

Wohl kaum ein Thema löst bei den Grünen eine solche Mischung aus emotionalem Haß und pseudointellektueller Verachtung aus wie das eigene Land. Dabei markiert die Wiedervereinigung keineswegs den Beginn, sondern einen ersten Höhepunkt antideutscher Ausbrüche.

"Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg und zugleich eine Vorkehrung gegen eine Wiederkehr der Gespenster der Vergangenheit", schrieb Ralf Fücks, 1989 bis 1990 einer von drei Grünen-Vorsitzenden und an der Vorbereitung des Wetter-Wahlkampfes unmittelbar beteiligt. Hinzu kamen äußerst eigennützige Überlegungen. "Die politische und kulturelle Dominanz der Toskana-Linken war in Gefahr."

Die Furcht vor einem erwachenden deutschen Nationalismus mochte 1990 einer zumindest subjektiv empfundenen Rationalität entsprechen. Tatsächlich erwies sich weder die vergrößert-

te Bonner noch die spätere Berliner Republik als das herbeihalluzinierte Vierte Reich. Statt den eigenen Irrweg zu korrigieren, steigerten die Grünen - wie praktisch die gesamte politische Linke - ihr Antideutschtum jedoch zu einem pathologischen Haß.

Insbesondere der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir - im Falle einer Regierungsbeteiligung vermutlich Vizekanzler - tat sich wiederholt mit rüden Ausbrüchen hervor. Seinen 2009 im Berliner Tagesspiegel wiedergegebenen Satz "In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin, und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt", bestätigte der heute 51-Jährige mittlerweile, will ihn jedoch ironisch gemeint haben. Die Worte "Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!" verharmlost Özdemir auch im Rückblick als unspektakulär.

Das Staatsbürgerschaftsmärchen

Die Strategie der Grünen hat sich dabei über die Jahrzehnte kaum verändert: Die eigenen Wünsche werden gebetsmühlenartig als Realitäten halluziniert, um anschließend die angeblich notwendigen Konsequenzen anzumahnen. "Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht", behauptete Claudia Roth, damals Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, im November 2004. Rund sechs Wochen vorher hatte sie mit der Erkenntnis brilliert: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut".

Im Zentrum der Multikulti-Forderungen stand dabei lange das Staatsangehörigkeitsrecht. Bis zum Jahr 2000 basierte es - mehrfach angepaßt - auf dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und sah die Abstammung als entscheidendes Kriterium vor.

Im Gegensatz dazu forderten die Grünen nach ihrer Regierungsbeteiligung 1998 die automatische Einbürgerung von in Deutschland geborenen Ausländerkindern. "Wer hier geboren wurde, sollte Deutscher sein", faßte Jürgen Trittin, unter Rot-Grün Bundesumweltminister, noch 2016 in einem Gastbeitrag für den Spiegel zusammen und behauptete: "Deutschland schloß zu den europäischen Standards eines republikanischen Staatsbürgerschaftsrechts auf."

Dabei müßte Trittin wissen, daß dieses zentrale Argument schlicht falsch ist. "Es gibt EU-weit keinen einzigen Fall, wo diese Bestimmung (das Geburtsprinzip)bedingungslos zur Geltung kommt", räumt selbst die migrationsfreundliche Medien-Service-Stelle Neue Österreicher/innen ein. Mehr noch: "In neun Staaten (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Schweden, der Slowakei und Zypern) wird das Territorialprinzip weder in allgemeiner Form noch als fördernder Faktor zum Staatsbürgerschaftserwerb herangezogen."

Köln? Nicht so schlimm

Das Bild des Ausländers als edlem Bereicherer darf dabei durch nichts gestört werden. So deuteten die Grünen die Belästigungssorgie durch Flüchtlinge und Migrantenbanden in der Kölner Silvesternacht 2015/16 routiniert zu einem Fall gewöhnlicher sexistischer Männergewalt um. "Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger", fabulierte der Hamburger Partei-Vize Michael Gwosdz auf Facebook. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth war ebenfalls umgehend zur Stelle, um das Wüten des Sexmobs zu relativieren. "Es gibt auch im Karneval oder auf dem Oktoberfest immer wieder sexualisierte Gewalt gegen Frauen", verkündete sie am 8. Januar 2016 in der Welt.

Statt um die belästigten Frauen sorgten sich auch die Grünen in der Domstadt nun vor allem um den vermeintlich guten Ruf der an den Rhein geströmten Asylanten. "Es ist hingegen unerheblich, welche Herkunft die Täter haben. ... Daher treten wir all denjenigen entgegen, die nun diese Übergriffe zur Hetze gegen hier lebende Flüchtlinge mißbrauchen wollen", hieß es in einer Erklärung der Kölner Ratsfraktion vom 5. Januar 2016.

"Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger."

Michael Gwosdz

Selbst die - seit der Asylwelle vielfach bekannt gewordenen - Kinderehen möchten die Grünen nicht pauschal ablehnen. Zwar gab sich die Partei in der Debatte - womöglich aufgrund der eigenen Vergangenheit mit Pädophilen - vergleichsweise einsilbig. Eine Presseerklärung aus der Bundestagsfraktion im September 2016 machte jedoch deutlich: "Das Problem von Kinderehen läßt sich bei näherer Betrachtung kaum durch einen Federstrich des Gesetzgebers lösen. ... Die Aufhebung einer Ehe auf Antrag eines Dritten oder des Jugendamtes gegen den tatsächlichen Willen der verheirateten Jugendlichen wäre allerdings ein schwerer Eingriff in deren Persönlichkeitsrechte."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Juli 2017 (x887/...):

>>**Ein angemessener Trauerakt?**

Die Flagge der EU paßte besser zu Kohls Sarg als die deutsche Helmut Kohl gilt zwar vielen als "Kanzler der Einheit", aber das Streben des selbsternannten politischen Enkels Konrad Adenauers galt weniger dem deutschen Nationalstaat als der heutigen EU.

Von daher war es passend, daß im vormittäglichen Teil der Trauerfeierlichkeiten die Flagge der EU seinen Holzsarg schmückte. Am Nachmittag zierte dann zwar doch noch die Bundesdienstflagge den Sarg. Aber der entsprechende Teil der Feier fand wenigstens nicht im ostelbischen Berlin, sondern im westrheinischen Speyer statt.

Im Kaiser- und Mariendom zu Speyer liegt zwar nicht der Frankenherrscher Karl der Große begraben, der gemeinsame Kaiser von Deutschen und Franzosen, aber doch diverse andere Kaiser des (ersten) Heiligen Römischen Reiches, das stärker als das von Berlin aus regierte (zweite) Deutsche Reich einen universellen abendländischen Anspruch hatte, wie ihn auch die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaften teilten.

In die Amtszeit Kohls fiel zwar die deutsche Vereinigung, aber niemand wird behaupten wollen, daß er langfristig daraufhingearbeitet hätte. Noch 1987 meinte er: "Die Lösung der deutschen Frage steht nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte." Zwei Jahre später gab es dann das Angebot aus dem Kreml. Kohl selber hat in anderem Zusammenhang von der "Gnade der späten Geburt" gesprochen.

Kohl wurde die Gnade zuteil, daß dieses Angebot in seine Kanzlerzeit fiel. Der studierte Historiker erkannte die Gunst der Stunde, und bei der Qualität des politischen Führungspersonals der Bundesrepublik müssen die Deutschen dankbar sein, daß er sie nicht nur erkannte, sondern auch darauf verzichtete, sie bewußt auszuschlagen. Vielmehr griff er beherzt zu, was sich für ihn machtpolitisch in diversen gewonnenen Bundestagswahlen auszahlte.

Nicht unterschlagen werden sollte, daß Kohl - hier ganz in der Tradition Adenauers - dem Kreml den Verzicht auf Mitteldeutschland dadurch zusätzlich erschwerte, daß er dessen Integration in den Westen forderte. Zum Glück für die Deutschen blieb Michail Gorbatschow trotzdem bei seinem Angebot. Kohls Forderung auf die Westbindung hatte wenigstens den Vorteil, daß damit die USA für die Vereinigung gewonnen waren, denn deren Imperium wuchs dadurch um Deutschlands Mitte.

Bei allen unbestreitbaren Verdiensten um die deutsche Einheit sollte man nie vergessen, daß in Kohls Regierungszeit auch der widerstandslose Verzicht auf Ostdeutschland sowie die Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht fielen, dieses "Versailles ohne Krieg".

Zur Verteidigung Kohls wird zwar darauf verwiesen, daß, abgesehen davon, daß Deutschland am meisten vom Euro profitiere, Frankreichs Präsident François Mitterrand auf den Verzicht der Deutschen auf ihre D-Mark als Preis für die französische Zustimmung zur deutschen Vereinigung bestanden habe. Doch was hätte Paris angesichts des Einverständnisses Washingtons und Moskaus ausrichten können?<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Kraus schrieb am 7. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Jeder Migrant ein Flüchtling?**

In der Zeit des Nationalsozialismus flohen viele Regimegegner und Juden aus Deutschland. Oft hatten sie Probleme, in sicheren Ländern Aufnahme zu finden. Aus diesem guten Grund heißt es im Grundgesetz: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht".

Asylrecht bedeutet in der ganzen Welt, daß ein Staat Verfolgten nach seinen Regeln Aufnahme gewähren kann, aber nicht, daß jeder, der behauptet, verfolgt zu sein, ins Land kommen darf und dort versorgt wird. Flüchtlingsschutz bedeutet, daß jeder, der im Nachbarland Opfer von Krieg oder Naturkatastrophen wird, befristet aufgenommen wird, aber nicht, daß man sich weltweit ein Land aussuchen kann, in dem man Zugang zu den Sozialsystemen erhält.

Die deutsche Abweichung von diesem globalen Standard hat seit 2015 zur Einwanderung von etwa 1,5 Millionen Menschen in den deutschen Sozialstaat geführt. Allein 2017 betragen die Kosten dafür über 50 Milliarden Euro. Aussicht auf Integration in Arbeitsmarkt und soziales Leben gibt es nur für wenige. Wegen eines falschen Verständnisses von Humanität und Asylrecht schafft sich unser Land ab. Wir müssen einsehen: nicht jeder Migrant ist ein Flüchtling und verdient Schutz.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Juli 2017: >>**Der große Einwanderungsbetrug**

Merkel und Co. reden kurz vor den Wahlen über vermehrte Abschiebung und den Kampf gegen kriminelle Asylbewerber. Warum? Sie wollen der Bevölkerung mal wieder weismachen, die Regierung hätte alles im Griff. Doch jüngste Zahlen zeigen klipp und klar: Merkel und Co. betrügen dreist weiter!

Vollmundige Ankündigungen sind bei unseren Politikern gang und gäbe, wenn es um die Flüchtlingspolitik geht:

- Bundeskanzlerin Merkel forderte Ende letzten Jahres eine "nationale Kraftanstrengung", um abgewiesene Asylbewerber schnell zurückzubringen.
- Innenminister Marco Minniti (Italien) erklärte ebenso wortreich anfangs dieses Jahres: "Wir werden Abschiebungen systematisch steigern und damit eine klare Botschaft an alle senden, die nach Europa wollen."
- Ministerpräsident Stefan Löfven (Schweden) versprach, "die Möglichkeiten zu verbessern, Abschiebungen durchzusetzen."

Die Beteuerungen sind verständlich. Denn gut die Hälfte der in der Zeit der offenen Grenzen nach Europa geströmten Migranten werden voraussichtlich nicht als Flüchtlinge anerkannt, schreibt 'Die Welt' am 20. Juni und fährt fort: "Doch das ist ein großer Selbstbetrug."

Immer weniger Abschiebungen trotz immer mehr Ausreisepflichtigen

Diesen "Selbstbetrug" hat nun die Europäische Stabilitätsinitiative (ESI) nachgewiesen. Ihre Zahlen zeigen den ganzen Betrug:

- Italien: 2014 wurden 3.495 abgewiesene Asylbewerber in ihre Herkunftsländer zurückgebracht. 2015 waren es nur noch 2.760. Und 2016 3.670. So viel zur "klaren Botschaft", die der italienische Innenminister angekündigt hatte.
- Schweden: 2014 wurden 1.285 abgewiesene Asylbewerber zurückgebracht, 2016 waren es mit 1.765 etwas mehr, "obwohl sich in der gleichen Zeit die Anzahl der Ausreisepflichtigen dramatisch erhöhte", schreibt 'Die Welt'.
- Deutschland: Das Gleiche gilt für unser Land: 2014 wurden 6.105 abgewiesene Asylbewerber zurückgebracht. 2015 dann nur noch 5.303 Rückschaffungen. 2016 dann wieder etwas mehr: 7.541, obwohl sie im gleichen Zeitraum um ein Drittel gestiegen waren. Abschiebungen gelingen eigentlich nur in Balkanstaaten. Von den 25.375 im Jahr 2016 aus Deutschland Abgeschobenen wurden lediglich 7.541 in Nicht-Balkanländer gebracht.

"EU-Länder sind überhaupt nicht in der Lage, eine große Anzahl von Leuten ohne Aufenthaltsrechte in ihre Herkunftsländer zurückzubringen", erklärt die ESI ohne Wenn und Aber und verbannt damit die vollmundigen Ankündigen von Merkel & Co. ins Reich der Volksver-

dummung.

Die Zukunft sieht noch schlechter aus!

Ist Besserung in Sicht? Denkste! Im Gegenteil: Die Asylbewerber, über deren Verfahren in diesem sowie in den nächsten Jahren entschieden wird, stammen viel weniger aus den kooperationswilligen Balkanstaaten, bei denen Rückführungen gut funktionieren, sondern größtenteils aus afrikanischen und asiatischen Ländern, die bei Abschiebungen überhaupt nicht kooperieren.

Ein Beispiel gefällig? Nigeria ist das Land, aus dem im Augenblick die meisten Menschen nach Europa strömen. 521 Nigerianer wurden im vergangenen Jahr als Flüchtlinge anerkannt. 4.198 erhielten einen temporären Schutzstatus. 13.823 Asylanträge wurden abgelehnt. Abgeschoben wurden im gleichen Jahr aber nur 120 Nigerianer, berichtet 'Die Welt' weiter. Mit anderen Worten: Wer es aus Nigeria nach Europa schafft, kann de facto hierbleiben - auch wenn er Europa verlassen müßte. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Juli 2017: >>Die Goldene Hof- **trompete für den Monat Juni geht an: DIE WELT**

"Massenmedien haben die Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren und Entscheidungsträgern die öffentliche Meinung kundzutun. Darüber hinaus wirken sie durch Kontrolle und Kritik an der Meinungsbildung mit", schreibt die Bundeszentrale für politische Bildung.

Schöne Worte! Denn von "Kontrolle" und "Kritik" ist in unseren Medien kaum etwas zu lesen - vor allem nicht, wenn es um die Politik der Bundesregierung geht.

Um die Medien an ihre eigentliche Aufgabe zu erinnern, verleiht der Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten monatlich an besonders regierungsfreundliche Medien, Verbände oder sonstige Meinungsbildner die "Goldene Hoftrompete für besonders willfährige Regierungsberichterstattung".

Dieses Mal geht die Goldene Hoftrompete an Ulf Poschardt, Chefredakteur 'Die Welt', für seinen Artikel "Angela Merkel ist endlich da, wo sie stets sein wollte" (Die Welt, 29.5.17). Denn was Diederich Heßling für Kaiser Wilhelm, das ist Ulf Poschardt für die Bundeskanzlerin. Wie der "Untertan" in der legendären Verfilmung von Heinrich Manns Roman rennt er mit allzeit bereitem Enthusiasmus neben der Kutsche der angebeteten Herrscherin her, schwenkt unverdrossen seinen Hut und schreit "Hurra!" Und das schon seit vielen Jahren - Ulf Poschardt ist ein echter Wiederholungstäter.

Mit dieser Jubelarie feiert er Angela Merkel als "inoffizielle Führerin der freien Welt" und "Ikone des Westens". Vor Merkels "Aura" verblassen glatt amerikanisch-russisch-britische Leichtgewichte wie Donald Trump, Wladimir Putin und Theresa May. Damit schießt er den Vogel ab. Angela Merkel als "archimedischer Punkt der liberalen Demokratie", um den "Politpopstars" wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der kanadische Premier Justin Trudeau sich balzend drängeln? Eine Hoftrompete allein reicht da gar nicht.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 7. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Denk ich an Deutschland in der Nacht ...

"... dann bin ich um den Schlaf gebracht". So seufzte Heinrich Heine vor über 150 Jahren aus Paris in einem Brief an die geliebte Mutter im fernen Düsseldorf. Ich würde meiner Mutter heute schreiben: "... dann höre ich, wie Merkel lacht!" Heine mußte aus Deutschland fliehen, weil er Fürsten, Adel und Kirche kritisierte. Er wollte Demokratie und Gerechtigkeit. Ich würde am liebsten aus Deutschland fliehen, weil eine Frau zwar Fünfjahrespläne erfüllen gelernt hat, aber Deutschland gerade abgeschafft hat.

Wider besseres Wissen (?) ließ sie zu ...

daß ein ewig mißmutiger Schwabe den ewigen Schuldenmachern in Griechenland seit Jahren Milliarden Euros auf den Ouzo-Tisch schob und gerade wieder schiebt. Was sollte Merkel auch groß dazu sagen? Von Geld hat sie schon immer nie Ahnung gehabt; im Osten gab's nur

"Alu", im Westen kassierte sie "plötzlich und unerwartet", ohne je einen Finger zu rühren, Staatsknete wie Lotto. Was also wird sie schon groß gedacht haben? Mir doch egal!

Wider besseres Wissen (?) ließ sie zu ...

daß unter frenetischem Jubel von Rot und Grün "endlich" die Kernkraftwerke in Deutschland abschalten mußten. Natürlich wußte sie, daß in Fukushima kein einziger Mensch durch irgend etwas "Verseuchtes" zu Tode gekommen war. Und sagte trotzdem "Ausstieg". Und so blechen die Deutschen heute immer mehr Millionen für eine Sonne, die trotz Klimaerwärmung nicht genug scheint. Für Windräder, die trotz Wind stillstehen, weil die Stromleitungen fehlen. Und damit wir nicht erfrieren, kaufen wir den teuren Atomstrom beim Nachbarn - verbrennen wieder Kohle - säen, ernten und verbrennen Raps und Mais für teuren "Bio-Sprit". Was Merkel in der Staatskarosse denkt: Mir doch egal!

Wider besseres Wissen (?)

öffnete sie im September 2015 angeblich "alternativlos" Deutschlands Grenzen, breitete die molligen Ärmchen aus: Kommt her zu mir, die ihr müßig und mit leerem Magen seid - ich will euch erquicken! Die Plüsch-Teddys flogen, Muttchen machte Selfies für's globale Fotoalbum. Germoney, for ever! Als es nach nur sechs Monaten schon eine Million war (und immer mehr wurden), muckte sie trotzig im kleinen Kreis: Mir doch egal!

Deutsche Grenz-Gesetze? Gebrochen. EU-Einreise-Gesetze? Gebrochen. Ihren Amtseid? Gebrochen. Und seitdem arbeiten die Deutschen für "Flüchtlinge", die keine sind. Und Merkel kaut seelenruhig weiter Fingernägel... Und Politiker von Schwarz über Rot bis Grün hämmern denen, die schon länger hier leben, weiter ein, daß sie ja kuschen sollen. Sonst kommen die Mainstream-Medien mit dem Nazi-Pranger.

Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann höre ich, wie Merkel lacht ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.08.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x343/79) = Verrat am Wähler. Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14, Seite 79.

x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler</u> . Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
------	--

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018
x893	http://www.katholisches.info ... - Februar 2018
x994	https://frankfurter-erklaerung.de/2017/04/1400-jahre-islamische-expansion-islamischer-imperialismus-und-islamischer-sklavenhandel/ - September 2020
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.014	https://kenfm.de – Juni 2021
x1.064	https://www.rubikon.news/rubrik/2/artikel/deutschland-ein-besetztes-land – Januar 2022
x1.068	https://www.heise.de/newsticker/meldung/Fukushima-sechs-Jahre-nach-dem-AKW-Gau-Die-Regierung-verraet-die-Opfer-3647996.html - Januar 2022